Untersuchung über Beziehungen zwischen Planwirtschaft und Kartell

Dissertation

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften

Der Philologisch-Historischen Abteilung
der Philosophischen Fakultät der Universität Basel

vorgelegt von

Abraham Schiff
Dipl. Volkswirt

1936

Druck: Baron & Co., Berlin SW 19

Genehmigt von der Philologisch-Historischen Abteilung der Philosophischen Fakultät auf Antrag der Herren Professoren Dr. E. Salin und Dr. H. Ritschl.

Basel, den 10. Juli 1936.

Prof. Dr. H. Schmalenbach
Dekan.

R. UNIV. BIBLIOTHEEK LEIDEN

Untersuchung über Beziehungen zwischen Planwirtschaft und Kartell

Gliederung.

I. Teil: Einleitung.

Sombarts Merkmale des kapitalistischen Wirtschaftssystems. 1

Veränderungen, die diese Merkmale erlitten haben und erleiden. 1

Veränderungen des Merkmals „Erwerbsprinzip". 1

Veränderungen des Merkmals „Individualismus". 2

Veränderungen des Merkmals „Privatwirtschaft". 2

Die Streitfrage, Ende des Kapitalismus oder nicht. 5

Auf dem Wege zur Planwirtschaft. 9

Verschiedene Auffassungen über den Begriff „Planwirtschaft". 9

Ansätze einer Planwirtschaft in verschiedenen Ländern. 10

Eigenarten einer gegenwärtigen Planwirtschaft. 11

Planwirtschaft im Rahmen der Verkehrswirtschaft. 11

Gemeinsames sozialistischer und kapitalistischer Planwirtschaft. 11

Das Kartell, Mittel einer Planwirtschaft? 12

Entwicklung des Kartells. 12

Schwierigkeiten der Untersuchung infolge Unbestimmtheit des Begriffes „Planwirtschaft". 13

Abgrenzung der Begriffe „Planwirtschaft" und „Kartell". 13

2. Teil: Hauptteil.

Untersuchung über Beziehungen zwischen Kartell und Planwirtschaft.

1. Abschnitt:

a) Wurzeln der Planwirtschaft. 14

Kritik der Sozialisten an der Verkehrswirtschaft. 14

Zusammenhang des Gedankens der Planwirtschaft mit dem Aufkommen des Sozialismus. 15

b) Wurzeln der Kartellierung. 16

Die „fixen Kosten". 16

„Schwächelagen". 19

c) Gegenüberstellung. 20

2. Abschnitt:

a) Subjekt der Wirtschaft im Kapitalismus. 22
„Anarchie" des Kapitalismus? 22
b) Subjekt der Planwirtschaft. 23
Der Staat, Subjekt der Planwirtschaft. 23
c) Subjekt der Kartellierung. 24
Verbände, Subjekt der Kartellierung. 24
d) Gegenüberstellung. 25

3. Abschnitt:

a) Ziele der Planwirtschaft. 25
b) Ziele des Kartells. 26
c) Gegenüberstellung. 26

4. Abschnitt:

a) Wirtschaftsform der Planwirtschaft. 26
b) Wirtschaftsform des Kartells. 27
Kartell, Ausdrucksform gebundener Wirtschaft. 27
Kartellwesen und Kapitalismus. 28
Verschiedenheit der Auffassungen. 29
Planwirtschaftliche und kapitalistische Elemente des Kartells. 29
c) Gegenüberstellung. 30

5. Abschnitt:

a) Der Preis in der Verkehrswirtschaft. 30
b) Der Preis in der Planwirtschaft. 31
Heimanns Auseinandersetzung mit dem Preisproblem in einer sozialistischen Wirtschaft. 31
Das Problem der Preisbildung in einer sozialistischen Wirtschaft bei Cassel. 33
Das gleiche Problem in der Behandlung durch Walter Schiff. 34
Freie Konkurrenz und Planwirtschaft. 35
c) Der Preis beim Kartell. 36
Kartellpreis und Preis des freien Marktes. 36
Kartell und freie Konkurrenz. 38
Kartell und Monopol. 39
Das Kartell, ein monopoloides Gebilde. 41
d) Gegenüberstellung. 41

6. Abschnitt:

Der Markt. 42

a) Der Markt in der Planwirtschaft. 42
Der Markt in der russischen Planwirtschaft. 44

b) Der Markt beim Kartell. 45
Kartell und „Konkurrenz". 47

c) Gegenüberstellung. 48

7. Abschnitt:

Produktivität. 49

Sombarts Abhandlung über den Begriff „Produktivität". 50

a) Planwirtschaft und Produktivität. 54

Schwierigkeiten einer Marktpreisbildung für Produktionsmittel in der Planwirtschaft. 55

„Direktionslosigkeit" der Produktion. 56

Vorteilhafte Verlagerung von Kapitalinvestitionen in der Planwirtschaft. 56

Hat der Sozialismus einen Ersatz für das Eigeninteresse im Kapitalismus? 57

„Spesen" in der kapitalistischen und in der sozialistischen Wirtschaft. 57

Kapitalismus und technischer Fortschritt. 57

Sozialismus und technischer Fortschritt. 60

b) Kartell und Produktivität. 61

Bedeutung von „Normung" und „Typisierung". 61
Kartell und Kostensenkung. 63

c) Gegenüberstellung. 65

3. Teil: Schluß.

Ergebnis der Untersuchungen 65

Einleitung.

Nach Sombart[1] ist das kapitalistische Wirtschaftssystem folgendermaßen gekennzeichnet:

Seine Wirtschaftsgesinnung unterliegt dem

a) Erwerbsprinzip,
b) Individualismus,
c) Ökonomischen Rationalismus.

Die Form ist

a) grundsätzlich frei.
b) Die kapitalistische Wirtschaft ist grundsätzlich Privatwirtschaft.
c) Die Struktur der kapitalistischen Wirtschaft ist aristokratisch.
d) Die kapitalistische Wirtschaft ist ausgesprochen aufgelöst.
e) Die kapitalistische Wirtschaft ruht auf verkehrswirtschaftlicher Grundlage.
f) Die Betriebgestaltung ist nicht eindeutig.

Die Technik ist

wissenschaftlich-revolutionär-anorganisch.

Einige dieser Merkmale sind im Laufe der Zeit mehr oder weniger stark zurückgetreten.

Zunächst das „Erwerbsprinzip". Wir verstehen darunter, daß lediglich zum Zwecke der Gewinnerzielung gewirtschaftet wird.[2] Sombart ist der Meinung, daß das Streben nach Gewinnerzielung sich verringere.[3] Symptome dafür erblickt S. beispielsweise in „Festsetzung von Dividenden, Investierung der Überschüsse in den eigenen Unternehmungen, — — — — — — — Anlage von Reserven — — —".[4] Inwiefern liegt, beispielsweise, in der Investierung von Überschüssen in eigenen Unternehmungen eine Vernachlässigung des Erwerbsprinzips? „Indem der Gewinn nicht herausgezogen wird, wird die Produktion gleichsam um ihrer selbst willen betrieben, aus Freude an der Sache.[5] Gottl-Ottlilienfeld ist geneigt, die innere Einstellung eines Unternehmers, der so wirtschaftet, als „Fordismus" zu bezeichnen, „obgleich Henry Ford dabei gar nicht als Person mitspielt, sondern nur sein entsprechend gedeutetes Wirken gleichsam ‚idealtypisch' gesehen wird, als Leitmotiv einer denkbaren großen Bewegung."[6] „Henry Ford selber gibt ja seinem ganzen Vorgehen eine gesinnungsmäßige Deutung. Wie er sagt, treibt er Produktion nicht auf der ‚Profitbasis', sondern auf der ‚Dienstbasis'; also nicht des Gewinnes halber, sondern um der

1. Die Ordnung des Wirtschaftslebens. 2. Aufl. Berlin 1927. S. 27 ff.
2. „Der treibende Faktor — — — ist das Erwerbsstreben, der wirtschaftliche Egoismus" (M. Bauermeister: Die russische kommunistische Theorie und ihre Auswirkung in den Planwirtschaftsversuchen der Sowjetunion, Jena. 1930. S. 6.)
3. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 175. Bd 1929. S. 32.
4. Ebenda.
5. Herm. Levi: Liberalismus und Kapitalismus. Heidelberg 1932, S. 75.
6. „Fordismus". Jena 1926, 3. Auflage, S. 32.

Allgemeinheit zu dienen, indem er seinen Mitarbeitern Erwerbsmöglichkeiten schafft und sein Produkt immer wohlfeiler verkauft. Darum sieht er sich immer nur als den Verwalter der errungenen Kapitalmacht an.“ [7]

Die Wissenschaft stimmt allerdings in der Frage, ob das Ertragsstreben zurückgehe, durchaus nicht überein. Eckert [8] ist der Auffassung, daß das Ertragsstreben bisher durch kein anderes Organisationsprinzip ersetzt sei. „Solches kann meines Erachtens erst gefunden werden, wenn die Menschen — — — erneuert werden.“ [9] Liefmann [10] behauptet, daß am Erwerbsprinzip weder durch die Kartelle noch durch die Zunahme öffentlicher Betriebe eine Änderung eingetreten sei. Andere Nationalökonomen geben zwar zu, daß das Ertragsstreben im Abnehmen begriffen sei, bestreiten aber, daß diese Erscheinung den Kapitalismus beeinträchtige. So Herm. Levi [11], der durchaus unterstellt, daß eine „Änderung der kapitalistischen Wirtschaftsgesinnung“ vor sich gehe, insofern als „anstelle des privaten Erwerbsstrebens der freie individuelle Wille dem ganzen zu dienen tritt.“ Auf die Frage jedoch, ob diese Änderung der Wirtschaftsgesinnung eine Änderung des Kapitalismus bedeute, gibt er die Antwort: [12] „Der Fordismus würde den Kapitalismus nicht beseitigen, er würde ihn im Sinne einer Steigerung weiterentwickeln. Die kapitalistische Wirtschaftstechnik würde die höchste Zweckmäßigkeit, Rechenhaftigkeit und Sparsamkeit entfalten — — —.“

Sombart ist anderer Auffassung. Für ihn ist das Streben des Unternehmers nach Gewinnerzielung das wesentlichste Merkmal der kapitalistischen Unternehmung,[13] also auch kapitalistischer Wirtschaftsweise. Da Sombart die Meinung vertritt, daß dieses Streben sich verringere, folgt aus seinen Anschauungen, daß eine der stärksten Lebensäußerungen des Kapitalismus in Wandlung begriffen ist.

Auch das zweite Merkmal des Kapitalismus in Sombarts Schema, das Merkmal „Individualismus“ hat sich, nach vielfach vertretener Meinung, geändert. Wir verstehen unter „Individua-

---

7. Ebenda S. 78, 79.
Dobretsberger („Konkurrenz und Monopol in der gegenwärtigen Wirtschaft“ S. 36/37 Leipzig u. Wien 1929) zitiert Mac Gregor, Keynes und Beckerath, die auch eine Minderung des Ertragsstrebens feststellen. An einer anderen Stelle (ebenda, S. 138) spricht Dobretsberger von einer „Tendenz, das wirtschaftliche Prinzip nicht mehr im Streben nach dem größtmöglichen Gewinn, sondern vielmehr in der Sicherung eines bestimmten Mindesteinkommens zu sehen.“ Eine grundsätzliche Abnahme des Gewinnstrebens bestreitet Dobretsberger allerdings, („Freie oder gebundene Wirtschaft“ München und Leipzig 1932, S. 63/65) und vertritt die Auffassung, daß die Konjunkturschwankungen das Gewinnstreben nur in neue Formen gedrängt hätten.
8. Schriften des Vereins für Sozialpolitik. 175. Bd. S. 59.
9. Ebenda.
10. „Kartelle, Konzerne und Trusts.“ 8. Aufl. Stuttgart 1930, S. 78.
11. a. a. O. S. 75.
12. Ebenda S. 75 ff.
13. Schriften des Vereins für Sozialpolitik. 175. Bd. S. 130.

lismus“ — auch „Konkurrenzprinzip“ genannt — daß jedes Wirtschaftssubjekt auf sich selbst angewiesen ist und ohne Rücksicht auf andere, an der Wirtschaft Beteiligte, handelt. Es herrscht Konkurrenz, Wettbewerb aller in gleicher Richtung tätigen Wirtschaftssubjekte. Diese Art des Auftretens im Wirtschaftsleben hat sich in den letzten Jahrzehnten stark geändert. Wohin wir auch blicken, sehen wir, wenn auch in verschieden starkem Maße, Zusammenschlüsse, mit dem Zwecke gemeinsamen Auftretens auf dem Markte. „Überall geht man daran, den Konkurrenzkampf durch gemeinsame Organisationen auszuschließen oder zu vermindern — — —.“ [14] Der einzelne ist nicht mehr auf sich allein angewiesen. Seine Konkurrenten nehmen jetzt auch seine Interessen wahr, denn das Los des einzelnen auf dem Markte ist durch Zusammenschluß das Los aller geworden. „Nicht mehr braucht jeder Unternehmer ängstlich seine Konkurrenten zu beobachten — — —.“ [15] Damit wird allerdings der einzelne gezwungen, bei seinen Handlungen auf die übrigen Gleichinteressierten Rücksicht zu nehmen. Den Rahmen für sein Machtstreben bildet von nun an die Verfassung, welche sich seine Organisation gegeben hat.

Und noch ein weiteres Merkmal kapitalistischer Wirtschaftsweise ist in Wandlung begriffen: „Privatwirtschaft“. Sombart definiert dieses Merkmal folgendermaßen: [16] „Die Initiative liegt bei den vom Erwerbsprinzip geleiteten sich frei betätigenden Wirtschaften (Unternehmungen), denen die ganze Chance des wirtschaftlichen Erfolges und das ganze Risiko des wirtschaftlichen Mißerfolges obliegt, von denen der gesamte wirtschaftliche Prozeß in Tätigkeit gehalten wird.“

Die Initiative muß also von Wirtschaften (Unternehmungen) ausgehen; sie müssen den gesamten wirtschaftlichen Prozeß in Tätigkeit halten. Unter „Wirtschaften (Unternehmungen)“ meint Sombart zweifellos — die Zusammenfassung unter dem Titel „Privatwirtschaft“ zeigt es — private Unternehmer. Geht heute noch die Initiative von privaten Unternehmern aus? Sind sie es noch, die den ganzen wirtschaftlichen Prozeß in Tätigkeit halten? Diese Frage wäre nicht schon etwa deswegen zu verneinen, weil der Staat, weil die Kommunen, große Unternehmungen wie Eisenbahn, Post, Elektrizitätswerke, Gaswerke, Wasserwerke, Bergbau, Forstwirtschaft betreiben. „Nicht die Tatsache des öffentlichen Betriebes — — — an sich ist — — — eine Bedrohung der kapitalistischen Privatindustrie. Ob diese eintritt, hängt davon ab, ob und inwieweit die öffentliche Hand von der Möglichkeit Gebrauch macht, den Besitz öffentlicher Betriebe — — — zur Bekämpfung der von den öffentlichen Betrieben — — — abhängigen Privatwirtschaften zu benutzen.“ [17]

---

14. Liefmann a. a. O. S. 54/55.
15. Liefmann a. a. O. S. 62.
16. „Die Ordnung des Wirtschaftslebens“ 2. Aufl. Bln. 1927. S. 29.
17. Dr. Herbert von Beckerath. „Der moderne Industrialismus (Gewerbepolitik 1)“ Jena 1930. S. 351/52.

„— — — die meisten Industriestaaten (haben) auch schon in ihrer liberalen Epoche eigene staatliche Industriebetriebe gekannt, z. T. als Überrest aus älterer merkantilistischer Politik (z. B. die staatlichen Porzellan- und Gobelin-Manufakturen usw.), ferner aus dem Bestreben heraus, die Ausbeutung natürlicher Monopolschätze, wie etwa von Kohlen- und Kali - Vorkommen — — — nicht ausschließlich dem Privatkapital zu überlassen und daraus keine privaten Rentenquellen entstehen zu lassen.“ [18] Diese Betätigung der öffentlichen Hand ist also noch kein Widerspruch zur Privatwirtschaft. Heute aber geht die Betätigung der öffentlichen Hand über diesen Rahmen hinaus. „Seit den Tagen des Liberalismus — — — ist das gemeinwirtschaftliche System in zunehmender Entfaltung begriffen, erfaßt es immer weitere Bereiche der Wirtschaft, bald regelnd und eingreifend, bald in einer Ausdehnung der staatlichen Erzeugungswirtschaft.“ [19]

„ — — die Initiative liegt bei den vom Erwerbsprinzip geleiteten, sich frei betätigenden Wirtschaften — —.“ [20] Daß die Herrschaft des Erwerbsprinzips umstritten ist, haben wir oben gesehen. Können sich die Unternehmer heute noch frei betätigen? Hier hat das Kartell einschneidende Veränderungen hervorgerufen. Der dem Kartell angeschlossene Unternehmer kann sich in der Produktions- und in der Absatzpolitik, also auf wesentlichen Gebieten seines ehemaligen Machtbereiches, nicht mehr frei betätigen.[21] Man wird hiergegen vielleicht einwenden, daß der dem Kartell beigetretene Unternehmer diese Freiheit selbst aufgegeben hätte. Ja, aber nicht freiwillig, sondern als Folge der Konkurrenz, die bei weiterem Andauern wahrschein-

---

18. Ebenda S. 352/53. Ähnlich Ritschl (Hans Ritschl: Gemeinwirtschaft und kapitalistische Marktwirtschaft. Zur Erkenntnis der dualistischen Wirtschaftsordnung, Tübingen 1931): „Auch in der extrem liberalistischen Ordnung hat der Staat nie aufgehört, eine eigene und umfangreiche Wirtschaft zu führen zur Befriedigung von Gemeinschaftsbedürfnissen. Wennschon die liberalistische Wirtschaftspolitik die Staatswirtschaft einzuschränken suchte auf den Bereich der reinen Gemeinschaftsbedürfnisse, so enthält doch schon das Programm des Liberalismus die Aufgabe einer staatlichen Regelungs- und Eingriffswirtschaft für den Fall des Versagens der freien Marktwirtschaft. Die liberalistischen Systeme befürworten das freie Privateigentum und seinen freien Gebrauch, die Vertragsfreiheit und den freien Handel, weil sie in der freien Konkurrenz den besten Verteilungsfaktor erblicken. Ist dies System durch Monopolbildungen gefährdet, so wird die Verstaatlichung der monopolistischen Wirtschaftszweige verlangt.“ (S. 123).

19. Ritschl a. a. O. S. 1.

20. Sombart „Die Ordnung des Wirtschaftslebens, “ 2. Aufl. Bln. 1927. S. 29.

21. „In der durchgerechneten und durchorganisierten Wirtschaft von heute nimmt die schöpferische Funktion des Unternehmers ab. Die Intensität des Unternehmerdranges vermindert sich, der dem Kapitalismus eigene Händler- und Abenteurergeist erschlafft, der Vergeistungsvorgang im Wirtschaftsleben setzt anstelle der Persönlichkeit die Normung, anstelle des intuitiven, spontanen Entschlusses das Handeln nach festgelegten Vorschriften“ (Dobretsberger „Freie oder gebundene Wirtschaft.“ a. a. O. S. 56/57).

lich zum wirtschaftlichen Zusammenbruch des Unternehmens geführt hätte; also letzten Endes doch nicht „selbst".[22] Auch der Staat behindert den Unternehmer in seiner freien Betätigung; im wesentlichen durch Maßnahmen, die dem Arbeiterschutz dienen und durch solche, die das Gebiet der Preise beeinflussen.[23] In Deutschland lernen wir heute weitere Beispiele solcher Verbote kennen: Der Staat untersagt in übersetzten Gewerbezweigen Ausdehnung der Produktion und Errichtung neuer Betriebe. Alles in allem: Der Unternehmer ist heute auf verschiedenen Gebieten in seiner Betätigung Einschränkungen unterworfen. Es ist häufig nicht mehr „der kapitalistische Unternehmer", den wir in der Wirtschaft sehen.

Und eine weitere Veränderung der „Privatwirtschaft". In ihr lastet das ganze Risiko des wirtschaftlichen Mißerfolges auf dem Unternehmer. Das kann der Staat heute oft nicht zulassen, da der Mißerfolg häufig sehr weite Kreise ziehen, viele Menschen brotlos machen, das Wirtschaftsleben erschüttern würde. „Der Zusammenbruch eines solchen Großunternehmens hat nicht nur Wirkungen für das Unternehmen selbst und den Wirtschaftszweig, dem es angehört, die Gesamtwirtschaft und mit ihr der Staat werden durch den Zusammenbruch aus den Fugen gerissen."[24] Hier greift der Staat ein. Er nimmt dem Unternehmer einen Teil des Risikos ab (man denke an die Garantien, die der Staat den am Rußland-Geschäft beteiligten Unternehmen gegenüber zeitweise übernommen hat).

Wir sehen: wesentliche Merkmale kapitalistischer Wirtschaftsweise erleiden eine Veränderung ihrer Struktur! Das hat zu der Streitfrage geführt, ob der Kapitalismus seinem Ende entgegen gehe oder nicht. Liefmann[25] verneint diese Frage, und begründet seine Auffassung damit, daß das private Ertragsstreben, „das Organisationsprinzip des heutigen Tauschverkehrs," das „zum Angebot der verschiedenen Güter und Leistungen, zur Verteilung der Kapitalien und Arbeitskräfte auf die verschiedenen Erwerbszweige führt", von dem „aus auch die Preisbildung zu erklären ist", „durch die privaten Monopolbildungen in keiner Weise aufgehoben" — — — „daher auch das volkswirtschaftliche Organisationsprinzip in keiner Weise verändert" worden sei.[26]

Ebenso verneint Adolf Weber[27] die Frage, ob der Kapitalismus seinem Ende entgegen gehe. Ausgehend davon, daß die

---

22. Der Einwand, daß der kartellierte Unternehmer sein Selbstbestimmungsrecht in der Produktions- und Absatzpolitik selbst aufgegeben hätte, gilt übrigens natürlich überhaupt nicht für solche Unternehmer, die mit ihren Unternehmungen in Zwangskartellen zusammengeschlossen werden.

23. Sombart in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik. 175er Band, S. 34.

24. Ernst Rudolf Huber: Die Gestalt des deutschen Sozialismus. Hamburg 1934, S. 7.

25. a. a. O. S. 16.

26. In gleicher Richtung: ebenda S. 410.

27. „Ende des Kapitalismus?" München 1929, S. 41.

Konkurrenz das eigentliche Organisationsprinzip der bestehenden Wirtschaftsordnung sei, setzt er Schmalenbachs These von der eigengesetzlichen Entwicklung zur gebundenen Wirtschaft seine Meinung entgegen, wonach „man in den Kartellen nichts anderes zu erblicken habe, als Organisationen, die eine ruinöse und damit unzweckmäßige Konkurrenz zu einer geregelten Konkurrenz machen. Das ist nicht Negation, sondern Bejahung der Konkurrenzwirtschaft." Auch Sombarts Auffassung von den „Alterserscheinungen" [28] des Kapitalismus tritt Weber entgegen. Er stimmt nicht überein mit den Behauptungen Sombarts vom abnehmenden Wagemut der Unternehmer, vom Rückgang des Gewinnstrebens; er bestreitet, wie schon in der Auseinandersetzung mit Schmalenbach, daß die Kartellierung zu einem Wandel der Wirtschaftsform führe. Weber [29] deutet die Veränderungen im Kapitalismus als „Abstreifen des jugendlich-stürmischen, des unreifen bei dem kapitalistischen Wirtschaftssystem" als „beginnende Eingliederung in das Kulturganze". „In Summa": Nur die Sturm- und Drangzeit des Kapitalismus liegt schon hinter uns. Der Kapitalismus stirbt nicht ab, wenn er ein „totalitätsbezogener" wird. Was wir erleben, das ist ein Klärungsprozeß, kein Welken. Aus Most wird Wein. Der Gemeinwirtschaft einschließlich der genossenschaftlichen und der Ausübung des Mitbestimmungsrechts der Volksgemeinschaft sind von vornherein so enge Grenzen gezogen, daß sie niemals die individualistische Wirtschaft verdrängen werden. Einer im Kern individualistischen Wirtschaft gehört auch die absehbare Zukunft." [30] Kumpmann [31] spricht von einem erstarkenden Kapitalismus in der Wirtschaft (und einem vordringenden Sozialismus in der geistigen Welt). Eine interessante Meinung vertritt Dobretsberger.[32] Er geht von der Konjunkturbewegung aus, hält sie für etwas „Schicksalhaftes", den „Pendelschlag zwischen Aufstieg und Niedergang (für) das ursprünglich Gegebene", und behauptet, daß sich „die Organisationswandlungen erst im Nachhinein dem Konjunkturverlauf anpassen". „Dementsprechend kann von der Organisationspolitik nicht erwartet werden: 1. — — — 2. die Zwangsläufigkeit der Entwicklung z. B. zur gebundenen Wirtschaft — — — — — —. Damit werden — — — die pessimistischen Auffassungen, daß sich erst auf dem Schutt des zusammengebrochenen Kapitalismus die neue Gesellschaft aufrichten ließe, abgelehnt".

Mises [33] richtet sein Augenmerk auf die Eingriffe des Staates in die Wirtschaft und lehnt es ab, diese Wirtschaft noch

---

28. Ebenda, S. 51/53.

29. Ebenda, S. 54.

30. Schriften des Vereins für Sozialpolitik. 175. Bd. 1929 Anh. S. 398.

31. „Kapitalismus und Sozialismus", Essen 1929. S. 13.

32. „Freie oder gebundene Wirtschaft", München u. Leipzig 1932. S. 139/141.

33. „Kritik des Interventionismus". Jena 1929.

eine kapitalistische zu nennen. Mises bezeichnet[34] das heutige Wirtschaftssystem als „System des Interventionismus". „Der Interventionismus will das Sondereigentum an den Produktionsmitteln beibehalten, dabei jedoch das Handeln der Eigentümer der Produktionsmittel durch obrigkeitliche Gebote, vor allem aber durch obrigkeitliche Verbote, regulieren." Interventionismus ist ein „durch obrigkeitliche Normen beschränkter Kapitalismus."[35] Diese obrigkeitlichen Normen („Eingriffe") „gehen darauf aus, Preise von Gütern oder Dienstleistungen anders festzusetzen, als der ungehinderte Markt sie bilden würde."[36] Mises versucht nachzuweisen,[37] daß ein Eingriff den nächsten im Gefolge hat, und daß das System der Eingriffe daher den Übergang der Leitung von Produktion und Verteilung auf den Staat bedeutet. Interventionsmus führt also zum Sozialismus. Das „Sondereigentum" an den Produktionsmitteln sei dann nur noch ein inhaltsloses Wort.[38] Danach ist Mises offenbar der Auffassung, daß wir mehr und mehr vom Kapitalismus abrücken. Diese Auffassung Mises' ergibt sich auch aus seiner Auffassung vom Verhältnis zwischen Kapitalismus und Liberalismus.[39] „Eine Gesellschaft, in der die liberalen Grundsätze durchgeführt sind, pflegen wir die kapitalistische Gesellschaft zu nennen, und den Gesellschaftszustand als Kapitalismus zu bezeichnen." An einer anderen Stelle[40] äußert Mises, „daß die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise nur im Rahmen einer auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln aufgebauten Gesellschaftsordnung (d. h. bei Mises, nur im Rahmen des Liberalismus[41]) möglich war." Also nur in der Freizügigkeit, die der Liberalismus dem Unternehmer zubilligte, konnte sich der Kapitalismus entfalten. Der Liberalismus befindet sich aber in einer starken Krise. „Die liberale Weltanschauung hat ihren Boden in den Massen fast ganz verloren."[42] „Der Liberalismus verliert selbst in England und in den Vereinigten Staaten von Tag zu Tag mehr an Boden."[43]

Die Streitfrage, ob wir vom Kapitalismus abrücken oder

---

34. Ebenda S. 20.
35. Mises, „Liberalismus" Jena 1927, S. 67.
36. Ebenda.
37. Ebenda, S. 67/69.
38. Mises, „Kritik des Interventionismus", S. 1/2.
39. Mises, „Liberalismus", S. 9.
40. Mises, „Kritik des Interventionismus", S. 67.
41. Ebenda, S. 66.
42. Carl Landauer. „Planwirtschaft und Verkehrswirtschaft." München u. Leipzig. 1931. S. 1.
43. Mises „Kritik des Interventionismus". S. 89.
Heinrich Lechtape „Die Wandlung des Kapitalismus in Deutschland", Jena 1934 folgert aus dem Verfall des Liberalismus besonders in Deutschland: „nicht der Kapitalismus, wohl aber der liberale Kapitalismus auf deutschem Boden ist zu Ende. Der deutsche Kapitalismus löst sich von dem Fundament des Liberalismus, auf dem er bisher gestanden hat, und er tritt in einen neuen Raum seiner Verwirklichung." S. 39.)

nicht, ist offenbar auf Aufwendung verschiedener Gesichtspunkte bei Bewertung der den Streit hervorrufenden Erscheinungen und auf engere oder weitere Abgrenzung des Begriffes „Kapitalismus" zurückzuführen. Der eine beachtet bei der Kartellierung nur die Art des Auftretens auf dem Markte, erblickt daher in der Kartellierung eine Mildung der Konkurrenz, im Kartell somit nichts kapitalismusfeindliches. Dem anderen erscheint es bedeutsam, daß im Kartell die Unternehmer-Initiative eine Einengung erfährt; er erblickt in der Kartellierung daher eine dem Kapitalismus nicht entsprechende Einrichtung. Bei Beurteilung der Betätigung des Staates in der Wirtschaft verweist der eine darauf, daß es derartige Betätigung sowohl in der vorkapitalistischen Zeit gegeben habe, als auch in der hochkapitalistischen; der andere beachtet mehr den U m f a n g der Staatstätigkeit in der Wirtschaft und schließt aus dem geringsten Abweichen der Staatstätigkeit vom Gebiete des für das Allgemeinwohl notwendigen[44] auf ein Vordringen des Staates in der Privatwirtschaft, auf Zurückdrängung des Privatunternehmers, auf ein Zurückweichen des Kapitalismus.[45]

---

44. Ritschl a. a. O. S. 75, nennt es die „Mindestausdehnung der staatlichen Gemeinwirtschaft, eine Beschränkung auf die reinen Gemeinschaftsbedürfnisse in ihrem allernotwendigsten Ausmaße, wie sie dem sozialgegebenen Ziele der Daseinserhaltung des Gemeinwesens selber entspringen".

45. Einen wertvollen Ausgangspunkt für die Behandlung der Frage: Ende des Kapitalismus? liefert Ritschl (a. a. O.) — obwohl von entgegengesetzter Fragestellung ausgehend, nämlich von der Frage, ob wir „— — — in einer schlechthin kapitalistischen Wirtschaftsordnung leben" (S. I) durch seine Erkenntnis vom „Dualismus" der heutigen Wirtschaftsordnung. Ritschl sagt: „In Wahrheit — — leben wir in einer dualistischen Wirtschaftsordnung, die auf der Herrschaft zweier Systeme beruht, des gemeinwirtschaftlichen Systemes, das von der Staatswirtschaft getragen wird, und des Systemes der kapitalistischen Marktwirtschaft, das von der Tauschgesellschaft getragen wird. Beide Wirtschaftssysteme sind auf die mannigfachste Art miteinander verflochten, begrenzen und ergänzen einander." (Diese These Ritschls darf nicht identifiziert werden mit Sombart's These [Sombart a. a. O. S. 32/35] der „Häufung der Wirtschaftssysteme" in „Übergangszeiten." Zur Begründung vgl. Ritschl a. a. O. S. 1, 2 u. S. 160). Erst auf Grund dieser These Ritschl's ist es folgerichtig, zu untersuchen, wie weit in der heutigen Wirtschaft noch kapitalistische Marktwirtschaft vorhanden ist, denn das Ergebnis einer solchen Untersuchung drängt n u n m e h r (d h. nach der Erkenntnis des Dualismus) dazu, in der heutigen Wirtschaft das dementsprechende Verhältnis von kapitalistischer Marktwirtschaft zu Gemeinwirtschaft zu erblicken. An anderen Stellen seines Buches (S. 141/142 u. S. 146) führt Ritschl aus, daß innerhalb des Dualismus das Verhältnis von Gemeinwirtschaft und Marktwirtschaft zu verschiedenen Zeiten verschieden war. Ritschl sieht „— — — seit den Tagen des Liberalismus ein Vordringen des gemeinwirtschaftlichen Systems,— — —" im Zuammenhang „— — — mit der Entfaltung der kapitalistischen Marktwirtschaft — — —", vorwärtsgetrieben durch „— — — die aus den Fesseln einer reinen Verneinungspolitik sich langsam lösende soziale Bewegung — — —" Für die Entfaltung der Gemeinwirtschaft finden wir bei Ritschl (a. a. O.) auf S. 57/58 die Begründung. Dort sagt Ritschl: „Der Glaube an eine absolute und vollkommene Harmonie der freien Wirtschaftsordnung ist längst über den Tatsachen verloren gegangen. Die freie kapitalistische Wirtschaft reicht zu einer gleichmäßigen Versorgung der Bevölkerung und zur ausreichenden Bedeckung aller sozial wichtigen Bedürfnisse

Einmütigkeit scheint aber darüber zu bestehen, daß das Erwerbsprinzip sich nicht mehr hemmungslos durchsetzen kann, daß die Konkurrenz durch die Kartelle mildere Formen annimmt, daß die Initiative des Staates in der Wirtschaft in der Krise nicht ausbleiben darf und daß der Staat auf die Richtung der Produktion immer mehr Einfluß zu nehmen beabsichtigt.

Vielfach herrscht die Meinung vor, daß wir uns auf dem Wege zu einer Art von „Planwirtschaft" befinden. „Heute glauben wir an Planwirtschaft und suchen nach Wegen zu ihrer Verwirklichung," sagt Müller[46] und: „Es ist wertvoll, festzustellen, wie schnell in den letzten Jahren der planwirtschaftliche Gedanke an Wirksamkeit gewonnen hat."[47] Sombart[48] drückt diesen Gedanken aus mit den Worten: „Neben dem Kapitalismus werden im Wirtschaftsleben der Zukunft einen immer breiteren Raum einnehmen, alle Wirtschaftssysteme, die irgendwie auf Planwirtschaft beruhen."

Der Begriff „Planwirtschaft" gehört zu den unklarsten Begriffen der Nationalökonomie. Um diesen Begriff gruppieren sich verschiedene Bezeichnungen wie „gebundene Wirtschaft", „Staatssozialismus", „Gemeinwirtschaft" u. a. In nationalökonomischen Abhandlungen, die diese Bezeichnungen zum Ausgangspunkte nehmen, werden Probleme behandelt, die mit einer planmäßig geleiteten Wirtschaft, einer Planwirtschaft, in Zusammenhang stehen.

Früher verstand man unter „Planwirtschaft" eine Wirtschaft, in der es kein Privateigentum an Produktionsmitteln und keine private Initiative geben sollte, in der der Staat einen Plan für den Wirtschaftsablauf aufstellen würde. Eine solche Planwirtschaft führt zur Aufhebung des freien Tauschverkehrs, d. h. auch, zur Aufhebung der freien Preisbildung.[49] Eine derartige Planwirtschaft wird auch eine staatssozialistische genannt.[50] Huber versteht darunter „eine Neuauflage der zentralistischen und bürokratischen Kriegswirtschaft, — — — — — — bei der

---

nicht aus. In ganzen Bereichen des wirtschaftlichen Lebens, wie z. B. im städtischen Wohn- und Siedlungswesen hat der wirtschaftliche Liberalismus versagt und die sozialen Aufgaben nicht gelöst. Hier und an vielen Stellen ist ein Eingreifen der Gemeinwirtschaft in mindestens regelndem Sinne unumgänglich geworden. Den härtesten Stoß erhielt der Glaube an eine harmonische Selbstregulierung indes mit dem Einsetzen des Konjunkturzyklus in der hochkapitalistischen Wirtschaft mit der Ausdehnung des reproduktiven Verbrauches, den verlängerten Produktionsumwegen, der erweiterten Reproduktion."

46. August Müller: „Die planwirtschaftliche Bedeutung unmittelbaren Tauschverkehrs zwischen Erzeuger- und Verbrauchergenossenschaften" in: Vierteljahresschrift für Genossenschaftswesen, Stuttgart-Berlin, 12. Jahrgang. Mai 1935, Nr. 3.

47. Ebenda S. 92.

48. Sombart „Der moderne Kapitalismus" III. Band, 2. Halbband. München und Leipzig 1927. S. 1014.

49. Adolf Weber, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, München 1934, S. 20.

50. Huber, a. a. O. S. 28.

jede einzelne wirtschaftliche Tätigkeit, jede Anordnung und jede Maßnahme sich nach einem vorausbestimmten Gesamtplan regelt. — — — — — Eigene Initiative, persönliche Schöpferkraft und selbstverantwortliches Wirken gibt es nur bei der Aufstellung des Plans, die in der Hand der staatlichen Zentralbehörde liegt".

Neben einer solchen, in der Literatur der liberalen Epoche als sozialistisch bezeichneten Planwirtschaft, wird aber auch sonst vielfach von Planwirtschaft gesprochen, meist dann, wenn durch irgendwelche Eingriffe die ungehemmte freie Verkehrswirtschaft in irgendeiner Beziehung eingeschränkt wird. Müller [51] definiert daher Planwirtschaft als den „Gegensatz zum Automatismus des wirtschaftlichen Kreislaufs", und fügt hinzu: [52] „Am besten beläßt man es bei dieser Formel. Die Ausführung planwirtschaftlicher Wirtschaftslenkung im einzelnen ist so mannigfaltig und nach Zweck und Wirtschaftsaufbau der einzelnen Volkswirtschaften so verschieden, daß daran eine positive, planwirtschaftliches Wollen im Einzelnen erläuternde Definition scheitern muß. — — — — — — In ihrem allgemeinsten Sinne bedeutet Planwirtschaft ein Wirtschaftssystem, dessen Wirtschaftsimpulse nicht automatisch wirkende elementare Wirtschaftsgesetze sind, wie etwa die freie Konkurrenz. — — — — — —." Lammers sagt von einer künftigen Planwirtschaft, ihre „künftige Lebensaufgabe soll — — — nicht mehr die Herbeiführung einer sozialistischen Gleichmacherei und eines goldenen Zeitalters der Bürokratie sein, sondern die Durchsetzung nationaler Notwendigkeiten im Interesse der Selbstbehauptung des Volkes und zwar im Wege einer freien, aber vaterländisch verantwortlichen Selbstverwaltung." [53]

In einer ganzen Reihe von Ländern lassen sich Ansätze einer Planwirtschaft beobachten. Schröder [54] schreibt: „Daß das Plandenken sich über die ganze Welt zu verbreiten beginnt, zeigt eine kleine Übersicht über eine ganze Reihe von Plänen, die in letzter Zeit mehr oder weniger bekannt geworden sind. Allen voran steht natürlich der Fünfjahresplan der Sowjetrussen. — — — Man hörte außer vom russischen Fünfjahresplan von einem Dreijahresplan für die Landwirtschaft in Australien, von einem Fünfjahresplan für öffentliche Arbeiten — mit ausgesprochen konjunkturpolitischen Zielen — in Frankreich. von einem Achtjahresplan für die Landwirtschaft in Ungarn, einem Zehnjahresplan der Nanking-Regierung, für das ihren Weisungen folgende China, von einem Zwanzigjahresplan selbst für die so stark individualistischen Vereinigten Staaten von Nordamerika. — — — Wie weit freilich dem Plandenken auch

51. a. a. O. S. 88/89.
52. Ebenda.
53. Clemens Lammers, „Autarkie, Planwirtschaft, und berufsständischer Staat?" Berlin 1932.
54. Schröder, „Die Überwindung der Wirtschaftskrise durch den Plankapitalismus", Jena 1932. S. 144, 145.

schon ein Planhandeln entspricht, das ist sehr schwer festzustellen. Der alles überragende sowjetrussische Versuch ist als Tatsache natürlich über allem Zweifel erhaben."

Müller [55] hebt hervor, daß für die Gegenwart das Wesen und die Bedeutung der Planwirtschaft darin liege, daß die Planwirtschaft das Privateigentum bestehen lasse. Müller spricht von Zusammenhängen, „die anstelle eines sozialistischen Wirtschaftszieles immer nachhaltiger und ausgesprochener ein planwirtschaftliches treten ließen," — — — — — — — — — „wirtschaftstheoretisch, wirtschaftspolitisch und im Hinblick auf den Wandel der Wirtschaftsideologien ist die Tatsache ebenso bedeutsam wie interessant, daß das planwirtschaftliche Ziel die sozialistischen Bestrebungen und Programme immer nachhaltiger aus den gegenseitigen Erörterungen über die Anpassung der Wirtschaftsmethoden an die Wirtschaftskräfte und Wirtschaftsaufgaben verdrängt." [56]

Schiff [57] bezeichnet es als „Tatsache, daß auch innerhalb der Gegner des Sozialismus weite Kreise sich planwirtschaftliche Gedanken zu eigen gemacht haben und diese in das kapitalistische System einbauen wollen." Also auch in kapitalistischen Kreisen hat die Auffassung Platz gewonnen, daß der ungehemmte Kapitalismus Verschwendung von Produktivkräften bedeute, Krisen herbeiführe, und daß deshalb eine Regelung der Produktion nützlich sein könnte. „Die Grundsätze vernünftiger Wirtschaftsführung erstreben, negativ ausgesprochen, die durchgreifende und dauernde Überwindung der Wirtschaftskrise, positiv ausgedrückt, die stete Wahrung der idealen Entsprechung von Angebot und Nachfrage auf allen Märkten in der Wirtschaft: Den Ausbau des Plankapitalismus." [58] Planwirtschaft ist hier nicht als neues Wirtschaftssystem gedacht, sondern als Ergänzung des Kapitalismus. („— — — Aufbau der Planmarktwirtschaft als einer entwickelten Form der Marktwirtschaft — — —." [59])

Was die sozialistische und kapitalistische Planwirtschaft gemeinsam haben, das ist die Auffassung, die ungehemmte kapitalistische Wirtschaft bewirke Kapitalvergeudung, daher sei obrigkeitliche Lenkung der Produktion notwendig, das Planlose habe dem Planvollen zu weichen. „Schumpeter — — — zieht zwischen den beiden Systemen die Grenze, daß die kapitalistische Planwirtschaft den Produktionsaufbau immer noch nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten gestalte, während ihn die sozialistische Planwirtschaft nach sozialpolitischen Richtlinien einrichten würde." [60]

---

55. a. a. O. S. 89.
56. Müller, a. a. O. S. 89/90.
57. Schiff, Walter: „Die Planwirtschaft und ihre ökonomischen Hauptprobleme", Bln. 1932. S. 1.
58. Schröder, a. a. O. S. 63.
59. Ebenda, S. 77.
60. Dobretsberger: „Freie oder gebundene Wirtschaft" München u. Leipzig, 1932. S. 63/65.

Vielfach wird das Kartell als Mittel einer Planwirtschaft betrachtet. „In der Kartellbildung vor dem Kriege erblickten nicht wenige die Ansätze zu einer Planwirtschaft auf vertragsmäßiger Basis, die der Überproduktion und Unterkonsumtion, dem Mißverhältnis der Einkommensschichten steuern sollte.“ [61] Schröder [62] bezeichnet die Kartelle als die „werdenden ‚Verkaufsverbände‘ “ der von ihm geforderten Planmarktwirtschaft.

Als in Deutschland auf Grund des Zwangskartellgesetzes vom 15. Juni 1933 und auf Grund des „Gesetz(es) über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes vom 13. September 1933“ nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Landwirtschaft neue große Kartellverbände zum Zwecke der Produktionsregelung entstanden, der Staat fördernd auf die Kartellentwicklung Einfluß nahm und darüber hinaus die Landwirtschaft aus der freien Marktwirtschaft herausgenommen wurde, hielt man diese Maßnahmen vielfach für den Anfang einer bewußt herbeigeführten Planwirtschaft. Als solche waren sie aber von der Regierung nicht beabsichtigt. „Der Erlaß des Gesetzes hat keineswegs den Zweck, die bestehende Wirtschaftsordnung, die auf der Iniviative und dem Verantwortungsgefühl des einzelnen Unternehmers beruht, von Grund auf zu ändern und einer staatlichen Planwirtschaft den Boden zu bereiten. Von der Möglichkeit des Gesetzes soll vielmehr nur mit großer Zurückhaltung und nur dann Gebrauch gemacht werden, wenn die private Wirtschaft nicht in eigener Entschließung durch Selbsthilfe den Ausweg aus den vorhandenen Schwierigkeiten findet.“ So heißt es in einer Begründung zum Zwangskartellgesetz.[63] Die Ausdehnung des Kartellwesens in der deutschen Wirtschaft bedeutet also nicht den Anfang einer staatlichen Planwirtschaft.[64]

Beachtenswert aus diesen Zusammenhängen heraus ist die Entwicklung des Kartells. Ursprünglich auf Erringung einer Monopolstellung, auf Ausschaltung des Wettbewerbes auf dem Markte gerichtet, ging es im Laufe der Zeit dazu über, das Schwergewicht seiner Tätigkeit auf Organisierung und Regulierung von Erzeugung und Absatz zu verlegen.[65] In den Zwangskartellen, die auf Grund des Zwangskartellgesetzes vom

---

61. Dobretsberger, „Konkurrenz und Monopol in der gegenwärtigen Wirtschaft“, Leipzig und Wien 1929, S. 69.

62. Schröder, a. a. O. S. 158.

63. „Das neue Kartell-, Zwangskartell- und Preisüberwachungsrecht“ erl. von Dr. Heinz Müllensiefen und Dr. Wolfram Dörinkel, 2. Aufl. Berlin, 1934, S. 85, 86. Im Gegensatz hierzu sah das Sozialisierungsgesetz vom 23. März 1919, welches die Grundlage für die Errichtung der Zwangskartelle in der Kohlen- und Kaliwirtschaft bildete, „in erster Linie die Vergesellschaftung geeigneter Unternehmungen“, in zweiter Reihe die „gemeinwirtschaftliche Herstellung wirtschaftlicher Güter“ vor (§ 2), um das selbständige Einzelunternehmen zu beseitigen.“ (ebenda S. 120).

64. Huber (a. a. O. S. 64) bezeichnet die „Kartellwirtschaft“ als „wirtschaftliche Selbstverwaltung“, als „Planwirtschaft im Sinne einer selbstverwaltungsmäßig geleiteten, vom Staate planvoll geführten Wirtschaft, — — —“

65. Huber, a. a. O. S. 56.

15. Juli 1933 errichtet werden, „muß naturgemäß Sorge getragen werden, daß die Preisgebarung und die übrigen Marktbedingungen der Zusammenschlüsse nicht einseitig dem Unternehmerinteresse dienen, sondern die erforderliche Rücksicht auf die von der Marktregelung betroffenen Kreise, insbesondere der Abnehmer und Konsumenten nehmen." [66] Das Interesse der Abnehmer und Konsumenten soll also in viel stärkerem Maße als bisher im Kartell zur Geltung kommen.

Die vorliegende Arbeit soll einer Untersuchung von Beziehungen zwischen Kartell und Planwirtschaft dienen. Eine solche Untersuchung begegnet der Schwierigkeit, daß Planwirtschaft nicht ein fest umrissener Begriff ist. Wir haben oben zwei Arten einer Planwirtschaft kennen gelernt: 1. die als staatssozialistisch oder zentralistisch bezeichnete, in der es kein Privateigentum an Produktionsmitteln und keine private Initiative gibt, in der die Wirtschaft nach einem vom Staate aufgestellten Plane verläuft, 2, eine Planwirtschaft, von der man nur sagen kann, daß sie nicht vom „Automatismus" der freien Wirtschaft reguliert wird und daß sie das Privateigentum unangetastet läßt. Eine Planwirtschaft der letztgenannten Art läßt sich, da sie zu wenig bestimmt ist, als Gegenstand einer theoretischen Behandlung nur schwer benutzen; hingegen ist eine Planwirtschaft der erstgenannten Art einigermaßen ausreichend gekennzeichnet und daher als Gegenstand theoretischer Untersuchung verwendbar. Demzufolge kann in der vorliegenden Arbeit vorwiegend auch nur eine solche Planwirtschaft dem Kartell gegenüber gestellt werden.[67] Aber auch die Kartellform, die der Planwirtschaft gegenüber gestellt werden soll, bedarf einer gewissen Abgrenzung. Es soll nur das freiwillig zustandegekommene Kartell betrachtet werden, dagegen nicht das Zwangskartell, denn die Zahl der Zwangskartelle ist, verglichen mit der Zahl der durch freiwillige Vereinbarung zustande gekommenen Kartelle, gering.

---

66. Müllensiefen — Dörinkel, a. a. O. S. 86; (Begründung zum Zwangskartellgesetz).

67. Auf die vorliegende Arbeit wirkt sich das nachteilig aus, denn einer kapitalistischen Planwirtschaft würde die Gegenüberstellung des Kartells — einem im wesentlichen kapitalistischen Gebilde — besser entsprechen, als einer sozialistischen.

Ritschl (a. a. O. S. 32 ff.) weist übrigens nach, daß eine — bei ihm umfassend gekennzeichnete — Planwirtschaft in der Wirklichkeit vorhanden ist, verkörpert in der — ein gemeinwirtschaftliches System darstellenden — Staatswirtschaft; allerdings nicht in „ausschließlicher Geltung" (S. 69), nicht als „monistisches Wirtschaftssystem," sondern in „Zuordnung und Wechselwirkung" mit der kapitalistischen Marktwirtschaft, mit ihr zusammen die dualistische Wirtschaftsordnung darstellend.

2. Teil: Hauptteil.

Untersuchung über Beziehungen zwischen Kartell und Planwirtschaft.

1. Abschnitt:

a) Wurzeln der Planwirtschaft.

Um das Aufkommen des Gedankens der Planwirtschaft verstehen zu können, gehen wir am besten von der freien Verkehrswirtschaft aus. In ihr ist es jedem Wirtschaftssubjekt überlassen, sich auf beliebigem Gebiete der Wirtschaft zu betätigen, den Umfang seiner Betätigung, im Rahmen des ihm zur Verfügung stehenden Kapitals, beliebig weit zu stecken, kurz: es herrscht Verkehrsfreiheit. Mit diesem Kennzeichen kapitalistischer Wirtschaftsweise befaßt sich auch die Theorie des Sozialismus.[68] Die Verkehrsfreiheit ist der ökonomische Ausgangspunkt des Sozialismus. Indem jeder, so sagen die Sozialisten, sich betätigen kann, auf welchem Gebiete der Wirtschaft und in welchem Umfange er will, entstehe ein Durcheinander, Überschuß in einzelnen Produkten, Mangel in anderen, ein Mißverhältnis zwischen Produktion und Bedarf. „— — — die Kritiker — — — besonders die sozialistischen Kritiker — — — der freien Wirtschaft erklären: sie sei planlos, anarchisch. Jeder Unternehmer produziere selbständig, ohne von den anderen zu wissen, darauf los; die Folge sei, daß eine Krisis die andere ablöse und das Wirtschaftsleben immer chaotischer werde.“ [69]

Der Sozialismus sieht also einen Hauptübelstand der kapitalistischen Wirtschaft in der Planlosigkeit der Produktion, in der Erscheinung, daß jeder Unternehmer bei Bestimmung von Art und Umfang seiner Produktion im allgemeinen selbständig für sich, ohne Fühlung mit den anderen Unternehmern des gleichen Gebietes, vorgeht.[70]

---

68. Soweit in dieser Arbeit von Sozialismus gesprochen wird, ist „Sozialismus“ in dem Sinne gemeint, in welchem wir ihn in der Literatur der liberalen Epoche finden, also Sozialismus als Wirtschaftsform, eine Wirtschaft ohne Privateigentum an den Produktionsmitteln. Dementsprechend sind „Sozialisten“, soweit sie in der vorliegenden Arbeit erwähnt werden, Anhänger einer solchen Wirtschaftsform.

69. Richard Passow: „Freie und gebundene Wirtschaft“. Vortrag gehalten in Dresden am 6. April 1932. Herausgegeben vom Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertag Hannover, S. 10. Ritschl (a. a. O. S. 58) folgert aus „Der Anarchie und Planlosigkeit der freien Marktwirtschaft — — — ihre ‚Kurzsichtigkeit‘. Die jeweilige Marktlage, die in den Preis- u. Gewinnverhältnissen ihren Ausdruck findet, ist der einzige Leitstern für den Ansatz der Erzeugungskräfte. Allein der kaufkräftige Begehr ist bestimmend, dies der soziale Nachteil; allein die jeweilige Konjunkturlage ist richtunggebend, dies der Nachteil der Konjunkturgebundenheit der Unternehmerdispositionen.“

70. Diese Auslegung der Wirtschaftsfreiheit und ihrer Folgen findet allerdings bereits in den Reihen der Sozialisten selbst Gegner. „Meine Meinung geht dahin“, sagt Lederer (in seinem Regensburger Vortrag, abgedr. in den „Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Regensburg 1919“ München und Leipzig 1920, S. 115) „daß die kapitalistische

Diese kapitalistische Wirtschaftsweise bewirkt nach Meinung der Sozialisten Fehlleitung von Kapital, Entstehung der Krisen, Vernichtung von Volksvermögen. Einer planlosen Wirtschaft wird eine planvolle entgegengestellt, „eine bewußte, planmäßige Leitung und Verwaltung der Produktion." [71] „Die Vorstellung eines wirtschaftlichen Gleichgewichtszustandes, die Idee, eine bestimmte Organisationsform verwirkliche unter allen Umständen die maximale Wirtschaftlichkeit und der Gedanke eines natürlichen oder Normalzustandes der Wirtschaft, geben dazu Anlaß, die Schwankungen im Wirtschaftsleben aus einem Systemfehler, einer Fehlorganisation, einer unwissend oder böswillig herbeigeführten Abweichung vom idealen Wirtschaftsaufbau zu erklären." [72] Ein Plan im wirklichen Sinne des Wortes soll auf Grund statistischen Materials aufgestellt werden. In ihm soll für eine bestimmte Zeit über die Produktionselemente verfügt werden und zwar im Sinne rationellster Ausnutzung aller vorhandenen Produktivkräfte, möglichst reichlicher Bedürfnisbefriedigung.

Wir sehen, daß die Entstehung des Gedankens einer Planwirtschaft aufs engste zusammenhängt mit der Entstehung des Sozialismus. „— — — die Idee des Sozialismus, ist die Frage einer Planwirtschaft, — — —." [73] Kumpmann [74] sagt: „Wie immer man den Sozialismus praktisch durchsetzen möge, stets ist seine Absicht auch auf gesellschaftliche Regelung der Wirt-

---

Wirtschaft — — tatsächlich einen Wirtschaftsplan realisiert hat" — — — „das alles ist kein Geheimnis für den, der die kapitalistische Wirtschaft nicht bloß in ihrem Marktbild betrachtet und sie ansieht als eine ungeregelte, wilde Konkurrenz, sondern welcher unter der scheinbar aller Regel spottenden Fülle von Einzeltatsachen die innere Gesetzmäßigkeit dieser Wirtschaft anerkennt", (ebenda). Ihre stärksten Vertreter findet aber die Meinung, daß die kapitalistische Wirtschaftsweise einen bestimmten Plan realisiere, natürlich bei den Anhängern kapitalistischer Wirtschaftsweise. Der Plan kapitalistischer Wirtschaftsweise läßt sich kurz etwa so darstellen, daß der Preis im Mittelpunkt aller Wirtschaft steht, daß er durch seine Schwankungen die Produktion reguliert. Der Preis bewirkt also eine automatische Regulierung der Wirtschaft. Soweit Sozialisten diese automatische Regelung zugeben, halten sie ihr entgegen, daß sie sich nur unter schwersten Erschütterungen durchsetze, die sich im Auf- und Ab des Konjunkturverlaufs widerspiegeln.

71. Pohle a. a. O. S. 287 (Pohle ist nicht etwa Sozialist, sondern eifriger Vertreter des kapitalistischen Wirtschaftssystems.)

„Wenn die gesellschaftliche Produktion planmäßig organisiert wäre, wenn die Leiter der Produktion eine vollkommene Kenntnis der Nachfrage und die Macht hätten, die Arbeit und das Kapital frei aus einem Produktionszweig in einen anderen zu überführen, so könnte, wie niedrig die gesellschaftliche Konsumtion auch sein möchte, das Angebot der Waren die Nachfrage nicht überschreiten. Aber die Akkumulation des Kapitals bei einer völligen Planlosigkeit der gesellschaftlichen Produktion, bei der Anarchie, welche auf dem Warenmarkt herrscht, führt unausbleiblich zu Krisen." v. Tugan-Baranowsky, zitiert nach Spiethoff, Artikel „Krisen" im Handwörterbuch der Staatswissenschaften" 6. Band 4. Aufl. S. 66/67.

72. Dobretsberger: „Freie oder gebundene Wirtschaft". S. 138.

73. Schiff a. a. O. S. 1.

74. a. a. O. S. 112.

schaft oder in der sozialistischen Terminologie auf „Überwindung der Produktionsanarchie, auf ‚Organisation der Arbeit' auf ‚Planwirtschaft' gerichtet".

Da der Sozialismus seine Theorie aufbaut auf der Grundlage des Gemeinbesitzes an den Produktionsmitteln und der sich daraus ergebenden ‚gerechten' Einkommensverteilung schließt für ihn auch die Planwirtschaft Gemeinbesitz an den Produktionsmitteln und ‚gerechte' Einkommensverteilung in sich. „Denn es ist wohl der letzte ökonomische Zweck der Planwirtschaft, die Verteilung und damit die Lebenslage der einzelnen Volksgenossen unabhängig zu machen von blinden, „wirtschaftlichen Gesetzen" von dem freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte, unabhängig von Geburt und Besitz. Die Planwirtschaft ist eben nicht Selbstzweck, sondern nur das Mittel, um allen Volksgenossen eine möglichst hohe Bedürfnisbefriedigung in dem gesellschaftlich als richtig angesehenen Verhältnisse zu ermöglichen." [75]

Wir sehen, daß der Gedanke der Planwirtschaft zwei Wurzeln hat: eine ökonomische und eine aus dem Bereiche der Sozialethik. Die ökonomische: im Kapitalismus wird planlos gewirtschaftet; dadurch werden Produktivkräfte vergeudet, Wirtschaftskrisen hervorgerufen, der Lebensstandard der Massen unnötigerweise niedrig gehalten. Die sozialethische: der Privatbesitz an Produktionsmitteln macht ihre Besitzer zu Herrschern über die Arbeiter, bewirkt die größten Unterschiede der Einkommen und schafft arbeitslose Einkommen.

b) Wurzeln der Kartellierung.

Fixe Kosten verhindern die in Fällen der Überproduktion erforderliche Produktionseinschränkung. Darüber hinaus drängen sie — um Senkung der Stückkosten zu bewirken — zur Ausdehnung der Erzeugung. „Die Mechanisierung und Vergrößerung der Werke, über einen gewissen Punkt getrieben, macht den Betrieb und mit ihm die Unternehmung unfähig oder doch schwerfällig zur Konjunkturanpassung und ruft die eigentümliche — betriebsdynamische Wirtschaftseinstellung hervor, welche das Verhalten der Einzelwirtschaft zum Markte gegenüber der von der Theorie und Praxis der kapitalistischen Verkehrswirtschaft als normal vorausgesetzten Verhaltensweise in bestimmter Beziehung umkehrt, indem die Industrie auf verschlechterten Absatz und sinkende Preise nicht immer mit Einschränkung der Produktion, sondern in dem Streben nach Kostendegression oft mit Produktionsvermehrung reagiert." [76] Das führt zu einem immer stärker werdenden Konkurrenzkampf, in dessen Verlauf sich die Preise den Gestehungskosten nähern und sie schließlich unterschreiten. Dauert dieser Konkurrenzkampf eine gewisse Zeit, dann entsteht bei den Unter-

75. Schiff, a. a. O. S. 89.
76. Beckerath a. a. O. S. 317/18.

nehmern Neigung zum Zusammenschluß im Kartell.[77]

Bücher ist es gewesen, der in seinem „Gesetz der Massenproduktion“ [78] auf die Bedeutung der fixen Kosten (von ihm „konstante Kosten“ genannt) hinwies, indem er darlegte, daß sie die Entwicklung des Großbetriebes fördern. „Am leichtesten hat es [das Gesetz der Massenproduktion] sich in der Praxis immer da Geltung verschafft, wo große Kapitalfixierungen in einzelnen Betriebseinrichtungen (Bauwerken, Maschinen, Apparaten) stattfanden und eine Vergrößerung des Gesamtbetriebes erzwangen, damit die ganze Leistungsfähigkeit jener Betriebe ausgenutzt werde.“ [79] Schmalenbach erweitert diesen Begriff der konstanten Kosten — von ihm „fixe Kosten“ genannt — durch Einbeziehung der Kosten der „Betriebsbereitschaft“.[80] „Diese Betriebsbereitschaft besteht darin, daß das Unternehmen nicht sogleich bei seiner Gründung damit beginnt, Aufträge zu sammeln und auszuführen, sondern erst einen U m w e g im Sinne Böhm-Bawerks beschreitet, d. h. erst auf eine mehr oder weniger umständliche Weise eine Betriebsbereitschaft schafft, ehe es mit der eigentlichen Ausführung von Aufträgen beginnt. Dieser Umweg kann in der Erstellung von Anlagen, also in der Investierung von Kapital, bestehen, muß es aber nicht unbedingt, und soweit vor Inangriffnahme der eigentlichen Produktion Anlagen erstellt werden, genügt das allein zur Herstellung der Betriebsbereitschaft nicht. Es ist auch notwendig, in dem Unternehmen die nötigen Stellen zu besetzen, die Verbindung mit Lieferanten und Kunden herzustellen und überhaupt der toten Masse Leben einzuflößen. Die Betriebsbereitschaft besteht nicht nur in der Bereithaltung von Maschinen, Gebäuden usw., sondern sie bedeutet ein Inlaufsetzen und Inlaufhalten von Kräfte und Kosten verursachenden Einrichtungen auch anderer Art. Die lebende Betriebsbereitschaft ist gewöhnlich kostspieliger als die tote.“ [80] Bilden die fixen Kosten aber erst einmal einen bedeutenden Teil der Gesamtkosten eines Betriebes, dann bedeutet Produktionsausdehnung sinkende Stückkosten und Produktionseinschränkung wachsende Stückkosten. Da jeder Unternehmer ein Steigen der Stückkosten vermeiden und ein Sinken der Stückkosten erreichen will, wird die in der Krise erforderliche Pro-

---

77. Für die „Stockungs“-Jahre 1883/87 sagt S p i e t h o f f : „Der schwindende Unternehmergewinn brachte die Kartelle und Trusts empor“. (Artikel „Krisen“ a. a. O. S. 54).

Mehrfach (so auch durch v. B e c k e r a t h a. a. O. S. 18/19) wird als Faktor, der die Kartell-Entstehung begünstigt, „die Einführung oder Erhöhung industrieller Schutzzölle“ hervorgehoben. „Dadurch wird für den Inlandsmarkt einer beschränkten Zahl von Wettbewerbern (den Konnationalen) ein Vorsprung gesichert und der ausländische Wettbewerb bei niedrigen Preisen in diesem Markt ausgeschlossen, was die monopolistische Organisation sehr erleichtert.“ (S. 19.)

78. Karl Bücher, „Die Entstehung der Volkswirtschaft“ zweite Sammlung 7. Aufl. Tübingen 1922, S. 89 ff.

79. Ebenda, S. 105.

80. Schmalenbach: „Selbstkostenrechnung und Preispolitik“ 6. Aufl. Leipzig, 1934. S. 32.

duktionseinschränkung nur zögernd durchgeführt (umso mehr, als eine teilweise Einschränkung gerade d e n Unternehmern zugute kommen würde, die die Produktion nicht einschränken) während in den übrigen Konjunkturphasen die Produktion über das erforderliche Maß ausgedehnt wird.[81] Mithin wird die Konkurrenz der Unternehmer auf dem Markte immer stärker,[82] Preisfall ist die Folge, die Erscheinung der Überproduktion tritt ein.[83] Produktion unter derartigen Umständen führt zu vollen Lagern, die Betriebsmittel werden knapp. Der von dieser Situation betroffene Wirtschaftszweig steht vor dem Ruin. Nunmehr bricht bei den Unternehmern die Erkenntnis durch, daß bei dem herrschenden Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage der einzelne Unternehmer doch nur einen Teil seiner

---

81. Mises (Kritik des Interventionismus, S. 50) fordert von Schmalenbach den Beweis dafür, daß die Steigerung der Kapitalintensität für die ganze Wirtschaft, also von Ausnahmen abgesehen, wachsende fixe Kosten bedeutet. Mises hält Schmalenbach entgegen, daß die Steigerung der Kapitalintensität „zu einem Rückgang der Grenzproduktivität des Kapitals und zu einer Erhöhung der Grenzproduktivität der Arbeit" führe. „— — — der Anteil des Kapitals am Ertrag fällt, der der Löhne steigt. Das hat Schmalenbach nicht beachtet, sodaß schon die Voaussetzung seiner These nicht zu halten ist." Die Steigerung der Stückkosten durch Gleichbleiben der Leitungs-Kosten trotz abnehmender Produktion gibt Mises zwar zu, führt dann aber aus: „Doch da die Größe der Leitungskosten auf die Mengeneinheit des Produktes gerechnet mit der wachsenden Größe der Unternehmungen und Betriebe sinkt, kommt diesem Umstande im Zeitalter der Großunternehmungen und Großbetriebe geringere Bedeutung zu, als früher im Zeitalter kleinerer Verhältnisse".

82. Liefmann. („Kartelle, Konzerne und Trusts". 8. Aufl. Stuttgart 1930. S. 23/25.) schildert, wie durch die Fortschritte der Technik im 19. Jahrhundert, durch Erweiterung des Verkehrs, dadurch hervorgerufene Entwicklung des Großbetriebes die Konkurrenz „eine allgemeine Erscheinung der modernen Volkswirtschaft geworden ist." Im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik Bd. 41, S. 142 führt Liefmann als Ursache der Zunahme der Konkurrenz noch den Reichtum an, „vor allem aber auch die größere Mobilisierung des Reichtums, die durch die Entwicklung des Kredit- und Effektenwesens geschaffene größere Leichtigkeit, große Vermögensmassen jederzeit wieder fungibel zu machen, in die Geldform zurückzuführen, sodaß sie für die rentabelsten Verwendungsarten zur Verfügung stehen."

83. „Überproduktion heißt Produktion einer Gütermenge, deren Angebot den Preis unter die Selbstkosten drückt." (Arnold W o l f e r s. „Das Kartellproblem im Lichte der deutschen Kartelliteratur." München u. Leipzig 1931. S. 30.) H a l m begründet das Fortdauern der Produktion trotz Preisfall, indem er die Gedankengänge Liefmanns und Brentanos aufgreift. Er führt aus: „— — — eine vollendete Produktion von festem Realkapital ist ein Tatbestand der wirtschaftlich unabänderlich bestehen bleibt, der also die Fungibilität des Kapitals fast restlos vernichtet. Festes Realkapital kann wirtschaftlicherweise nie mehr in die zu seiner Herstellung notwendigen Produktionsfaktoren zurückverwandelt werden. Bei kapitalintensiven Produktionen gibt es also wohl einen freien Weg zur Produktion hin, es gibt aber grundsätzlich keinen Weg zurück. Oder besser: der Weg bedeutet eine fast restlose Preisgabe der gesamten Kapitalaufwendung. — — — — — — — — — — Diese technische Eigentümlichkeit des Kapitals soll nicht als allein entscheidend hingestellt werden, sie soll vielmehr nur erklären, warum bei einem Kampf gleichstarker Unternehmungen eine so ausnehmend große und unbeugsame Hartnäckigkeit zu herrschen pflegt." („Die Konkurrenz" München und Leipzig 1929. S. 136.)

Produktion absetzen kann. Produktion in verringertem Umfange ist aber, infolge der hohen fixen Kosten, nur bei höheren Preisen rentabel. Produktionseinschränkung und höhere Preise lassen sich aber nur durch Verständigung der Unternehmer erreichen. Diese Erkenntnis führt zum Kartell.[84]

Wir sehen: Die unmittelbare Wurzel der Kartellierung liegt in unzureichenden Preisen. Als mittelbare Wurzel haben wir die hohen fixen Kosten des modernen Betriebes kennengelernt. Nach Wolfers[85] werden in der Kartell-Literatur noch einige weitere Ursachen für die Kartellierung erwähnt. Wolfers nennt sie zusammenfassend „Schwächelagen". „Darunter sollen solche Marktstellungen der Anbieter verstanden werden, in denen die schwache Machtposition den Preis unter das Niveau sinken läßt, das auf Grund der quantitativen Verhältnisse von Angebot und Nachfrage zu erwarten wäre."[86] Als Gründe solcher Schwächelagen und mithin indirekt als Gründe der Kartellierung fand Wolfers in der Kartell-Literatur:

1. Unorientiertheit mancher Unternehmer entweder über die wirkliche Marktlage, oder über die er-

---

84. Eine Schilderung von Wittgenstein (Karl Wittgenstein „Über wirtschaftliche Kartelle in Deutschland und im Auslande" in: Schriften des Vereins für Sozialpolitik 60. Bd. Leipzig 1894, S. 34/35. in seiner Eigenschaft als Direktor eines Eisenwerks) zeigt uns dies sehr anschaulich. W. führt aus, wie bei einer Ausschreibung über den Einkauf von 6000 tons Schienen 3 Werke je 2000 tons in Auftrag bekamen und nur zum Preise des billigsten Angebotes. Damit war keinem der drei Anbieter geholfen. Denn 2000 tons waren für jedes Werk viel zu wenig und die Preise waren sehr gedrückt. Nach diesem Vorfall kamen alle drei auf den Gedanken, daß es nicht im Interesse eines Einzigen von ihnen läge, so weiter zu verfahren, und daß es für sie ein leichtes wäre bessere Preise zu erzielen, wenn sie sich nur darüber verständigen würden. „In dem Momente, als sich klar ergab, es könne keinem Werke gelingen, so viel Bestellungen zu erlangen, um voll beschäftigt zu sein, kam jeder zu der Überzeugung, daß nichts übrig bleibe, als wenigstens höhere Preise anzustreben. Der Verlauf der Offert-Verhandlungen bei der Franz-Josef-Bahn hatte den Weg gewiesen. Man einigte sich dahin, daß der gesamte Bedarf nach bestimmten Prozenten unter alle Werke aufgeteilt werde und suchte dann die höchsten Preise zu erlangen, welche nach Maßgabe der ausländischen Konkurrenz sowie der Zoll- und Frachtverhältnisse überhaupt zu erlangen waren. Einige Tage nach dem Zusammentreffen im Gebäude der Franz-Josef-Bahn (hier hatten sich die 3 Konkurrenten zufällig gelegentlich der Verhandlungen mit der Bahn getroffen) waren die Stipulationen des Schienenkartells unterzeichnet. Hätten wir etwas anderes tun sollen? Hätten wir den Kampf, der uns alle an den Rand des Bankrotts gebracht hätte, länger fortsetzen sollen?"

Häufig, so bei Landauer (a. a. O. S. 74/75) begegnet man allerdings auch der Auffassung, daß die Kartellbildung lediglich auf Streben nach Monopolgewinn zurückzuführen sei und mit fixen Kosten nichts zu tun hätte. Wolfers a. a. O. S. 26 unterscheidet zweierlei Streben nach Monopolgewinn. Erstens: Streben nach Monopolgewinn als Streben aus Verlusten oder zu geringen Gewinnen herauszukommen (also Folge einer Notlage) zweitens: Streben nach Monopolgewinn als Streben aus einer guten Gewinnlage heraus in eine noch bessere zu kommen. Dieses (zweite) Streben nach Monopolgewinn entspricht dem von Landauer gemeinten. Wolfers allerdings betont, daß es sich hierbei um einen besonderen Tatbestand handle, „der von anderen Kartellursachen abzuheben sei."

85. a. a. O. S. 24/25.

86. Ebenda S. 24 ff.

forderlichen Faktoren einer rationellen Kostenkalkulation.

2. Ungleichheit der Machtverhältnisse entweder zwischen den Konkurrenten selbst, wenn einige von ihnen nicht kaufmännisch kalkulieren können, oder zwischen Anbietenden und Nachfragenden, wenn auf einer Seite ein Monopol vorliegt.
3. Unlauterer Wettbewerb eines Teiles der Konkurrenten.

Die Folge der Schwächelagen ist für die davon Betroffenen die, daß sie schlechtere Preise erzielen und größere Verluste erleiden „als nach den quantitativen Verhältnissen von Angebot und Nachfrage notwendig erscheint.“ [87] Mithin sind auch die Schwächelagen Antrieb zur Kartellierung infolge unzureichender Preise.

Alles in allem handelt es sich bei den Ursachen der Kartellierung um „Notlagen, in denen sich ganze Produktionszweige unter besonderen Umständen befinden.“ [88]

Wenn die Kartellierung unmittelbar eine Folge unzureichender Preise ist, so ergibt sich daraus, daß mit der Kartellgründung höhere Preise angestrebt werden. Daß dies das Ziel eines jeden Kartells ist, darin stimmt die Literatur überein.[89]

c) Gegenüberstellung.

Ursprung der Planwirtschaft und Ursprung der Kartellierung unterscheiden sich zunächst durch subjektive Faktoren voneinander. Die Planwirtschaft nahm ihren Ausgang von Menschen, die einer politischen Idee, dem Sozialismus anhingen, und für die die Planwirtschaft Teil ihres politischen Programmes war. Es waren Menschen, die mit der Praxis des Wirtschaftslebens wenig Berührung hatten. Sie wollten den Wirkungsgrad wirtschaftlicher Betätigung der Menschen erhöhen.

Anders die Menschen, von denen die Kartellierung ausging. Der Kartellgedanke nahm seinen Ausgang bei Unternehmern. Wenn einzelne Unternehmer, angesichts des ihrer Existenz durch Auswüchse der Konkurrenz drohenden Ruins auch an das ihren Arbeitern bevorstehende Schicksal gedacht haben mögen, so wird es doch nur zum geringsten Teil dieser Gedanke gewesen sein, der den Unternehmer veranlaßte, nach Abhilfe zu trachten. Das eigene Interesse des Unternehmers war es zweifellos, welches ihm den Gedanken eingab, einen Ausweg zu suchen, nach Kartellierung zu streben. Die Sorge vor dem Zerfall der eigenen Existenz, das Streben nach eigener gesicherter materieller Position, rein wirtschaftliche Erwägungen waren es also, weit entfernt von politischen Gedankengängen.

Die Menschen, von denen der Gedanke der Planwirtschaft

87. Ebenda S. 26.
88. Wolfers a. a. O. S. 21.
89. Wolfers a. a. O. S. 57. Landauer a. a. O. S. 19. Wittgenstein a. a. O. S. 34.

ausging und diejenigen, bei denen der Gedanke der Kartellierung Wurzel faßte, unterschieden sich demnach wesentlich voneinander. Politiker und Theoretiker jene, Menschen der Wirtschaft — und das heißt ja Praktiker — diese. Ideale dort, reale Gedankengänge hier. Ideen von Menschheitsbeglückung auf der einen Seite, egoistische Interessen auf der anderen.

Welche Beziehungen bestehen zwischen dem s a c h l i c h e n Ursprung der Planwirtschaft und dem sachlichen Ursprung der Kartellierung? Planlosigkeit beherrscht die Wirtschaft! Die Unternehmer produzieren unabhängig voneinander und unabhängig vom Bedarf. Daraus entsteht ein Mißverhältnis zwischen Art sowie Umfang der Produktion, und Art sowie Umfang des Bedarfs. Güter sind hergestellt worden, nach denen keine Nachfrage vorhanden ist, andere Güter, die begehrt werden, fehlen. E i n Gut ist in zu großer Menge hergestellt worden, ein a n d e r e s in zu geringer Menge. Auf der einen Seite sind Produktionskräfte unnütz vertan worden, auf der anderen Seite fehlen sie. Krisen in einer mehr oder weniger großen Anzahl von Wirtschaftszweigen treten ein.[90] Die Fehlleitung von Produktivkräften bedeutet Niedrighaltung des Lebensstandards der Massen. Dies der sachliche Ursprung der Planwirtschaft. Wollen wir den sachlichen Ursprung eines Kartells erfassen, dann betrachten wir am besten einen einzelnen Wirtschaftszweig. Auch hier produzieren Unternehmer unabhängig voneinander und jeder einzelne in möglichst großem Umfange, mit dem Erfolg, daß Überproduktion eintritt. Also Planlosigkeit und eine ihrer möglichen Folgen in verkleinertem Umfange ist auch Ursprung der Kartellierung.

Aus der Planlosigkeit der Gesamtwirtschaft ergibt sich Niedrighaltung des Lebensstandards der an der Gesamtwirtschaft Beteiligten, der Masse; aus der Planlosigkeit des einzelnen Wirtschaftszweiges: niedrige Preise, schlechte Gewinne, oft Verluste, Gefahr des wirtschaftlichen Zusammenbruchs der Unternehmer eines Wirtschaftszweiges.

Sachlicher Ursprung von Planwirtschaft und Kartellierung weisen also beachtenswerte Parallelen auf.

---

90. „Die — — — Theorien der neueren Zeit betrachten die Ungleichmäßigkeit der Kapitalanlage und die Disproportionalität der Entwicklung der verschiedenen Industrien als entscheidende Ursachen der Krisen. — — — Die individualistische Organisation der Volkswirtschaft führt zu einer weitgehenden Teilung der Berufe und Gewerbe, innerhalb deren ein jeder für die Gesamtheit produziert, aber Maß und Richtung der Produktion selbst bestimmt. Während innerhalb des einzelnen Betriebs die Arbeit streng geordnet ist, vollzieht sich die gesellschaftliche Produktion ohne einheitlichen Plan, ohne zentrale Leitung, ohne Zusammenhang zwischen denen, die Güter erzeugen, und denen, für die sie produziert werden, ohne Zusammenhang zwischen denen, die durch Sparen Kapital bilden, denen, die es produktiv verwenden und denen die die erzeugten Güter verbrauchen. Die individualistisch organisierte Wirtschaft befindet sich daher nicht in einem Gleichgewichtszustand, sondern in dauernder Bewegung, da die wirtschaftliche Initiative und Entscheidung einzelnen Personen zusteht — — —." (Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie. Dr. A. H e s s e. Allgemeine Volkswirtschaftslehre 12. Aufl. Jena 1927 S. 449).

2. Abschnitt:

a) Subjekt der Wirtschaft im Kapitalismus.

Die kapitalistische Wirtschaft wird oft als „anarchische" Wirtschaft bezeichnet.[91] Hat die kapitalistische Wirtschaft wirklich keinen Herrscher, keinen Regulator? Wäre es so, dann wäre es verwunderlich, daß der größte Teil der zur Produktion gelangenden Güter schließlich doch seine Käufer findet und daß der größte Teil der Nachfrage befriedigt wird. „In Wahrheit besitzt denn auch der Kapitalismus gewisse regulative Kräfte, und diese wirken deutlich und zwingend genug. Die kapitalistische Produktion wird nämlich von den Marktpreisen geregelt." [92] Daß die kapitalistische Wirtschaft nicht planlos ist, wird nicht nur von Vertretern kapitalistischer Wirtschaftsweise behauptet, sondern auch, wie wir schon oben gesehen haben, von Vertretern des Sozialismus zugegeben.[93] Wenn trotzdem von einer „Anarchie" der kapitalistischen Produktionsweise gesprochen wird, so in dem Sinne, daß eine bewußt geschaffene zentralistische Leitung nicht vorhanden ist.[94] „Die freie Marktwirtschaft ist nach ihrer inneren Gliederung eine Wirtschaftsverbindung, sie ist dezentralistisch geordnet. Der Wirtschaftswille ist nicht einheitlich, sondern in seine Elemente gespalten. Die Wirtschaftsverbindung ergibt sich erst aus dem Zusammenwirken der unter der Voraussetzung wechselseitiger Ergänzung arbeitsteilig spezialisierten Einzelwirtschaften. Die Wirtschaftsverbindung, die durch die Marktwirtschaft realisiert wird, ist ein Wirkungszusammenhang, der unbewußt, ohne zentrale Leitung sich ergibt aus dem Zusammenwirken autonomer Zweckhandlungen und Zweckgebilde." [95] Soweit dennoch eine zentrale Instanz, der Staat, sich in der Wirtschaft betätigt, geschieht es nur im Allgemeininteresse, nicht aber in der Absicht, die Wirtschaft zu lenken. Die kapitalistische Wirtschaft wird von einer ihr innewohnenden Kraft. dem Preise, gelenkt. In diesem Sinne spricht man vom Automatismus der kapitalistischen Wirtschaft. Wir wissen, daß dieser Automatismus sich

---

91. z. B.: „Die freie Marktwirtschaft als dezentralistisch geordnete Wirtschaftsverbindung, — — — kennzeichnet sich — — als anarchische, herrschaftlose und planlose Konkurrenzwirtschaft." (Ritschl a. a. O. S. 57). Auf S. 169 weist Ritschl mit Recht darauf hin, daß die „Bezeichnung der kapitalistischen Marktwirtschaft als einer anarchischen Wirtschaft — — —" bei ihm (so aber auch bei vielen anderen) „ohne jede abschätzige Wertung verwandt" sei, „nicht als ob diese Anarchie ein Versagen bedeute."

92. Brutzkus, „Die Lehren des Marxismus im Lichte der russischen Revolution". Berlin 1928, S. 33.

93. So von Heimann (Eduard Heimann: „Mehrwert und Gemeinwirtschaft", Bln. 1922 S. 185) und Lederer (Emil Lederer: „Regensburger Vortrag", abgedruckt in den: Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Regensburg 1919, München u. Leipzig, 1920).

94. Ebenso Ritschl a. a. O. S. 169/70.

95. Ebenda S. 52.

nur unter erheblichen Reibungswiderständen durchsetzen kann. Die Frage, ob diese Reibungswiderstände durch planvolles Lenken von außen gemildert werden können oder nicht, ist eine Teilfrage des Problems: Planwirtschaft oder Kapitalismus.

b) Subjekt der Planwirtschaft.

Planmäßige Lenkung ist das wesentliche Merkmal der Planwirtschaft. „Unter Planwirtschaft verstehen wir nur eine solche Wirtschaftsverfassung, in welcher die ganze Volkswirtschaft oder doch wenigstens deren hauptsächlichste Teile von einem einzigen Wirtschaftssubjekte nach einem einheitlichen Plane geführt werden.“ [96] Tugan-Baranowski nennt dieses einzige Wirtschaftssubjekt: „Zentralgewalt“. [97] Sie soll die „gesamte wirtschaftliche Initiative und“ die „ganze Verantwortung für das regelmäßige Funktionieren der Volkswirtschaft“ [98] haben. „Die Planwirtschaft empfängt ihre Impulse von irgendeinem organisierten Gemeinschaftswillen, der das ökonomische Getriebe zu zweckbewußtem, nach Absichten und Zielen orientierten fürsorgenden wirtschaftlichen Handeln nötigt.“ [99] Halm [100] spricht von „einer zentralistischen Leitung des gesamten Wirtschaftslebens“ und setzt sie in Gegensatz zur „Selbstverantwortung des Einzelnen“. Dieses „einzige Wirtschaftssubjekt“, diese „Zentralgewalt“, diese „zentralistische Leitung“ kann nach überwiegender Meinung nur der Staat sein, denn nur der Staat besitzt diejenige Macht, die Voraussetzung einer Beherrschung der gesamten Wirtschaft eines Staates ist. Daher sagt Schiff: „Planwirtschaft ist — — — nur durch den Staat möglich.“ [101] Unter „Staat“ wird man hierbei wohl einen engeren Kreis leitender Staatsbeamten, und eine große Zahl ihm untergeordneter Instanzen, zu verstehen haben. Dem engeren Kreise dürfte dabei die Festlegung der Grundzüge des Planes zufallen, den übrigen Instanzen, also den ausführenden Organen, die nähere Ausarbeitung und Ausführung der Teilplanungen im Wege der Zusammenarbeit. „In dem Zusammenwirken aller harmonisch aufeinander abgestellten Produktionselemente, liegt die Wirkungskraft des zentralistischen Sozialismus.“ [102] „Man könnte sich — — — vorstellen, daß die ganze Volkswirtschaft in Wirtschaftsverbände organisiert wird, von denen jeder für seinen Wirkungskreis Teilplanungen aufstellt. Aber schon eine solche vollständige Durchorganisierung der Volkswirtschaft könnte nur durch den Staat erfolgen und wäre ein Akt der Planwirtschaft. Ferner brauchte man dann doch auch noch eine höhere Instanz, also den Staat, um die Teilplanungen zu koordi-

96. Schiff, a. a. O. S. 4.
97. Zit. bei Brutzkus, „Die Lehren — — —“, S. 71.
98. Ebenda.
99. Müller, a. a. O. S. 89.
100. „Die Konkurrenz“, S. 1.
101. Schiff, a. a. O. S. 8.
102. Bauermeister a. a. O. S. 113.

nieren und zu integrieren, um sie evtl. im Interesse der Allgemeinheit abzuändern, und um Interessenkonflikte zwischen den Verbänden zu beheben.“ [103] Über die Verbände selbst sagt Schiff,[104] man hätte an „Verbände von wirtschaftlich gleichgerichteten Einzelwirtschaften, also an Unternehmerorganisationen, Genossenschaften, Gewerkschaften u. dgl. evtl. auch an Verbände solcher Verbände“ gedacht. In der Planwirtschaft Rußlands kennen wir diese „Verbände“ als Trusts. „Diese Trusts sind mit den Trust-Unternehmungen des Westens nicht zu vergleichen. Sie haben als Wirtschaften des proletarischen Staates deren monopolistischen Charakter nicht. Sie sind vielmehr eine Art staatlicher Verwaltungsstellen, nach Seraphim (Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 53, S. 782) nur die der russischen Wirklichkeit angepaßten Hauptverwaltungen des obersten Volkswirtschaftsrates und des Rates für Arbeit und Industrie. Ihm [Seraphim] entnehmen wir auch die folgende Definition: ‚Der staatskapitalistische Trust Sowjetrußlands ist eine einheitliche Unternehmung, zusammengesetzt aus unselbständigen Teilbetrieben (Fabriken), die sich in voller Abhängigkeit von den zuständigen Staatsorganen befindet, aber als selbständige juristische Person das Recht hat, die Produktion und nur die Produktion nach den Grundsätzen wirtschaftlicher Kalkulation nach eigenem Gutdünken durchzuführen.‘ “ [105]

c) Subjekt der Kartellierung.

Subjekt des Kartellwesens sind die Kartelle, d. h. bei Kartellen niederer Ordnung, die vereinigten Unternehmer in ihrer Gesamtheit, bei Kartellen höherer Ordnung, das gemeinschaftliche Organ, das Syndikat. Die heute allgemein anerkannte Definition des Kartells ist diejenige von Liefmann: [106] „Unter Kartell verstehen wir freie Vereinbarungen oder Verbände zwischen selbständig bleibenden Unternehmern derselben Art zum Zwecke monopolistischer Beeinflussung des Marktes.“ Passow [107] definiert: „Kartelle sind — — — unter Ausschluß der Arbeitnehmer — und der Arbeitgeber-Verbände, Verbände von (nicht nur rechtlich, sondern auch wirtschaftlich) selbständig bleibenden Unternehmern oder sonstigen Wirtschaftssubjekten (oder Vereinigungen solcher), die die Beseitigung oder Einschränkung der gegenseitigen Konkurrenz bezwecken und die die ausschlaggebende Mehrheit der Konkurrenten eines Marktgebietes umfassen.“ Das Kartell ist also ein Verband. Subjekt der Kartellierung sind also Verbände, und zwar solche, deren Mitglieder „irgendwie zueinander in Beziehung gesetzt werden und bei der Beschränkung der gegenseitigen Konkurrenz mit-

103. Schiff a. a. O. S. 7/8.
104. Ebenda, S. 7.
105. Bauermeister a. a. O. S. 122.
106. a. a. O. S. 8.
107. „Kartelle“ Jena. 1930. S. 2.

wirken.“ [108] Form des Verbandes, Art der Vereinbarung (schriftlich oder mündlich) Art der Entstehung (freiwillig oder durch staatliches Gebot) sind für den Kartellbegriff, also auch für den Verband, unerheblich.[109] Mitglieder des Verbandes sind selbständig bleibende Unternehmungen. Das Kartell trägt die Tendenz zum Syndikat in sich.[110] „Die Bezeichnung Syndikat hat sich eingebürgert, für solche Kartelle, die den Geschäftsabschluß mit den Abnehmern (oder Lieferanten) nicht mehr den einzelnen Mitgliedern überlassen, sondern diese Geschäftsabschlüsse durch eine zentrale Geschäftsstelle erledigen.“ [111]

Auch in Rußland finden wir „Verbände derselben Art“. Sie entstehen aber durch staatliche Maßnahmen aus rein verwaltungstechnischen Gründen. Die Ursachen ihrer Entstehung sind also nicht die bekannten, oben dargelegten Kartellursachen. Diese Verbände in Rußland sind also nicht Subjekt des hier in Rede stehenden Kartellwesens.

d) Gegenüberstellung.

Subjekt der Planwirtschaft ist der Staat und das ihm untergeordnete System von, mit staatlicher Macht versehenen, wirtschaftlichen Verbänden. Subjekt des Kartellwesens sind Verbände privaten Charakters.

Die Verbände der Planwirtschaft stehen durch das System, in das sie eingegliedert sind, miteinander in Beziehung; die Verbände des Kartellwesens, die Kartelle, stehen in durch den Kartellzweck gegebener Beziehung zueinander.

Die Verbände des planwirtschaftlichen Systems bezwecken reichlichste Güterversorgung, die Kartelle erstreben monopolistische Beeinflussung des Marktes.

Die Verbände der Planwirtschaft haben volkswirtschaftliche Zielsetzung, die Kartelle privatwirtschaftliche.

3. Abschnitt:

a) Ziele der Planwirtschaft.

Landauer [112] sagt in seinem Buche: „Planwirtschaft und Verkehrswirtschaft“: „Die Frage der Wirtschaftsverfassung ist, solange man sie ‚objektiv‘ betrachtet, eine Frage der verbesserten Konstruktion des gesellschaftlichen Apparates der Gütererzeugung — — —.“ Die „verbesserte Konstruktion“ ist zweifellos nur als Mittel zu besserer Bedürfnisbefriedigung gemeint. Somit könnte man annehmen, daß auch das Ziel der Planwirtschaft ausschließlich ein Streben nach „verbesserter Konstruktion des gesellschaftlichen Apparates der Gütererzeugung“ sei, mit dem Ziele verbesserter Bedürfnisbefriedigung. Gegen diese Meinung aber wendet sich Schiff.[113] Er betont, daß einer

108. Ebenda, S. 9.
109. Ebenda, S. 10.
110. Landauer a. a. O. S. 28.
111. Passow, „Kartelle“ S. 36.
112. a. a. O. S. 179.
113. a. a. O. S. 8.

Planwirtschaft die verschiedensten wirtschaftlichen aber auch ideologische (ethische), nationale, politische, militärische und andere Zwecke zugrunde liegen können.

b) Ziele des Kartells.

Das Kartell erstrebt hohe Preise [114] und damit eine „mittels Wettbewerbsbeschränkung verbesserte Gewinnlage" [115] auf dem Wege der Monopolisierung des Warenangebotes.[116] Dieses Streben kommt besonders in der Depression zum Durchbruch. „Nach allgemeiner Meinung ist die Hochhaltung (der Preise) in der Depression der Hauptzweck der Kartellierung." [117]

Als mittelbaren Zweck des Kartells bezeichnet Wolfers [118] „die Erhöhung der Sicherung der privatwirtschaftlichen Rentabilität der Kartellunternehmungen."

Nach Beckerath [119] hat das Kartell (wie verschiedene andere Organisationen) die „Grundtendenz, die Wirkung des Konjunkturwechsels von dem von ihnen beherrschten und sie zunächst interessierenden Wirtschaftsbereich fernzuhalten." [120]

c) Gegenüberstellung:

Das Ziel der Planwirtschaft ist stets zu Gunsten der Gesamtheit eines Volkes ausgerichtet. Es kann dem wirtschaftlichen Bereiche des Lebens entstammen, aber auch anderem.

Das Ziel des Kartells ist auf den Vorteil der Kartellmitglieder abgestellt.[121] Es entstammt nur dem Bereiche der Wirtschaft.

4. Abschnitt:

a) Wirtschaftsform der Planwirtschaft.

Die Wirtschaftsform der Planwirtschaft ist sozialistisch.[122] In einer solchen Planwirtschaft wird es mithin kein Privateigen-

---

114. Wittgenstein a. a. O. S. 34.
115. Wolfers, a. a. O. S. 26.
116. Ebenda, S. 88.
117. Wolfers a. a. O. S. 63.
118. Ebenda S. 56.
119. a. a. O. S. 319/320.
120. Auf S. 320 fährt Beckerath fort: „Die hieraus entstehenden Interessengegensätze sind es in Wahrheit, die am meisten die Gegensätzlichkeit der Auffassungen in Kartellfragen und Konzernfragen hervorrufen. Bei näherem Zusehen entpuppt sich sehr oft eine Kontroverse über die richtige Preisgestaltung und ähnliches als eine Auflehnung gegen den starren wirtschaftlichen Druck einer fest organisierten Gruppe, welche den nichtorganisierten Abnehmern oder Lieferanten die Weitergabe der sie treffenden Konjunkturstöße auf jene unmöglich macht."
121. Über die volkswirtschaftliche Wirkung dieses Zieles der Kartelle sei auf den 7. Abschnitt dieser Arbeit, Teil b) „Kartell und Produktivität" verwiesen.
122. Nach der für die vorliegende Arbeit, aus an anderer Stelle (Seite 13) dargelegten Gründen, vorgenommenen Abgrenzung des Begriffes „Planwirtschaft".

Sombart („Der moderne Kapitalismus", S. 1014, 1015) ist der Auffassung, daß die, nach seiner Meinung zwangsläufig kommende Planwirtschaft verschiedene Merkmale der kapitalistischen Wirtschaft übernehmen, andere dagegen aufgeben werde. Rationalismus, Großbetrieb „und den Zug der Vergeistung, der die Wesenheit des modernen Betriebes ausmacht" diese

tum an den Produktionsmitteln und keine private Initative geben. Die Wirtschaft wird nach einem vom Staate aufgestellten Plane verlaufen.

b) Wirtschaftsform des Kartells.

Schmalenbach sah, wie er in seinem bekannten Vortrage [123] ausführte, in der durch die zunehmenden fixen Kosten hervorgerufenen Vergrößerung der Betriebe und der damit verursachten Kartellierung eine Erscheinung, „die uns die alte Wirtschaftsform verlassen und in die neue hineinsteuern läßt." [124] „Diese Tatsache, daß ein immer größerer Anteil der Produktionskosten fix wird, läßt die alte Epoche der freien Wirtschaft ihrem Ende entgegengehen und eine neue Epoche der gebun-

---

Merkmale des Kapitalismus dürfte die Planwirtschaft übernehmen, dagegen aufgeben das Gewinnstreben und den Individualismus.

Auch Pohle (a. a. O. S. 287) ist der Meinung, daß die Planwirtschaft „an den Grundlagen der Wirtschaftsordnung" nichts wesentliches ändern würde, bis auf Einschränkung der Freiheit des Einzelunternehmers. An einer anderen Stelle zählt Pohle (a. a. O. S. 276) die Planwirtschaft zu denjenigen sozialistischen Strömungen „die zwar in der äußeren Form eine gewisse Verwandtschaft mit dem echten Sozialismus zeigen, im Grunde aber des sozialistischen Charakters entbehren, weil sie auch auf dem Boden der gegenwärtigen Wirtschaftsverfassung ohne gleichzeitige Umwälzung der Eigentumsordnung durchgeführt werden könnten."

Passow (Wörterbuch d. Volkswirtschaft Jena 1933, S. 1052 Art. „Wirtschaftsverfassung") spricht von „Planwirtschaft" als einem staatlich regulierten „System der Individualwirtschaft" im Gegensatz zur Kollektivwirtschaft, und Individualwirtschaft steht ja in den Wirtschaftssystemen auf einer Ebene mit kapitalistischer Wirtschaft.

Andere, z. B. Schiff (a. a. O. S. 15) und Landauer (a. a. O. S. 108) halten dagegen eine kapitalistisch orientierte Planwirtschaft nicht für dauerhaft, sondern nur für ein Übergangssystem. Schiff hält nur eine sozialistisch orientierte Planwirtschaft für durchführbar; das setzt bei ihm voraus: „Aufhebung des Privateigentums an Produktions- und Verkehrsmitteln und deren Übertragung in das Eigentum der Gesellschaft." (a. a. O. S. 18). Andreae (a. a. O. S. 151) sieht im „planwirtschaftlichen Zentralismus" und das heißt in der Planwirtschaft „die Organisationsform der sozialistischen, im Gegensatz zur kapitalistischen Wirtschaft."

In der Frage, ob Planwirtschaft kapitalistisch oder sozialistisch sein muß, gibt es also keine einheitliche Auffassung. Überwiegend und auf Grund der Entwicklung der Wirtschaft herrscht anscheinend die Meinung vor, daß die kommende Planwirtschaft Elemente sowohl kapitalistischer als auch sozialistischer Wirtschaftsweise enthalten wird. Nehmen wir mit Sombart (Schriften des Vereins für Sozialpolitik 175. Bd. S. 130) an, daß der Hauptunterschied zwischen nicht-kapitalistischer und kapitalistischer Unternehmung in Befolgung des Bedarfsdeckungsprinzips bei jener und im Streben nach Gewinnerzielung bei dieser liege, dann werden wir uns der Auffassung anschließen, daß Planwirtschaft Elemente des Sozialismus und solche des Kapitalismus in sich schließen muß, wenn sie von Dauer sein soll. Das Bedarfsdeckungsprinzip gehört ja zum Wesen der Planwirtschaft und auf Gewinnerzielung wird in der Planwirtschaft nicht verzichtet werden können, denn nur durch diese ist es möglich, die Produktionsumwege zu erweitern, den Kapitalvorrat zu vergrößern, das Ergebnis der Produktion zu vermehren. Die Planwirtschaft wird also danach streben müssen, dieses Element der kapitalistischen Unternehmung in sich aufzunehmen.

123. „Die Betriebswirtschaftslehre an der Schwelle der neuen Wirtschaftsverfassung" in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, Leipzig 1928, 22. Jahrg.

124. S. 242.

denen Wirtschaft beginnen." [125] Schmalenbach hält also das Kartell für die Unternehmungsform gebundener Wirtschaft. Er sieht in dieser Entwicklung, die Entwicklung zu dem von Marx vorausgesagten Sozialismus.[126] Sombart[127] spricht davon, daß der Unternehmer sich durch Bürokratisierung der Betriebe durch die Kartelle und ähnliches ein System der Selbstbindung geschaffen hätte.

v. Nell-Breuning [128] sieht im Kartell Züge einer gewissen Demokratisierung der Wirtschaft. „Anstelle des kapitalistischen Prinzips des Kampfes aller gegen alle mit dem Siege des (Kapital) — Stärkeren soll im Kartell eine gewisse Gleichberechtigung gelten. Wolfers [129] führt aus, daß die Sozialisten im Kartellwesen eine Möglichkeit staatlicher Kontrollierung der Wirtschaft „eine Durchgangsstufe zum Sozialismus" sähen.

Schiff [130] rechnet „die Regelung der Produktion durch Kartelle" zu Teilplanungen im kapitalistischen System. Landauer [131] sieht zwischen Kartellwesen und Sozialismus keine Verwandtschaft, denn das Kartellwesen ermögliche „keine Leitung der Gesamtwirtschaft".[132] „Selbst ein ‚Generalkartell' wäre nur Sozialismus im formalen Sinn — — —." [133] Gottl-Ottlilienfeld [134] wendet sich entschieden dagegen, im Kartell eine „Übergangsform zum Anti-Kapitalismus" zu erblicken. Die „Selbstregelung" sei im Kartell durchaus nicht aufgegeben, setze sich vielmehr innerhalb des Kartells im Kampfe um den Kartellpreis und um die Quoten des Absatzes fort. „Einmal schon muß doch selbst die Bemessung eines Monopolpreises dem Spiel zwischen Angebot und Nachfrage vernunftnotwendig Rechnung tragen, oder der ‚Monopolist' schneidet sich ins eigene Fleisch." Ebenso steht Jostock [135] auf dem Standpunkte, daß die Kartelle „keinerlei Überwindung des Kapitalismus" bedeuten. Sie beruhen auf Privatvertrag und Privatinteresse, haben den privaten Gewinn zum obersten Ziel — — —." „Von einem kapitalistischen Verbandsgebilde zu einem bürokratischen volkswirtschaftlichen Zentralismus ist zum mindesten keine direkte

---

125. Eine ähnliche Auffassung vertritt Huber (a. a. O. S. 57) indem er sagt: „In den heutigen Kartellen, die die Erzeugung und den Absatz gemeinschaftlich und planvoll ordnen wollen, ist der Umschwung zu einem neuen Wirtschaftsstil eingeleitet." Huber allerdings sieht die Wirtschaftsform der neuen Epoche in ganz anderer Richtung verlaufen als Schmalenbach. Nach Hubers Auffassung ist an die Stelle des liberalen Wirtschaftssystems „ein eigentümlich gemischtes Wirtschaftssystem getreten, in dem der liberale Kapitalismus mit organisatorischen Bindungen durchsetzt ist. Man kann diese Wirtschaftsform ‚Plankapitalismus' nennen."

126. S. 242.

127. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 175. Bd. S. 33.

128. „Stimmen der Zeit", 109. Bd. Freiburg 1925. S. 420.

129. a. a. O. S. 7.

130. a. a. O. S. 6.

131. a. a. O. S. 77.

132. und 133: Landauer a. a. O. S. 77.

134. „Der Mythos der Planwirtschaft". Jena, 1932, S. 55.

135. Paul Jostock „Der Ausgang des Kapitalismus" München u. Leipzig 1928, S. 224. Fußnote 54.

Analogie erlaubt.“ [136] Halm [137] vertritt (in Erwiderung an Heimann, der in der Kartellierung ein Zurückweichen des wirtschaftlichen Egoismus zu Gunsten des Gemeinschaftsgedankens erblickt) die Auffassung, daß im Kartellwesen „ein grundsätzlicher Wandel in der Wirtschaftsgesinnung“ nicht vorliege. Er hält die Kartellierung für eine nur zeitlich durch besondere Marktkonstellation bedingte Erscheinung, die infolge der Dynamik des Wirtschaftslebens wieder verschwinden würde. Halm legt es in seiner Schrift darauf an, nachzuweisen, daß Konkurrenz und Gewinnstreben auch im Kartell vorhanden seien. Er hält also das Kartell für eine zum kapitalistischen Wirtschaftssystem passende Einrichtung, in der die kapitalistischen Merkmale lediglich etwas verdeckt seien und daher häufig übersehen würden.

In der Frage also, ob das Kartell einer bestimmten Wirtschaftsform zuzurechnen sei und welcher, gehen die Auffassungen auseinander. Diejenigen, die die Bürokratisierung der Unternehmung im Kartell, die gegenseitige Rücksichtnahme der kartellierten Unternehmer, die Planmäßigkeit in der Produktion des kartellierten Gewerbezweiges beachten, erblicken im Kartellwesen eine Bildung von Verbänden mit gemeinwirtschaftlichem Einschlag und sind daher geneigt, das Kartell als eine einer Gemeinwirtschaft entsprechende Form eines Verbandes zu betrachten. Andere dagegen sehen mehr auf die innerhalb der Kartelle sich abspielenden Preis- und Quotenkämpfe, auf die Konkurrenz durch Außenseiter und durch Surrogate und die dadurch bewirkte unsichere Position des Kartells; sie schreiben dem Kartell daher lediglich eine Milderung des Wettbewerbes zu, halten es aber im übrigen für durchaus mit dem Kapitalismus vereinbar, besonders auch deswegen, weil das Gewinnstreben in Form der Quotenkämpfe lebendig bleibe.

Will man der Frage, welcher Wirtschaftsform das Kartell zuzurechnen sei, gerecht werden, dann wird man es nicht einem einzigen Wirtschaftssystem zurechnen dürfen. Das Kartell verkörpert in Wirklichkeit sowohl planwirtschaftliche als auch kapitalistische Elemente. Es läßt sich wohl nicht bestreiten, daß das Kartell der „Anarchie“ kapitalistischer Produktionsweise — isoliertes Produzieren der konkurrierenden Unternehmer — entgegenarbeitet, und daß es dort, wo eine gemeinsame Verkaufsstelle — das Syndikat — vorhanden ist, einen gewissen Zusammenhang auch zwischen Produktion und Konsum herstellt. Eine gewisse Planmäßigkeit in der Produktion des kartellierten Gewerbezweiges läßt sich mithin kaum bestreiten. Ebensowenig läßt sich leugnen, daß der Wettbewerb im Kartell sehr gemäßigt wird. (Diese Wirkung des Kartells ist unbestritten). So wie man dem Kartell die Verkörperung dieser planwirtschaftlichen Züge zuerkennen muß, so muß man gleichzeitig zugeben, daß der kartellierte Unternehmer im Kampfe um Preis und Quote sein Ge-

136. Ebenda, S. 225.
137. a. a. O. S. 151.

winnstreben und sein Eigeninteresse verfolgt und damit der Forderung, die das kapitalistische Wirtschaftssystem an ihn stellt, gerecht wird.

c) Gegenüberstellung.

Planwirtschaft[138] gehört der sozialistischen Wirtschaftsform an. Das Kartell hingegen weist sowohl kapitalistische Merkmale auf, als auch Kennzeichen einer gemäßigteren, planvolleren nichtkapitalistischen Wirtschaft. Nichtkapitalistisch sind sowohl an der Planwirtschaft als auch am Kartell das Streben nach bewußter Herstellung von Einklang zwischen Produktion und Verbrauch. Kapitalistisch ist am Kartell das Gewinnstreben. In ihren Anlehnungen an Wirtschaftssysteme lassen sich also zwischen Planwirtschaft und Kartell sowohl enge Beziehungen als auch entgegengesetzte Strömungen feststellen.

5. Abschnitt:

a) Der Preis in der Verkehrswirtschaft.

„Die Preisbildung hat — — — die sozialökonomische Aufgabe, die Ansprüche auf Güter soweit zu beschränken, daß sie mit den zur Verfügung stehenden Mitteln befriedigt werden können." [139] Diese Aufgabe der Preisbildung folgt aus dem „Prinzip der Knappheit", das „in der Notwendigkeit" besteht, „die Konsumtion durch den Druck der Preisbildung in Übereinstimmung mit einer knappen Güterversorgung zu bringen".[140] Durch diese Preisbildung wird das allgemeine wirtschaftliche Prinzip („— — — die Forderung, daß die unter gegebenen Verhältnissen höchstmögliche Bedürfnisbefriedigung erreicht werden soll — — —" [141]) verwirklicht.[142] Eine Folge dieser Preisbildung, und damit des wirtschaftlichen Prinzips, ist es auch, „daß jedes fertige Gut einen Preis bekommt, der seinen Produktionskosten entspricht — — —" („Kostenprinzip").[143] Dieses Kostenprinzip stellt einen Normalzustand dar, „um welchen die wirkliche Preisbildung oszilliert." [144]

Obwohl diese Preisbildung keiner Theorie, keiner bewußten Regelung entspringt, ist die auf dieser Preisbildung basierende Bedarfsdeckung noch von keinem Wirtschaftssystem übertroffen worden. Die freie Preisbildung ist an gewisse Voraussetzungen geknüpft, zu denen auch das Privateigentum gehört.[145]

Das Streben nach größerer Wirtschaftlichkeit kann es er-

138. In der für die vorliegende Arbeit vorgenommenen Abgrenzung.
139. Gustav Kassel: „Theoretische Sozialökonomie" 5. Aufl. Leipzig, 1932, S. 59.
140. Ebenda, S. 66.
141. Ebenda, S. 6.
142. Ebenda S. 81.
143. Ebenda, S. 83.
144. Ebenda, S. 115.
145. Margit Cassel „Die Gemeinwirtschaft" Leipzig und Erlangen, 1925, S. 5.

forderlich machen, die Gemeinwirtschaft an Stelle der Preiswirtschaft und des in ihr herrschenden Kostenprinzips treten zu lassen,[146] wobei wir unter Gemeinwirtschaft eine autoritativ regulierte Wirtschaft verstehen wollen.[147]

b) Der Preis in der Planwirtschaft.

Nach Heimann sind zwei Arten von Wirtschaftsplänen denkbar: „ — — — je nachdem, ob die wirksame Nachfrage durch das freie Spiel der Kaufkraft abgegrenzt wird, oder ob ein willkürlicher gesellschaftlicher Eingriff den Einfluß der Kaufkraft ausschaltet und den Verbrauch anderweitig festsetzt. Nach jener Methode arbeitet die Geld- und Verkehrswirtschaft, nach dieser die Kriegswirtschaft und jede Bedarfsplanwirtschaft." [148]

In einem Überblick über die einschlägige Literatur [149] kommt Heimann zu dem Ergebnis, daß das Problem der Preisbildung in einer sozialisierten Gesellschaft nur ganz oberflächlich und vollkommen unzulänglich, praktisch genommen überhaupt nicht, behandelt worden ist. Heimann unternimmt den Versuch, sich mit diesem Problem auseinanderzusetzen: [150]

Der Monopolist hat bei der Festsetzung des Preises Spielraum zwischen den Preisen des freien Wettbewerbes (die Untergrenze, bei der die Kosten einschließlich Verzinsung gedeckt werden), und dem Monopolpreise, das ist der Preis, dessen Gewinnanteil, vervielfacht mit der Anzahl der dazugehörigen (bei diesem Preise absetzbaren) Stückmenge, das größte Produkt unter allen Multiplikationen gleichartiger Faktoren ergibt. In einer Wirtschaft, auf die der Staat Einfluß nehmen kann, also auch in einer Planwirtschaft, kann den monopolistischen Verbänden das Verhalten bei der Preisfestsetzung innerhalb des genannten Spielraumes vorgeschrieben werden. Der Monopolist wird dazu angehalten werden, zum jeweiligen, d. h. der Angebotsmenge entsprechenden, Kostenpreise anzubieten. Die Angebotsmenge wird bestimmt durch den Umfang der Nachfrage. „Was also der freie Wettbewerb selbsttätig bewirkt, das führt der gemeinwirtschaftliche Monopolist bewußt herbei. Die Regel seines Verhaltens läßt sich dahin zusammenfassen, daß er der Nachfrage gleichsam versuchsweise und als Grundlage für die weiteren Vorgänge denjenigen Preis vorschlägt, der seine Kosten deckt, sich aber im übrigen völliger Zurückhaltung be-

146. Margit Cassel a. a. O. S. 14. Ritschl (a. a. O. S. 45) bemerkt zu dieser Frage: „Daß dieses marktwirtschaftliche System in sich bei der ungleichen Verteilung der materiellen Güter und der geistigen Gaben keine harmonische und vollkommene Versorgung aller sozial wichtigen Bedürfnisse verwirklicht, und daß hier das gemeinwirtschaftliche System ergänzend hinzutreten muß, ist von Theoretikern so ungleicher Grundeinstellung wie Adolf Wagner, Cassel, Vater und Tochter, und G. Colm, mit Recht hervorgehoben."

147. Margit Cassel a. a. O. S. 10.

148. Heimann a. a. O. S. 175.

149. Ebenda, S. 173/178.

150. Ebenda, S. 171/173 u. S. 184 ff.

fleißigt und den Preisgeboten der Nachfrage einfach folgt, statt seinerseits Preisforderungen zu stellen. Indem er so als handelnde Partei ausschaltet, setzt er den Mechanismus des freien Marktes in Bewegung." [151] Es herrscht mithin freier Wettbewerb der Käufer. Der Monopolist soll sich durch Einflußnahme des Staats auf die Wirtschaft in der Planwirtschaft also nicht mopolistisch betätigen können, sondern der Bedarfsdeckung dienen. [152]

„Ein freier Wettbewerb privater Käufer besteht aber nur auf den Märkten der Genußgüter, nur für sie kann also die Preisregel zunächst gelten." [153] Jedoch pflanzt sich der Preisstand, der sich auf Grund freien Wettbewerbes auf dem Markte der Genußgüter bildet, durch alle Erzeugungsstufen hindurch fort, also auch auf den Markt der Beschaffungsgüter.[154]

Halm weist darauf hin, daß nach Kassel „das schwierigste Problem der Preisbildung aus dem Vorhandensein mehrerer Produktionsfaktoren hervorgeht." [155] Die Nachfrage nach Gütern ist nicht nur eine solche nach Arbeit, sondern auch nach Boden und Kapital. Um bei Freiheit des Konsums die Nachfrage nach d i e s e n Produktionsfaktoren in Einklang zu halten mit den knappen Vorräten darin, muß ein Zins berechnet werden und zwar für jede Art von Kapital ein anderer, je nach Vorrat und Bedarf. (Halm beachtet in seinen Ausführungen an dieser Stelle besonders den Produktionsfaktor „Kapital").

Während Heimann [156] in „Mehrwert und Gemeinwirtschaft" [157] den Zins in einer sozialistischen Gesellschaft für überflüssig erklärt („ — — — einen Zins zu berechnen, hat die Gesellschaft keinen Anlaß, weil sie selbst die notwendige Auswahl der lohnendsten Kapitalherstellungspläne zu treffen hat, eine Begrenzung von außen her daher hier keine Stelle findet"), ihn also nicht als notwendigen Bestandteil des Preises anerkennt und somit seine oben dargelegte Theorie des Kostenpreises aufrechterhalten kann,[158] (denn d i e s e r Kostenpreis enthält keinen

151. Heimann a. a. O. S. 186.

152. Bauermeister a. a. O. S. 108, behauptet allerdings, daß die Stellung des gemeinwirtschaftlichen Monopolisten die gleiche sei, wie die des privaten und daß sie dieselben Gefahren in sich berge, wie das private Monopol, im wesentlichen deswegen, weil die Konsumenten auch vom gemeinwirtschaftlichen Monopolisten abhängig seien; ferner sei der gemeinwirtschaftliche Monopolist infolge seiner gesicherten Position, die ihm neben den Selbstkosten einen Gewinn garantiere, in Versuchung „auf dem gegebenen Stand technischer und wirtschaftlicher Entwicklung stehen zu bleiben"

153. Heimann a. a. O. S. 188.

154. Heimann a. a. O. S. 188/89.

155. Halm „Die Konkurrenz" S. 40.

156. Die folgenden Ausführungen fußen teilweise auf Halms Auseinandersetzung (in seinem Werke „Die Konkurrenz" a. a. O. S. 50/63) mit Heimanns „Versuch einer Theorie der gemeinwirtschaftlichen Preisbildung" in: „Mehrwert und Gemeinwirtschaft." S. 184 ff.

157. S. 68.

158. wobei ihm H a l m aber vorhält, daß es unzulässig sei, „die Grundprinzipien des kapitalistischen Preisbildungsprozesses auf die sozialistische Wirtschaft" zu übertragen. („Die Konkurrenz" a. a. O. S. 57).

Zins,) erklärt er in einer späteren Arbeit [159] den Zins für „eine ewige Kategorie aller Wirtschaft", hält ihn also auch in einer sozialistischen Wirtschaft für erforderlich. Die Frage, wonach er den Zinssatz für den in den Gütern enthaltenen Kapitalanteil bestimmen und in den Preis einbeziehen will, bleibt offen, damit auch die Frage, wie er den „Kostenpreis" in der sozialistischen Wirtschaft errechnen will.

Auch Gustav Cassel befaßt sich mit dem Problem der Preisbildung in einer sozialistischen Wirtschaft.[160] Cassel definiert die sozialistische Wirtschaft als „eine geschlossene Tauschwirtschaft, wo die ganze Produktion einheitlich von und für die Gesellschaft selbst durch eine dazu befähigte oberste Behörde betrieben wird und wo sämtliche materielle Produktionsmittel Eigentum der Gesellschaft sind, wo aber noch Freiheit der Arbeit und der Konsumtion in dem für die Tauschwirtschaft wesentlichen Umfang besteht." [161] Die sozialistische Wirtschaft wäre also nach Cassel auch eine Tauschwirtschaft (denn Cassel stellt an die „Tauschwirtschaft" „nur die Forderung — — —, daß sie dem einzelnen Freiheit der Erwerbsarbeit und Freiheit der Konsumtion innerhalb der Grenzen seiner Geldmittel gewährt." [162]) und demzufolge „auch, wie — — — jede entwickelte Tauschwirtschaft, eine Geldwirtschaft."[163] Die Preisbildung in der sozialistischen Wirtschaft würde daher, wie die Preisbildung in jeder Tauschwirtschaft, vom Prinzip der Knappheit reguliert werden.[164] „Die Gesellschaft hat keine andere Methode, die Nachfrage nach irgendeinem Gute in Übereinstimmung mit den zur Verfügung stehenden Quantitäten desselben zu halten, als auf das Gut einen für diesen Zweck hinreichend hohen Preis zu setzen." [165] Halm ist der Auffassung,[166] daß die Merkmale der von Cassel gekennzeichneten sozialistischen Wirtschaft — also Freiheit der Erwerbsarbeit und Freiheit der Konsumtion — für eine Preisbildung nicht genügen. Wie schon oben unter Hinweis auf Cassel und Halm erwähnt, muß — um bei Freiheit des Konsums die Nachfrage nach den Produktionsfaktoren Boden und Kapital mit den knappen Vorräten darin in Einklang zu halten — für jede Art Kapital (nur der Produktionsfaktor Kapital ist hier, der Einfachheit halber, von Halm beachtet) ein Zins, ein „Preis für die Kapitaldisposition" berechnet werden. Damit entsteht aber die Frage: „Welcher Preis für die Kapitaldisposition soll angenommen werden?" [167] Die Größe des An-

159. „Zur Kritik des Kapitalismus und der Nationalökonomie" in „Blätter für religiösen Sozialismus", Quäker-Verlag, Berlin-Biesdorf. Jan./Febr. 1926.
160. a. a. O. S. 117 ff.
161. a. a. O. S. 118.
162. a. a. O. S. 38 u. S. 117.
163. a. a. O. S. 119.
164. a. a. O. S. 120.
165. a. a. O. S. 120.
166. a. a. O. S. 38 ff.
167. Halm a. a. O. S. 42.

gebotes ist bekannt, denn der Umfang der Kapitalbildung wird in der sozialistischen Wirtschaft willkürlich festgesetzt; unbekannt jedoch ist die wirtschaftliche Seltenheit als Funktion des unbekannten Bedarfs.[168] „Die Nachfrage nach Konsumgütern reicht nicht aus, um ihn (den Bedarf. Der Verf.) eindeutig zu bestimmen. In der kapitalistischen Wirtschaft wird der Zinspreis unmittelbar durch Angebot und Nachfrage gebildet, in der sozialistischen Wirtschaft fehlt diese Preisbestimmung, ist der Zins eine Unbekannte, — — —“[169] Bei dieser Sachlage ist es unmöglich, die Kosten des Produktionsfaktors Kapital, und somit auch unmöglich, die Produktionskosten eines Gutes festzustellen.[170]

Nach Schiff[171] müßten die Geldlöhne und Güterpreise in einer sozialistischen Planwirtschaft so festgesetzt werden, daß sie dem gesellschaftlichen Wert der Arbeitsleistungen und Güter entsprechen. Der gesellschaftliche Wert der Sachgüter ergäbe sich nach dem Kostenprinzip und d. h. in einer sozialistischen Planwirtschaft: nach dem Grundgedanken der Arbeitswerttheorie, nach dem Arbeitswertprinzip.[172] Hierbei blieben die Produktionsfaktoren Boden und Kapital ebenfalls unberücksichtigt. Das hält Schiff in einer sozialistischen Planwirtschaft für zulässig:

Zunächst der Naturfaktor: Es ist in „— — — der Planwirtschaft durchaus möglich, die Seltenheit der Naturgaben im Wirtschaftsplan zu berücksichtigen. Man wird den Produktionsplan so aufstellen müssen, daß auch die künftige Befriedigung nicht gefährdet wird.“ „— — — und auch weiterhin wird man stets im Auge behalten müssen, daß von den Naturschätzen und Naturkräften nicht mehr verbraucht wird, als dauernd möglich ist. Die dafür notwendige Kontrolle liefert die Naturalrechnung durch Aufstellung von Naturalbilanzen.“[173] Außerdem sei zu berücksichtigen, daß die Produktionsmittel in der sozialistischen Planwirtschaft der Gesellschaft gehörten, und die Gesellschaft nicht an sich selbst ein Entgelt zu entrichten braucht.[174] Ferner könnte man bei Gütern von besonderer Seltenheit vom strengen Arbeitswertprinzip abweichen und den Preis höher festsetzen.[175]

Der Kapitalzins: Auch die Berechnung eines Kapitalzinses soll in Ausnahmefällen zulässig sein, denn wenn auch die Produktionsmittel im Besitze der Gesellschaft wären, ein Entgelt dafür also nicht zur Berechnung kommen brauchte, würde es zur besseren Anregung der Spar-

168. Ebenda, S. 44.
169. Ebenda, S. 44.
170. Ebenda, S. 44/46.
171. a. a. O. S. 69.
172. Ebenda S. 69/70.
173. Ebenda S. 93.
174. Ebenda.
175. Ebenda.

tätigkeit einen Darlehnszins geben, der in den Güterpreisen zur Berechnung kommen müßte. „Es ist Sache der praktischen Erwägung, in welchem Umfange dies geschehen soll.“ [176] Zur Einschränkung der Kapitalbenutzung sei ein Zins in der kapitalistischen Wirtschaft wohl nötig, nicht aber in einer Planwirtschaft. In einer Planwirtschaft würde im Plan nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten, nicht aber nach privatwirtschaftlicher Rentabilität darüber entschieden werden „welche der technisch möglichen ertragssteigernden Produktionswege eingeschlagen werden sollen.“ [177]. Falsche Entscheidungen seien zwar möglich, ihrer Entstehung jedoch stark vorgebeugt durch Vermeidung von Konjunkturschwankungen und Wirtschaftskrisen und durch Übersicht in der Planwirtschaft. Die eintretenden Fehlinvestitionen würden bestimmt nicht größer sein, als diejenigen der kapitalistischen Wirtschaft.

Diese Darstellung der Kostenfaktoren Rente und Zins ist für ein exaktes Preissystem nicht brauchbar.

Es bleibt ein Mangel aller Versuche zur Lösung des Problems der Preisbildung in der sozialistischen Planwirtschaft, daß sie die Kostenfaktoren Rente und Zins nicht meistern und dadurch dieses Problem nicht zufriedenstellend lösen können.

„Für die Preisbildung auf dem Markte scheint Voraussetzung die freie Konkurrenz von Anbietern und Nachfragenden zu sein“.[178] Wie verhält es sich mit der freien Konkurrenz in der Planwirtschaft? Zu den Merkmalen der freien Konkurrenz gehören „das Fehlen eines obrigkeitlichen Eingriffes in die individuelle Bedarfsgestaltung und die privatwirtschaftliche Betriebsführung.“ Wir haben gesehen, daß die sozialistische Planwirtschaft versucht, die „individuelle Bedarfsgestaltung“ also Freiheit des Konsums, aufrechtzuerhalten. Privatwirtschaftliche Betriebsführung allerdings steht im Gegensatz zu sozialistischer Planwirtschaft, denn die Produktionsmittel stehen in einer sozialistischen Planwirtschaft im Eigentum der Gesellschaft und die Gesellschaft nimmt in Form des Planes Einfluß auf die Betriebsführung, indem sie die Richtung der Produktion und damit die Verwendung der Betriebsmittel bestimmt.

Zu den Voraussetzungen der freien Konkurrenz zählt Eulenburg sodann noch [179] „die Freiheit des Marktes für beide Parteien: die Möglichkeit, allenthalben als Nachfragende und Anbietende wenigstens in der Idee auftreten zu können.“ In der sozialistischen Planwirtschaft liegt eine Einschränkung des freien Marktverkehrs vor, denn die Verfügung der Gesellschaft über die Produktionsmittel macht es dem Einzelnen unmöglich, auf beliebigem Teilmarkte als Anbieter aufzutreten. Zur Ver-

176. Schiff a. a. O. S. 94.
177. Ebenda, S. 95.
178. Eulenburg: „Die Preisbildung in der modernen Wirtschaft“, in: Grundriß der Sozialökonomik, IV. Abt. 1. Teil, Tübingen 1925, S. 266.
179. Ebenda.

wirklichung der freien Konkurrenz in der sozialistischen Planwirtschaft fehlen also: privatwirtschaftliche Betriebsführung und Freiheit des Angebots.

„Den Gegensatz zum Wettbewerb stellt — — — die Regelung des Verkehrs dar. Also dort, wo obrigkeitliche Taxen bzw. Festsetzung der Preise besteht oder Beschränkung der Produktion und des Absatzes vorhanden ist.“ [180]

Freie Konkurrenz und Planwirtschaft schließen sich also aus. Es ist ja auch die freie Konkurrenz, die zum Begriff der „anarchischen“ Produktionsweise des Kapitalismus geführt hat. Gegen diese „anarchische“ Produktionsweise soll die Planwirtschaft ein Gegenmittel sein, also auch gegen die freie Konkurrenz.[181]

Zusammenfassend können wir sagen: die Preisbildung in einer sozialistischen Planwirtschaft scheitert an den durch Außerachtlassung von Zins und Rente entstehenden Schwierigkeiten der Feststellung des Kostenpreises. Sehen wir von diesen Schwierigkeiten ab, dann soll der Preis in der sozialistischen Planwirtschaft ein Kostenpreis sein, frei von monopolistischen Elementen.

c) Der Preis beim Kartell.

Die Frage, die wir hier zu untersuchen haben, ist, entsprechend der Untersuchung des Preisproblems in der Planwirtschaft die, ob und inwieweit der Kartellpreis vom Preise des freien Marktes abweicht, oder auch: wie weit im Kartellpreise „die subjektive Wertschätzung der Wirtschaftssubjekte“. — — — „die in der individualistischen Wirtschaftsordnung letztlich — — — für die Preisbildung entscheidend ist,“ [182] noch zum Ausdruck kommt.

„Trotz des hohen Standes der Theorie der Monopolpreise ist es äußerst schwierig, auf die Frage eine allgemein gültige Antwort zu geben, inwieweit die Kartelle die Höhe der Preise beeinflussen — — —.“ [183] Oft wird den Kartellen preiserhöhende Wirkung zugeschrieben lediglich auf Grund von Preisvergleichen vor und nach der Kartellierung, während die Preiserhöhung in vielen derartigen Fällen auch ohne Kartell infolge von Änderungen der Kostenfaktoren eingetreten wäre.[184]

Die Mitglieder eines Kartells unterscheiden sich naturgemäß betriebstechnisch [185] und das heißt auch: in der Gestaltung der

---

180. Eulenburg a. a. O. S. 268.

181. Dobretsberger, „Monopol und Konkurrenz in der gegenwärtigen Wirtschaft“ Leipzig u. Wien 1929. S. 57 spricht davon, daß beim Monopol in der Planwirtschaft „der Ausschluß der Mitbewerber — — unter dem Gesichtspunkt eines Gesamtsystems kultureller und ethischer Anschauungen“ erfolge.

182. Diehl, Theoretische Nationalökonomie, Jena 1924. S. 154.

183. Dr. Herbert v. Beckerath „Der moderne Industrialismus“ (Gewerbepolitik 1) Jena 1930, S. 304.

184. Ebenda, S. 305, 306.

185. Ebenda, S. 306.

Selbstkosten ihrer Produktion.[186] Ein Unternehmer wird im allgemeinen nur dann einem Kartell beitreten, wenn er Aussicht hat, als Kartellmitglied beim Verkauf seiner Produkte mindestens seine Selbstkosten zuzüglich eines normalen Gewinnes zu erlangen. Hieraus folgt, daß der Kartellpreis sich nach den Selbstkosten des am teuersten produzierenden Kartellmitgliedes richten muß. Beckerath[187] weist darauf hin, daß dies noch nicht auf einen vom Preise bei freiem Wettbewerb abweichenden Preis schließen ließe, denn auch bei freiem Wettbewerb richte sich der Preis „nach den Kosten des teuersten zur Bedarfsdeckung noch notwendigen Produzenten — — —", des Grenzproduzenten; und die Frage, ob das am teuersten produzierende Kartellmitglied identisch sei mit dem „Grenzproduzenten" sei durchaus nicht, wie es sehr oft geschehe, schlechthin zu verneinen. Unternehmen, die höhere Selbstkosten haben, als der Grenzproduzent, seien für das Kartell nur dann gefährlich, „wenn sie sich unter der Pflege der an der Existenz von Außenseitern interessierten Abnehmerschaft doch zu leistungsfähigen gefährlichen Wettbewerbern entwickeln." Dieser Gefahr werde von der modernen Kartelltechnik begegnet durch Aufkauf und Stillegung der betreffenden Außenseiter oder durch ihre Einbeziehung in das Kartell und Auszahlung eines Zuschusses an sie aus der Kartellkasse, wodurch es überflüssig würde, ihre Selbtkosten der Festsetzung des Kartellpreises zugrundezulegen. Beckerath hält es hiernach nicht für wahrscheinlich, daß der Kartellpreis im allgemeinen erheblich vom Preise des freien Marktes abweiche. Ähnlicher Meinung scheint Dobretsberger[188] zu sein, dagegen anderer Meinung offenbar Diehl[189] wenn er n a c h der Feststellung, „daß in der individualistischen Wirtschaftsordnung letztlich die subjektive Wertschätzung der Wirtschaftssubjekte für die Preisbildung entscheidend" sei, Faktoren aufzählt, „die der subjektiven Willkür bei der Preisfestsetzung Schranken aufrichten" und dabei auch die Kartelle erwähnt. Diehl sagt, daß die Kartellpreise zwar am Zeitpunkte der Festsetzung die subjektiven Wertschätzungen der Konsumenten berücksichtigen, jedoch hätten die Kartellpreise meist längere Zeit hindurch Gültigkeit, und die in dieser Zeit „eintretenden Änderungen der subjektiven Wertschätzungen" kämen demnach in den Kartellpreisen nicht zum Ausdruck.

Cassel[190] ist der Auffassung, daß die Preisbildung auch bei industriellen Zusammenschlüssen — also auch beim Kartell — vom Kostenprinzip reguliert wird. „Zwar versuchen Verbände

186. Beckerath a. a. O. S. 306: „ — —— ein Kartell steht zwar einem bestimmten Markte gegenüber, muß aber zwischen vielen sehr verschiedenen betriebs-dynamischen Situationen und Interessen seiner Mitglieder einen Kompromiß suchen, — — —"

187. Ebenda, S. 306/307.

188. „Konkurrenz und Monopol in der gegenwärtigen Wirtschaft" a. a. O. S. 122/123.

189. a. a. O. S. 154/155.

190. Sozialökonomie 5. Aufl. S. 116.

und einzelne Unternehmer, die zu einer monopolistischen Stellung gelangt sind, dieselbe zu einer Preisbildung auszunutzen, die ihnen einen abnorm hohen Gewinn gibt. Solche Bestrebungen pflegen jedoch meistens starke Gegenwirkungen zu erwecken, sei es in Form einer Konkurrenz innerhalb desselben Berufes oder eines Berufes, der dasselbe Bedürfnis in anderer Weise befriedigt, sei es in Form besonderer Schutzmaßregeln der Gesellschaft auf dem Gebiete der Gesetzgebung, der Verkehrspolitik, besonders der Eisenbahntarife, der Zollpolitik usw. Diese Gegenwirkungen zeigen aber, daß eine Preisbildung nach dem Kostenprinzip eben als das Normale zu betrachten ist und auch allgemein betrachtet wird." [191]

Es sind aber nicht wenig Nationalökonomen, welche die Frage, ob der Kartellpreis höher sei als der Preis des freien Marktes, bejahen (so Landauer [192], Lehnich [193]). Ohne diese Erhöhung hätte, wie sie fast übereinstimmend sagen, das Kartell keinen Sinn. Mit gleicher Übereinstimmung wird allerdings zugegeben, daß die Kartelle nicht alle Möglichkeiten zu Preiserhöhungen ausnutzen, sondern sich damit zufrieden geben, den Zustand ruinöser unzureichender Preise zu überwinden [194] und eine auf Stetigkeit gerichtete Preispolitik zu treiben.

Die Beurteilung der Wirkungen des Kartells auf den Preis geht Hand in Hand mit der Frage, ob das Kartell Aufhebung der freien Konkurrenz, also Monopol, bedeutet oder nicht. Dies ist überhaupt die wichtigste Frage des Kartellproblems.[195] „Das Monopol liegt in einer besonderen Gestaltung des Angebotes und der Nachfrage; es beruht auf der Vereinigung des gesamten Angebotes einer Güterart in einer Hand, während Konkurrenz Streuung des Angebotes auf möglichst viele Tauschbewerber bedeutet. — — — Auf die Wirkungen zurückgeführt, bedeutet Konkurrenz die Möglichkeit nur jener Rentenbildung, welche sich auf Grund der vorhandenen Kosten und Kaufkraftschichtung ergibt; die monopolistische Regulierung des Angebotes hingegen schafft zu den bestehenden noch neue Bedingungen der Rentenbildung." [196]

---

191. Ebenda.
192. a. a. O. S. 19.
193. Dr. O. Lehnich „Kartelle und Staat", Berlin 1928. S. 56.
194. So auch Dobretsberger, „Freie oder gebundene Wirtschaft", a. a. O. S. 25.
195. „Der volkswirtschaftliche und wirtschaftspolitische Streit um diese Organisationen dreht sich ja ausschließlich um die praktische Frage des Umfanges und der Wirkung ihrer etwaigen Monopolmacht und der Folgen willkürlicher Marktregelung" (Tschierschky in Kartellrundschau, 24. Jahrgg. Juli 1926, Heft 7, S. 325.)
196. Dobretsberger, „Freie oder gebundene Wirtschaft" a. a. O., S. 98.
Liefmann (Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 41. Bd., 1916. S. 128 ff.) weist besonders darauf hin, daß es nicht auf die Stellung der einen Tauschpartei allein ankommt, „sondern auf die Wirkungen dieser Stellung — — — die sich vor allem in Monopol- und Konkurrenzpreisen und Monopol- und Konkurrenzerträgen äußern."

„Der Unterschied von Monopol und Konkurrenz liegt demnach in der Struktur des Marktes. Als Monopolpolitik wird jene Marktpolitik bezeichnet, die durch Regulierung des Angebotes oder der Nachfrage eine erhöhte Differenz zwischen Preis und Kosten, also gewissermaßen eine ‚künstliche' Überrente erzielt, während bei Konkurrenz die Rentenbildung nur durch die ‚gegebenen' Differenzen der Kosten und Kaufkraftschichtung, also der Marktstellung und der Einkommensschichtung, möglich ist." [197]

Diese „erhöhte Differenz", der Erlös eines höheren Preises, setzt eine Einschränkung der Produktion voraus, ist ferner an die Bedingung geknüpft, daß die Nachfrage nicht entsprechend stark, sondern in geringerem Maße zurückgeht,[198] und setzt außerdem voraus, daß die Stückkosten nicht entsprechend steigen.

Vollständige Monopole sind, wie in der Literatur allgemein betont wird,[199] sehr selten, weil das Monopol selbst wieder Konkurrenz herbeiführt.[200] Hinter den meisten Monopolen steht die Konkurrenz der Surrogatgüter.[201] Es gibt kein Gut, das „im wahrsten und strengsten Sinne existenznotwendig und durch kein Surrogatgut ersetzbar wäre." [202] Somit hat auch das Kartell im allgemeinen eine vollständige Monopolstellung bestimmt nur sehr s e l t e n ; ob es überhaupt eine — selbst unvollständige — Monopolstellung innehat, genauer: Monopolwirkungen ausübt, bleibt zu erörtern. Die Frage ist also die, ob es sich beim Kartell um ein „Monopol mit begrenzter Preishöhe" handelt.[203]

Liefmann definiert Kartelle als „Verbände zwischen selbständig bleibenden Unternehmern derselben Art zum Zwecke monopolistischer Beeinflussung des Marktes. Die Zweckbestimmung, die monopolistische Beeinflussung oder auch Beherrschung des Marktes, ist natürlich das Wesentlichste in dieser Definition; sie bedeutet, daß die Kartelle in ihrem Absatzgebiet die Konkurrenz möglichst ausschalten wollen. Auf diesem

197. Dobretsberger, „Konkurrenz und Monopol in der gegenwärtigen Wirtschaft" a. a. O. S. 23.

198. Ludwig Mises, „Liberalismus" Jena 1927. S. 83.

199. Zum Beispiel von v. W i e s e r in: „Grundriß der Sozialökonomik, I. Abt. II. Teil, Tübingen 1924. S. 151. Ferner von W o l f e r s in: „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik" 59. Bd. S. 297.

200. Liefmann in: „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik" 41. Bd. 1916, S. 141. (Ein vollständiges Monopol liegt z. B. bei Zwangskartellen vor: Liefmann: Kartelle, Konzerne und Trusts a. a. O. S. 268).

201. D o b r e t s b e r g e r , „Konkurrenz und Monopol in der gegenwärtigen Wirtschaft" a. a. O. S. 38.
M i s e s „Liberalismus" a. a. O. S. 83/84.

202. Mises „Liberalismus" a. a. O. S. 83.

203. Wolfers „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik", 59. Bd. S. 298: „Das ‚Monopol mit begrenzter Preishöhe' unterscheidet sich dadurch vom absoluten Monopol, daß der Monopolist den Preis nur bis zu einer Höchstgrenze erhöhen kann, die unterhalb des maximalen Gewinnpreises liegt. Über dieser Linie würde er der Konkurrenz anderer ausgesetzt sein. Die Grenze muß um eine wirtschaftlich ins Gewicht fallende Marge höher liegen als der Konkurrenzpreis."

Monopolcharakter der Kartelle beruhen sowohl ihre günstigen wie ihre ungünstigen Wirkungen.“ [204] (An anderer Stelle weist Liefmann darauf hin,[205] daß die Kartelle ihre monopolistische Wirkung allerdings nicht durch künstliche Einschränkung des Angebotes hervorrufen, weil gerade die Kartelle das gar nicht nötig hätten.) In seinem Aufsatz „Konkurrenz- und Monopoltheorie“ [206] ergänzt Liefmann [207] diese Definition, indem er sagt, daß aus dem Monopolcharakter des Kartells noch nicht eine Monopolstellung (keine Anbieter außerhalb des Kartells) gefolgert werden könnte und auch noch keine Monopolwirkungen (Preise und Erträge liegen über denen bei Konkurrenz). „Die Kartelle — — — sind also nur Erscheinungen einer Monopoltendenz, Vereinigungen mit monopolistischem Zweck — — —.“

Tschierschky [208] hält es nicht für zulässig, daß Liefmann die monopolistische Marktbeherrschung (in früheren Auflagen [209] sprach Liefmann noch nicht von monopolistischer Marktbeeinflussung sondern von Marktbeherrschung) als Zweck des Kartells betrachtet; lediglich als Mittel zur Erreichung des Kartellzweckes könnte sie angesehen werden. (Kartellzweck ist nach Tschierschky „Sicherung und Besserung der Rentabilität der Mitgliederunternehmen.“ [210]) In dieser Funktion allerdings gibt Tschierschky ihr Vorhandensein (genauer, nicht Marktbeherrschung, sondern Marktbeeinflussung) zu [211] und darauf kommt es hier an. Auch Wolfers gibt den monopolistischen Charakter der Kartelle zu.[212] Wie schon aus den Bezeichnungen Monopoltendenz und Marktbeeinflussung hervorgeht, wird ein vollständiges Monopol bei privaten Kartellen entschieden in Abrede gestellt. Allgemein wird auch in der Literatur davon gesprochen, daß die Kartelle in ihrem Verhalten auf Konkurrenz Bedacht zu nehmen hätten,[213] und zwar im wesentlichen auf Konkurrenz von Surrogatgütern, auf Konkurrenz von Außenseitern und auf latente Konkurrenz, das ist solche, die bei zu hohen Kartellpreisen neu auf dem Markte erscheinen würde.[214] „Deshalb

---

204. „Kartelle, Konzerne und Trusts“ a. a. O. S. 9.
205. Ebenda, S. 69/70.
206. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. 41. Bd. S. 110 ff.
207. Ebenda, S. 141.
208. „Kartell-Rundschau“. 26. Jahrgang. Juli/Aug. 1928. Heft 7/8. S. 439 ff.
209. z. B. „Kartelle, Konzerne und Trusts. 7. Aufl. Stuttgart 1927, S. 10.
210. a. a. O. S. 439.
211. Ebenda S. 441/442, 446/448.
212. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. 59. Bd. „Über monopolistische und nicht-monopolistische Wirtschaftsverbände.“ S. 321.
213. z. B.: Liefmann: „Konkurrenz- und Monopoltheorie“ a. a. O. S. 141.
Mises „Liberalismus“. S. 84.
v. Wieser a. a. O. S. 160.
214. Cassel (Sozialökonomie 5. Aufl. S. 113/114) erwähnt noch — zwar nicht ausdrücklich von Kartellen sprechend, sondern von Industrien, bei denen zwischen den einzelnen Unternehmen die Konkurrenz unter-

bleibt auf den Produktionsgebieten, in denen kein vollständiges Monopol besteht, die Stärke der Konkurrenz von der Preisgestaltung abhängig, wodurch eine im eigentlichen Sinne monopolistische Preispolitik auf die Dauer unmöglich gemacht wird." [215]

Wir haben es also beim Kartell weder mit einem reinen Monopol noch mit einem reinen Unternehmungstyp der freien Konkurrenz zu tun, und sprechen von ihm daher als einem „monopoloiden" Gebilde, einer Zwischenform zwischen Monopol und Konkurrenz,[216] oder, wie es auch genannt wird, von einem „unvollständigen" oder „relativen" Element. Forchheimer [217] untersucht die Preisbildung im Falle dieses „unvollständigen" Monopols, das er in den Kartellen verwirklicht sieht.[218] Er zeigt an einem Schema die Richtung, in der die Preisbildung eines Gutes bei Vorhandensein von Monopol und Konkurrenz verläuft. „Es ergibt sich hierbei ein Preis, der den Konkurrenzpreis übersteigt und einen Monopolgewinn bringt; dieser Preis ist aber geringer, als der absolute Monopolpreis. Er hat Monopol- und Konkurrenzelemente." [219] Je größer der Anteil der Außenseiter an der Produktionskapazität, umso niedriger wird der Kartellpreis. „Damit soll das allmähliche Schwinden des Monopolelements gezeigt werden." [220]

Diese Auffassung, wonach der Kartellpreis Monopol- und Konkurrenzelemente enthalte, scheint in dem Streit um den Kartellpreis das Richtige zu treffen. In dieser Lösung kommen die beiden wesentlichsten Auffassungen zu ihrem Recht:

1. Die Auffassung, wonach kein Unternehmer Kartellpflichten auf sich nehmen wird, ohne die Aussicht auf bessere Preise, als sie ihm die freie Konkurrenz bietet,
2. die Auffassung, wonach das Kartell bei Festsetzung seines Preises auf verschiedene Konkurrenzfaktoren, die immer noch wirksam seien, Rücksicht zu nehmen hätte.

d) Gegenüberstellung:

In der Planwirtschaft soll der Preis ein Kostenpreis sein, frei von Monopolelementen. Der Kartellpreis liegt über den Selbstkosten und enthält sowohl Monopolelemente als auch Konkurrenzelemente.

Danach scheinen Beziehungen zwischen dem Preis in der Planwirtschaft und Kartellpreisen nicht vorhanden zu sein.

---

drückt wird — den „Kampf zwischen allen Produzenten um die Kaufkraft der Konsumenten". (Der Begriff „latente" Konkurrenz wird übrigens in der Literatur häufig auch in anderem Sinne gebraucht als oben angeführt, und zwar im Sinne des Bereitseins der Kartellmitglieder zum Konkurrenzkampf im Falle einer Auflösung des Kartells; so bei Adolf Weber, „Ende des Kapitalismus?" München 1929, S. 43).

215. Georg Halm: „Die Konkurrenz", S. 149.

216. v. Wieser a. a. O. S. 158.

217. Karl Forchheimer. „Theoretisches zum unvollständigen Monopole", in „Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft". I. Heft. Leipzig 1908. S. 7 ff.

218. Ebenda S. 10.

219. Forchheimer a. a. O. S. 9.

220. Ebenda.

6. Abschnitt:

Der Markt.

Der Markt trennt — in der Verkehrswirtschaft — Erzeuger und Verbraucher voneinander. „Die Verkehrswirtschaft macht alle oder so gut wie alle Gebrauchsgüter zu Marktgütern oder Waren. Sie trennt so Produzenten und Verbraucher und stellt zwischen beide die Zirkulation, den Markt, zu dem jedermann im Maße seines Erwerbs Zutritt hat.“ [221]

Ebenso ist es aber der Markt, der die Erzeuger und Verbraucher auch miteinander verbindet. „Der Markt — — — stellt — — — die idelle Verbindung aller Käufer und Verkäufer dar, die durch rein vertragsmäßige Beziehung aneinander geknüpft, täglich in neuer Kombination auftreten. Wenn durch diese individuelle Verbindung der Einzelnen alle produzierten Waren ihren Käufer und alle die Befriedigung ihrer Bedürfnisse anstrebenden Käufer, den für sie passenden Verkäufer finden, ist ein normaler, alle fördernder Gang der Wirtschaft erreicht.“ [222]

Ausgelöst werden die Marktwirkungen durch den Marktpreis. „Es ist der Marktpreis, der in der freien Konkurrenzwirtschaft das ökonomische Gleichgewicht herstellt. Indem die Konsumenten durch ihre Kaufgebote die Dringlichkeit und Wichtigkeit ihrer Bedürfnisse selbst zum Ausdruck bringen, wird ihre Nachfrage auf dem Markt wirksam, äußert sich in ihrer Einwirkung auf den Preis. Die eindeutige Motivierung der Produzenten, die das wirtschaftliche Optimum zu realisieren und anzueignen bestrebt sind, führt zu einer eindeutigen Haltung dieser kapitalistischen Wirtschaftssubjekte, zu einer dadurch bestimmten Richtung der Produktion. — — — Dieser Marktpreis, der als Ergebnis der Konkurrenz unabhängig von dem des einzelnen Produzenten entstanden, diesem als objektive Gelegenheit gegenübertritt, bietet ihm einen äußeren Stützpunkt, einen selbständigen Melder, der die Bedürfnisse des Marktes und damit die Richtung, welche die Produktion einschlagen muß, anzeigt.“ [223]

a) Der Markt in der Planwirtschaft.

Wieweit ist dieser „Markt“ in der Planwirtschaft vorhanden und in welchem Grade finden wir ihn im Kartellwesen wieder? Nach Brutzkus [224] kann es in einer sozialistischen Planwirtschaft keinen Markt geben. „Der Sozialismus verwirft grundsätzlich den Markt als einen Regulator der Wirtschaft. Die die kapitalistische Welt periodisch erschütternden Krisen legen, nach der

221. E. Steinitzer, „Bedarfsdeckung und Erwerbswirtschaft“, in: Grundriß der Sozialökonomik, IV. Abt., I. Teil, S. 112.

222. Philippovich, Grundriß der Politischen Ökonomie, 1. Bd. 19. Aufl. Tübingen 1926 S. 21.

223. Bauermeister a. a. O. S. 104.

224. Brutzkus: „Die Lehren — — —“ S. 37.

Ansicht der Sozialisten, Zeugnis für das Fehlschlagen der Wirtschaftsregulierung durch die Marktpreise ab.“ [225] Brutzkus unterscheidet offenbar nicht zwischen sozialistischer und kommunistischer Wirtschaft. So kommt es, daß er eine sozialistische Wirtschaft wesentlich anders charakterisiert, als es verschiedene andere Nationalökonomen tun. Heimann z. B. versteht unter „sozialistischer“ Wirtschaft „eine verstaatlichte Marktwirtschaft, in der der Wettbewerb der Verbraucher und die freie Preisbildung erhalten bleibt. — — —.“ [226]

Ziemlich unbestritten ist, daß auf dem Gebiete der Produktionsmittel Angebot und Nachfrage ersetzt werden durch die Tätigkeit der Zentrale, denn die Produktionsmittel stehen im Eigentum der Gesellschaft und werden von der Zentrale verwaltet. Aber auch eine beliebige Nachfrage nach Konsumgütern wäre undurchführbar, denn ein bestimmter Produktionsplan kann nur eine bestimmte Nachfrage berücksichtigen. Der Sozialismus (im Gegensatz zum Kommunismus) betont zwar Konsumfreiheit,[227] jedoch hebt beispielsweise Halm [228] hervor, daß Freiheit des Konsums und Planmäßigkeit einander ausschließen. „Freiheit und Planmäßigkeit lassen sich nicht gleichzeitig verwirklichen.“ [229]

Schiff ist der Auffassung,[230] daß man sich eine sozialistisch orientierte Planwirtschaft zwar ohne (Geld, Löhne, Preise und) Markt vorstellen könnte, jedoch hält Schiff mindestens für die erste Zeit eine Unterwerfung der gesamten Volkswirtschaft unter die sozialistische Wirtschaftsform für undurchführbar. Die privatwirtschaftlich bleibenden Teile der Volkswirtschaft würden infolge des die gesamte Volkswirtschaft umfassenden Tauschverkehrs die auf Planwirtschaft eingestellten Teile in ihre Kreise ziehen. Auf diese Weise würde sich doch wieder ein die gesamte Volkswirtschaft umfassender Markt bilden. Der Markt würde aber in der Planwirtschaft gegenüber seiner Bedeutung in der kapitalistischen Wirtschaft einen Aufgabenwandel erfahren. Während [231] der Markt in der kapitalistischen Wirtschaft die Aufgabe hat, Preise und Verhältnisse von Angebot und Nachfrage einander anzupassen, hätte er in der Planwirtschaft den Zweck, an den Veränderungen der Preise die Nichterfüllung des Planes erkennen zu lassen und zu seiner Richtig-

225. Brutzkus: „Der Fünfjahresplan — — —“ S. 8.

226. Ritschl a. a. O. S. 144. Brutzkus (der Fünfjahresplan — — — — S. 61) bezeichnet als „letzte Konsequenz“ der Planwirtschaft „Zerstörung des Marktverkehrs.“ Ritschl a. a. O. S. 126 nennt die marktlose Wirtschaft „eine monistische Gemeinwirtschaft“ oder — in Anlehnung an Diehl [K. Diehl: Über Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus, 5. Aufl. Jena 1923, S. 5, 7] — „Kommunistische Wirtschaft.“)

227. Ritschl a. a. O. S. 127: „— — — die sozialisierte Wirtschaft mit Aufrechterhalten der bestimmenden Verbrauchsfreiheit (ist) nach Diehl eine sozialistische Wirtschaft — — —“

228. Georg Halm: „Ist der Sozialismus wirtschaftlich möglich?“ Berlin 1929, S. 17.

229. Ebenda. 230. a. a. O. S. 66 231. Schiff a. a. O. S. 68.

stellung aufzufordern. „Der Markt hätte also in der Planwirtschaft vor allem eine Signalfunktion."

Wie verhält es sich in der sozialistischen Planwirtschaft in Rußland [232] mit dem Markt? [233] Die Verfasser des Fünfjahresplanes wollten einen, wenn auch in verschiedenem eingeschränkten, Markt.[234] Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse sollten den Bauern abgekauft werden. Die sozialistischen Handelsorganisationen sollten ihre Ware frei verkaufen. Preistaxen sollten Angebot und Nachfrage in Einklang bringen. Diese Vorsätze wurden nicht durchgeführt. Feste Preise verhindern die Anpassung von Angebot und Nachfrage.[235] Lieferanten und Abnehmer kommen nicht mehr miteinander auf dem Markte zusammen, sondern nur noch indirekt über die Zentralstellen. Die Zentralstellen haben unter der Herrschaft fester Preise keinen Maßstab für die Verteilung der knappen Güter, keine Möglichkeit, zu erkennen, welche Verwendung der Güter den höchsten Grenznutzen ergeben würde. Es fehlt der Marktpreis, an dem die Intensität der Bedürfnisse erkennbar gewesen wäre. „Die unerträgliche Lage der Bevölkerung ist (also) in sehr weitgehendem Maße die Folge der sozialistischen Organisation der Warenzirkulation, die die Waren nicht nach ihrem größten Grenznutzen verwertet, sondern auf dem Wege ihrer Verteilung nach aprioristisch zusammengestellten Plänen entwertet." [236]

Die Nachteile der zentralistischen Wirtschaftsleitung und des Fehlens eines Marktes sind in Rußland schon vor vielen Jahren erkannt worden.[237] Im Jahre 1928 schrieb Erich Horn [238] „daß nun — — — starke Bestrebungen in den maßgebenden Stellen sich geltend machen, die die Aufgaben der Planwirtschaftsorgane auf die Festsetzung allgemeiner Richtlinien zu beschränken suchen, da die detaillierten Produktionspläne den Möglichkeiten der Rohstoffversorgung und den Absatzverhältnissen nicht genug Rechnung tragen und Änderungen durch den Instanzenweg nur schwerfällig und verspätet erfolgen. — — — Die Bedeutung des Marktes — soll — um eine auf einer Konfe-

---

232. Die Wirtschaft Rußlands kann als sozialistische Planwirtschaft angesehen werden, da die „planwirtschaftlich sozialistischen Elemente führend sind." Bauermeister a. a. O. S. 97.

233. Die folgenden Ausführungen entstammen: Brutzkus „Der Fünfjahresplan — — —" S. 61 ff.

234. Brutzkus „Der Fünfjahresplan — —" S. 61 ff.

235. Ebenda. S. 75.

236. Brutzkus „Der Fünfjahresplan — — —" a. a. O. S. 85.

237. „Erst als Lenin sich entschloß, in der „Neuen Ökonomischen Politik" (NEP) den Markttausch im kapitalistischen Sinne mit den Einrichtungen des Geldes und Preises wenigstens teilweise wieder zuzulassen, der privaten Initiative einen, wenn auch beschränkten Spielraum schuf, die Zusammenarbeit mit dem Privatkapital wieder zuließ, gelang es, das wirtschaftliche Leben einigermaßen ins Gleichgewicht zu bringen." (Adolf Weber, „Ende des Kapitalismus?" München 1929. S. 16).

238. „Die ökonomischen Grenzen der Gemeinwirtschaft" Halberstadt 1928. S. 65.

renz angewandte Formulierung zu gebrauchen — auf Kosten der Bedeutung des Planes mehr zum Ausdruck kommen."

Also auch in der Praxis müssen die Sozialisten erfahren, daß der Markt nicht entbehrlich ist, bestimmt nicht in vollem Umfange. Das wird auch bereits von Nationalökonomen, die dem Sozialismus nahestehen, zugegeben, so von Schiff,[239] Landauer.[240] Schiff macht den Gegnern dieser Meinung zwar eine Konzession, indem er sagt, daß der Markt jedenfalls für die erste Zeit einer Planwirtschaft nicht ausgeschaltet werden könnte, womit Schiff die Möglichkeit offen läßt, daß dies im Laufe der Zeit möglich werden würde, jedoch scheint Schiff an die Erfüllung dieser Möglichkeit nicht zu glauben.

Parallel dem Vorhandensein oder Nichtvorhandensein eines Marktes, geht das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein eines Wettbewerbes. Man spricht ja direkt vom „Wettbewerb auf dem Markte". Der Wettbewerb gehört zum Wesen des Marktes. Gibt es in der Planwirtschaft keinen Markt, dann gibt es dort auch keinen Wettbewerb. „In einer staatlichen Planwirtschaft wird das Niederkonkurrieren des Gegners sinnlos — — —." [241]

b) Der Markt beim Kartell:

Den Markt beim Kartell untersuchen heißt, untersuchen wie weit bei kartellierten Produkten Angebot und Nachfrage zur Entfaltung kommen, wie weit sie unter der Wirkung des Kartellpreises übereinstimmen und wie es sich mit dem vielleicht wichtigsten marktbildenden Faktor, der Konkurrenz, beim Kartell verhält.

Aus unserer Erkenntnis im vorigen Abschnitt, daß der Kartellpreis Monopol — und Konkurrenzelemente enthält, geht hervor, daß die zum Verkauf kommende Menge geringer ist, als diejenige bei freier Konkurrenz; die Erzielung eines höheren Preises setzt ja Einschränkung der Produktion voraus. Mit anderen Worten: Der höhere Preis schaltet eine Reihe von Käufern aus. Die Grenzen der Produktionseinschränkung werden gebildet durch die wirksam bleibenden Konkurrenzfaktoren, im wesentlichen durch die Konkurrenz der Außenseiter und durch Konkurrenz von Surrogatgütern.

Die Produktionseinschränkung (die Preiserhöhung) kann bei lebenswichtigen Gütern mit mehr Erfolg vorgenommen werden als bei nicht lebenswichtigen. „Die begrenzte Konsumkaufkraft reagiert auf eine Preiserhöhung der lebenswichtigen Güter mit einem Nachfrageausfall nach weniger dringlichen Bedarfsgütern, auf eine Preiserhöhung solcher, mit einem unverhältnismäßigeren Absatzrückgang, als der Preisvorteil ausmacht." [242]

239. a. a. O. S. 66.

240. a. a. O. S. 114: „Selbstverständlich sind alle Pläne, die Bedürfnisse der Menschen unabhängig von der betätigten Nachfrage nach Gütern, etwa durch statistische Erhebungen, festzustellen, vollkommen undurchführbar".

241. Wilhelm Andreae, „Kapitalismus, Bolschewismus, Faschismus". Jena 1933, S. 133.

242. Dobretsberger „Freie oder gebundene Wirtschaft" a. a. O. S. 26.

Jedenfalls entfaltet sich die Angebotsseite unter Einwirkung des Kartells nicht in gleich starker Weise, wie bei freier Konkurrenz, dementsprechend fällt auch ein Teil der Nachfrage infolge zu hoher Preise aus.

Die Preishöhe, auf der Angebot und Nachfrage sich ausgleichen, ist also eine künstliche. „Statt die Preise durch Ausfall der überlebten Werke zu erniedrigen und durch Ausdehnung des Absatzes der besseren Werke, deren Kosten weiter herabzusetzen, drosselt man solange, bis Produktion und Absatz sich bei hohem Preisstand ausgleichen. Das ist die Garantie des auskömmlichen Einkommens, die der Zunftverfassung entspricht.“ [243] Hiernach kann man Kleinwächter, der annahm, daß das Kartellsystem die Produktion dem Bedarf anpassen würde,[244] kaum zustimmen.

Halm [245] führt zu dieser Frage aus: „Daß solche monopolistische Organisationen imstande sind, den Preis bis zu einem gewissen Grade zu beeinflussen, ändert nichts an der Tatsache ihrer Verflochtenheit in diesen Preisbildungsprozeß. Und dies ist das Entscheidende: Daß trotz der Zusammenschlußtendenzen ein durchaus zureichender, ja unter Umständen sogar ein wesentlich verbesserter Tauschverkehr zwischen Einzelwirtschaften stattfindet, der die Grundlage für einen vollständigen Preisbildungsprozeß und damit für die Wirtschaftsführung bildet.“

Die Meinung, daß das Kartell den Tauschverkehr günstig beeinflusse, findet sich in der Literatur mehrfach. So sagt Mombert: [246] „Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß ———— viele Kartelle, besonders diejenigen der Kohlen- und Eisenindustrie heute eine viel bessere Übersicht über den Markt haben und ihn viel besser beherrschen können, als es um die Jahrhundertwende der Fall gewesen ist. Schon im Jahre 1906 schrieb Dr. Voelker, der frühere Direktor des Stahlwerksverbandes, von diesem: „Das Hauptbestreben des Verbandes ist offensichtlich darauf gerichtet, sich ein genaues Bild von den tatsächlichen Marktverhältnissen zu verschaffen. Man kann ohne Übertreibung behaupten, daß keine Tonne Stahl das Weichbild der Werke verläßt, ohne daß die Verkaufsstelle des Stahlwerksverbandes weiß, was mit dieser Tonne angefangen wird. Die Beziehungen zwischen den Werken und ihrer Kundschaft sind eben wesentlich enger geworden, auch haben wiederholt gemeinsame Erörterungen zwischen Produzenten und Konsumenten über die Marktlage stattgefunden.“ Auch Beckerath [247] hebt die — für die Kartelle „neue“ und über ihren „spezifischen Wir-

243. M. J. Bonn. „Das Schicksal des deutschen Kapitalismus.“ Berlin 1926. S. 29/30.

244. „Die Kartelle“ Innsbruck 1883. S. 194.

245. „Ist der Sozialismus wirtschaftlich möglich?“ Berlin 1929. S. 44.

246. Dr. Paul Mombert, „Einführung in das Studium der Konjunktur“. Leipzig 1921, S. 193.

247. Der moderne Industrialismus a. a. O. S. 316.

kungskreis hinausgehende“ — — — „marktinformatorische — — — —Arbeit“ (der Kartelle) hervor, die (zusammen mit konjunkturpolitischer Arbeit) „es dem Einzelbetriebe erleichtern soll, sich rationeller als bisher dem gesamten volkswirtschaftlichen Prozeß einzufügen — — —.“ Ettinger[248] betont, daß durch die Kartelle „Die Einheitlichkeit und Planmäßigkeit der Produktion — — — vollständig gesichert werden“ kann.

Zu den wichtigsten Fragen der Beschaffenheit eines Marktes gehört die nach dem Grade der Konkurrenz-Entfaltung. Beim Kartell ist diese Frage besonders wichtig, denn Fragen des Konkurrenzkampfes „Auswüchse der Konkurrenz“ waren es, die zur Kartellierung geführt haben. „In den Anfängen hatte man die Organisation (Kartelle und Trusts) nur dazu benützt, um die wechselseitige Konkurrenz zu ordnen, um sich vor Schäden der Überkonkurrenz zu bewahren — — —.“[249] So entsteht die Frage, ob und in welchem Grade das Kartell die Konkurrenz aufhebt, fortsetzt oder verändert.

Auf dem Markte tritt beim Kartell Konkurrenz kaum in Erscheinung, sei es, weil der Verkauf durch das Syndikat erfolgt, sei es, weil der einzelne Unternehmer mit einer bestimmten Quote am Gesamtabsatz des Kartells beteiligt ist. „Große Teile des Wirtschaftsprozesses vollziehen sich — — — heute nicht mehr unter der Wechselwirkung zahlloser einzelwirtschaftlicher Interessen, reguliert durch Preis- und Zinsbewegung, sondern in wichtigen Wirtschaftsgebieten wird wenigstens zeitweise die Produktions- und Absatzpolitik einheitlich gelenkt und der freie Wirtschaftsverkehr auf Grund privatwirtschaftlicher Organisationen in bestimmter Weise beeinflußt, wobei dem Einzelnen seine Rolle zugewiesen und beschränkt und ihm andererseits oft seine wirtschaftliche Existenz in bestimmtem Rahmen garantiert wird.“[250] Nach Cassel[251] gibt es da, wo „die Masse der Konsumenten entweder zwischen den verschiedenen Produzenten aufgeteilt oder von einer einheitlichen Verkaufsorganisation der Produzenten versorgt wird“, keinen Markt mehr und keine „freie Konkurrenz der Verkäufer — — —“, denn „in beiden Fällen wird ein Käufer nur einen Verkäufer finden — — —“. Der isolierte Kampf der Unternehmer untereinander um den Absatz hat aufgehört und wird abgelöst durch den organisierten Kampf mit den Abnehmern um den Preis.[252] Halm[253] wendet sich entschieden dagegen, von einem Aufhören der Konkurrenz in den Kartellen (und in den übrigen modernen Zusammenschlüssen) zu sprechen. „Nicht ihr Wesen, nur ihre

248. Dr. Markus Ettinger: „Die Regelung des Wettbewerbes im modernen Wirtschaftssystem“, 1. Teil: „Die Kartelle in Österreich“. Wien 1905, S. 180.

249. v. Wieser a. a. O. S. 159.

250. Beckerath: Der moderne Industrialismus a. a. O. S. 318.

251. Sozialökonomie 5. Aufl. S. 111.

252. Liefmann: „Kartelle, Konzerne und Trusts“ a. a. O. S. 56.

253. Halm „Die Konkurrenz“ a. a. O. S. 128 ff.

Formen haben sich gewandelt. Diese sind:

1. die Konkurrenz aller Güter um die Nachfrage: — — —
2. die Konkurrenz mit vorhandenen Ersatzprodukten, — — —
3. — — — der Konkurrenzdruck der frei werdenden Produktionsmittel auf die anderen Erzeugungszweige, — — —
4. die Konkurrenz der Außenseiter, — — —
5. die Konkurrenz der neuentstehenden Produktionsanlagen bei günstigen Gewinnaussichten — — —
6. die latente Konkurrenz im Inneren einer nur auf gewisse Zeit vertraglich zusammengeschlossenen Unternehmergruppe, — — —" [253a]

Diese Konkurrenzfaktoren sieht Halm in den Kartellen wirken und hält sie für eine „gesunde" Konkurrenz, im Gegensatz zu der „sogenannten freien" Konkurrenz, die vordem herrschte, und von der Halm sagt: [254] „— — — eine Konkurrenz ohne Sinn und Zweck, die keinen Ausgleich zustande bringen kann, die ohne Ausweg immer weiter toben muß; eine Konkurrenz, die nichts weniger ist, als ein Ordnungsprinzip, eine Karikatur ihrer selbst, die mit der normalen Konkurrenz nichts gemein hat, weil sie ihre volkswirtschaftlichen Funktionen nicht erfüllt."

c) Gegenüberstellung:

Der Markt trennt — und verbindet gleichzeitig — in der Verkehrswirtschaft Erzeuger und Verbraucher. Auf dem Umwege über den Markt erfahren die Erzeuger die Bedürfnisse der Verbraucher.

In der Planwirtschaft ist diese Beziehung ersetzt durch die Zentralstellen, Organisationen, in denen Produzenten und Konsumenten ihre Verkörperung finden sollen und die den Plan aufstellen. Einen Markt kann es daher in der Planwirtschaft nicht geben. Das Kartell bewirkt einen eingeschränkten, regulierten Markt.

In der Planwirtschaft soll der ganze Bedarf, der mit einer die Selbstkosten deckenden Kaufkraft versehen ist, befriedigt werden. Im Kartell dagegen richtet sich die auf den Markt zu bringende Gütermenge nach dem Preise, der dem Kartell den höchsten Gewinn verspricht.

In der sozialistischen Planwirtschaft gibt es keinen Wettbewerb auf dem „Markte", weder zwischen den Unternehmern, noch zwischen Unternehmer und Abnehmer, noch innerhalb der Abnehmerschaft, denn der Plan soll für Ausgleich von Angebot und Nachfrage sorgen. Im Kartell gibt es Wettbewerb zwischen den Unternehmern durch Streben nach Selbstkostensenkung und auf dem Markte im Kampfe mit den Abnehmern, den Außenseitern und den Herstellern von Surrogatprodukten, also ein Kampf um Erzielung des Kartellpreises.

253a. S. 152/153.

254. „Die Konkurrenz", a. a. O. S. 141.

7. Abschnitt:

Produktivität.

Zu den in ihrer Bedeutung umstrittenen Begriffen der Nationalökonomie gehört der Begriff „Produktivität". Philippovich unterscheidet privatwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Produktivität.[255] Der Begriff „privatwirtschaftliche Produktivität" hat einen bestimmten Inhalt: Privatwirtschaftliche Produktivität ist identisch mit Rentabilität,[255] somit verstehen wir darunter: „Ertragsüberschuß der Preise über die Kosten." [255] Verschiedene Nationalökonomen — vielleicht die meisten, die sich mit dieser Frage beschäftigen — verlangen mit Recht, daß der Begriff „Rentabilität" aus den Erörterungen über die Bedeutung des Begriffes „Produktivität" verschwinde, so Sombart: [256] „Rentabilität ist (also) gleichbedeutend mit Reinertragserzielung. Reinertrag ist der rechnungsmäßige Überschuß des Erlöses über die Kosten: ein Begriff, den es in gesamtwirtschaftlicher (sog. volkswirtschaftlicher) Betrachtung — — — überhaupt nicht gibt — — — der Begriff der Rentabilität scheidet — ich möchte hinzufügen: selbstverständlich — aus jeder Erörterung des Produktivitätsbegriffes aus." Unbestimmt ist dagegen der Inhalt des Begriffes „volkswirtschaftliche Produktivität." [257] Man denkt bei diesem Begriff an „größtmögliche Güterversorgung zur Bedürfnisbefriedigung".[258] Ziffernmäßig bestimmte (quantitative) Maßstäbe für die volkswirtschaftliche Produktivität, die einigermaßen brauchbar wären, gibt es nicht.[259] Man hat versucht, einen Maßstab zu finden durch Schätzung von Volksvermögen, um daraus auf „einen gewissen Grad der Produktivität der Volkswirtschaft (zu) schließen." [260] Aber auch dieses Verfahren ist unbrauchbar.[261] Der Versuch, den Begriff der volkswirtschaftlichen Produktivität sachlich (qualitativ) [262] zu bestimmen, führt auch nicht zu festen Umrissen. Ausdrücke wie „materielle Wohlfahrt",[263] „optimale Bedarfsversorgung",[263] „Wohlstand",[264] „Volkswohlstand",[264] „Volkswohlfahrt" [264] sind unbestimmt. Daher kommt Diehl [265] zu dem Ergebnis: „Wir müssen das Problem als unlösbar erklären für die

255. Philippovich a. a. O. S. 137.

256. „Produktivität" in: Weltwirtschaftliches Archiv 28. Bd. Juli 1928, Heft 1, S. 5/6.

257. Philippovich, a. a. O. S. 137.

258. Ebenda S. 137/38.

259. Karl Diehl, „Theoretische Nationalökonomie". 2. Bd. Jena 1924, S. 25/28.

260. Ebenda, S. 25.

261. Ebenda, S. 27.

262. Diehl a. a. O. II. S. 28 ff.

263. Diese Ausdrücke tauchen auf bei Pesch a. a. O. und sind hier zitiert nach Diehl a. a. O. II. Band S. 29.

264. Diese Ausdrücke stammen nach Diehl a. a. O. II. S. 30 von Pesch, Philippovich „und anderen Autoren."

265. a. a. O. II. S. 35.

volkswirtschaftliche Produktivität einen qualitativen Maßstab angeben zu können, der allgemeiner Zustimmung sicher sein könnte."

Weniger pessimistisch sind andere Nationalökonomen, beispielsweise Brentano, Liefmann, Pesch, Philippovich. Brentanos Vorstellung vom Begriffe „Produktivität" umschreibt Diehl[266] dahin, daß die Bedürfnisse der Konsumenten möglichst billig befriedigt werden müssen. „Damit kommt man zu einem Produktivitätsideal, lediglich vom Konsumentenstandpunkte aus."[266] Liefmann[267] hält Rentabilität und Produktivität für „identisch",[268] setzt „volkswirtschaftliche Produktivität und privatwirtschaftliche Rentabilität" gleich.[269] Hiergegen wendet sich u. a. Sombart:[270] „Wer Rentabilität und Produktivität (sogar) für „identische" Begriffe hält, wie Herr Liefmann,[271] mit dem kann ich nicht streiten: dazu bin ich „theoretisch" zu ungebildet." Pesch[272] sieht Volkswohlstand als gegeben an bei dauernder „Versorgung eines an Zahl wachsenden Volkes, mit äußeren, der Befriedigung seiner Bedürfnisse genügenden Mitteln gemäß den Anforderungen fortschreitender Kultur, so zwar, daß neben einer größeren Anzahl mäßig reicher Personen ein breiter und kräftiger Mittelstand sich behauptet, allen Gliedern, auch den untersten Schichten, ein der erreichten Kulturhöhe entsprechendes, zum mindesten menschenwürdiges Dasein gesichert wird, dauerndes Elend ausgeschlossen bleibt — dies alles mit gleichzeitiger Wahrung höherer Güter der Persönlichkeit, der Familie, der staatlichen Gesellschaft."

Eine eingehende Abhandlung über den Begriff „Produktivität" verdanken wir Sombart:[273]

Sombart geht davon aus, daß der Begriff „Produktivität" in drei verschiedenen Hauptbedeutungen vorkomme, und zwar: als Wertbegriff (I), als Eigenschaftsbegriff (II), mit sechs Unterbegriffen: 1 a, 1 b, 2 a, 2 b, 3 a, 3 b, und als Maßbegriff (III).

Als Wertbegriff hat „Produktivität" die Bedeutung von wertvoll, drückt also ein Werturteil aus und fußt in dieser Bedeutung somit auf der Weltanschauung des Urteilenden.[274]

---

266. a. a. O. II. S. 32.

267. Schriften des Vereins für Socialpolitik, Leipzig, 132. Bd. 1910, S. 577 ff. insbesondere S. 579 und später noch einmal in: „Grundlagen einer ökonomischen Produktivitätstheorie" Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik (Conrads Jahrb.) III. Folge 43. Bd. 1912 S. 273 ff.

268. Sombart, „Produktivität" a. a. O. S. 5.

269. Diehl a. a. O. S. 32/33.

270. „Produktivität" a. a. O. S. 5.

271. R. Liefmann in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, Leipzig. 132. Bd. 1910 S. 579.

272. H. Pesch: „Produktivität der Volkswirtschaft und volkswirtschaftl. Produktivität", in: Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie Bd. 9. Heft 3.

273. „Produktivität" a. a. O. S. 1 ff.

274. S. 7 ff.

Der Begriff Volkswohlstand (gesellschaftliche Wohlfahrt, gesellschaftlicher Nutzen) gehört hierher.

Als Eigenschaftsbegriff drückt „Produktivität" eine Eigenschaft der Arbeit aus, die Eigenschaft, wirtschaftlich produktiv zu sein.[275] Eine Arbeit kann in dreifacher Richtung wirtschaftlich produktiv sein:[276]

1. kann sie unmittelbar am wirtschaftlichen Prozeß teilnehmen,
2. kann sie notwendig sein für das Zustandekommen eines wirtschaftlichen Prozesses,
3. kann sie fördernd auf den wirtschaftlichen Prozeß einwirken.

„Der Begriff Produktivität mit seinem Beiwort produktiv soll hier also dazu dienen, menschliche Tätigkeiten in ihrer Eigenart zu kennzeichnen, um sie nach ihrer Eigenschaft zu klassifizieren, d. h. ihre Beziehung zum Wirtschaftsleben oder ihre Funktion im wirtschaftlichen Prozeß zu bestimmen. Wohlverstanden: ohne sie mit einem Wertvorzeichen zu versehen." Jeder dieser drei Produktivitätsbegriffe kann als allgemein-ökonomische oder als historisch-ökonomische Kategorie vorkommen, d. h. sich auf alle Wirtschaft beziehen oder nur auf ein bestimmtes Wirtschaftssystem.[277]

Die sich so ergebenden sechs Unterbegriffe der Produktivität als Eigenschaftsbegriff bezeichnet Sombart mit II 1 a, II 1 b, II 2 a, II 2 b, II 3 a, II 3 b. An diesen Produktivitätsbegriff knüpft sich die Unterscheidung zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit, die schon bei Adam Smith eine Rolle spielte[278] und zu der falschen Auffassung führte, Smith halte nur materielle Arbeit für produktiv, geistige Arbeit aber für unproduktiv, dabei verstand Smith unter produktiv nichts anderes, als „zum Wirtschaftsleben gehörig".[279] Der Unterteilung der Produktivitätsbegriffe in a und b, also der Erkenntnis, daß jeder der Produktivitätsbegriffe II als allgemein-ökonomische und als historisch-ökonomische Kategorie vorkommen kann, — wobei der Begriff als historische Kategorie besagt, „daß produktive Arbeit diejenige ist, die am wirtschaftlichen Prozeß in seiner bestimmten historischen Gestalt unmittelbar beteiligt ist" — kommt, wie Sombart nachweist,[280] große Bedeutung zu: Selbst Marx, dessen — wie Sombart ausführt — Verdienst es ist, „Licht über diesen Punkt verbreitet zu haben, indem er feststellte, was produktive Arbeit im Rahmen des kapitalistischen Wirtschaftssystems bedeutet, und wie die verschiedenen Autoren den Begriff gefaßt haben", hält die verschiedenen hier in Betracht kommenden Begriffe nicht immer auseinander.[281] Nach Marx sind im kapitalistischen Wirtschaftssystem

275. S. 9 ff.
276. S. 11 ff.
277. S. 30.
278. Sombart S. 9/10.
279. Ebenda S. 11.
280. S. 13 ff.
281. S. 13/14.

beispielsweise Unternehmer und Händler keine produktiven Arbeiter, d. h. nach Sombarts Klärung der Begriffe: sie sind nicht am wirtschaftlichen Prozeß beteiligt. Zu dieser ganz offensichtlich falschen These kam Marx nur durch „Gleichsetzung der produktiven Arbeit mit der produktiven Arbeit im allgemein-ökonomischen Sinne — — — oder mit der produktiven Arbeit in einem sozialistischen Wirtschaftssystem. In einem solchen würde in der Tat es weder eine Unternehmer- — noch eine Händlertätigkeit geben. Folglich sind beide unproduktive Arbeiter im Sinne eines sozialistischen Wirtschaftssystems — —. Man sieht: die scheinbar ganz willkürliche Bestimmung des Begriffs der produktiven Arbeit bei Marx (soweit sie nicht etwa einem Werturteil entstammt) erklärt sich ohne weiteres aus seiner stillschweigenden Herübernahme des Begriffs aus einem anderen als dem kapitalistischen Wirtschaftssystem."

An einem Beispiel (Veranstaltung eines Wettruderns) erläutert Sombart die Bedeutung der drei „klassifikatorischen Produktivitätsbegriffe" (die alle gemeinsam haben, „eine Eigenschaft der Arbeit zu bezeichnen").[282]

Als Maßbegriff „bezeichnet das Wort Produktivität einen Relations- oder Beziehungs — — — Begriff".[283] „Jeder Relationsbegriff stellt eine Relation (Beziehung) her zwischen zwei Dingen oder Tatbeständen, der Maßbegriff zwischen zwei Größen. So stellt der Produktivitätsbegriff III eine Beziehung her zwischen einer Gütermenge und einem Etwas, das sie hervorbringt. Dieses Etwas können wir die Produktions- oder Produktivkraft nennen und sie der Produktionsleistung als dem Ergebnis ihres Wirkens gegenüber stellen."[284] Die Herstellung eines „Größenverhältnis(ses) zwischen Ertrag und ‚Kosten'; als „Analogie" der Gegenüberstellung von Kosten und Ertrag — zur Errechnung der Rentabilität in der Privatwirtschaft — lehnt Sombart ab, denn die für die Privatwirtschaft gegebene Voraussetzung des Geldausdruckes (und der Marktpreise) ist für die Volkswirtschaft nicht gegeben. In der Volkswirtschaft bestehen Kosten und Ertrag nicht aus dem gleichen Mittel (in der Privatwirtschaft: Geld): der (Roh)ertrag besteht in einer Gütermenge, die Kosten dagegen, aus Boden und Arbeit. „Ich kann aber nicht Leder- und Schusterarbeit von Stiefeln abziehen."[285]) Produktivität als Maßbegriff kann nur „eine bestimmte Menge Produkt auf eine bestimmte sie hervorbringende Einheit — — — beziehen."[286] So kommt Sombart zu drei Unterbegriffen des Produktivitätsbegriffes als Maßbegriff:[287] Bodenproduktivität (III_1), Arbeitsproduktivität (III_2) und volkswirtschaftliche Produktivität (III_3). Bodenproduktivität als Maßbegriff drückt das Verhältnis des Bodenertrages zur Bodenflächeneinheit aus. Arbeitsproduktivität als Maßbegriff gibt das Verhält-

282. S. 21.
283. Ebenda.
284. S. 22.
285. S. 22.
286. S. 23.
287. S. 24.

nis von Arbeitsaufwand in Zeit gemessen zu der in dieser Zeit erzeugten Produktmenge an. Dieser Begriff der Arbeitsproduktivität setzt, da die Arbeit qualitativ verschieden ist, „die Zurückführung aller Arbeit auf abstrakt menschliche Arbeit" wie sie die Klassiker und Marx im Auge hatten, voraus, beruht also auf einer Fiktion", die Sombart allerdings offenbar in Kauf zu nehmen vorschlägt, um den Begriff als Maßbegriff erhalten zu können.[288] Sombart hält den übergeordneten Begriff Produktivität als Maßbegriff für unentbehrlich und den Begriff der Arbeitsproduktivität selbst für einwandfrei,[289] führt allerdings im weiteren Verlauf seiner Ausführungen[290] aus:

> „Auf eines aber muß ich noch hinweisen: daß man die Beschränktheit wie jedes Begriffsinhaltes so auch des Produktivitätsbegriffes wohl beachten möge. Ein großer Teil der Unklarheiten rührt daher, daß man in einen Begriff zuviel hineinpacken will. Ein Begriff, wenigstens in unserer Wissenschaft, soll gerade bei Anwendung des isolierenden Verfahrens seine Dienste leisten. Das gilt namentlich für den Produktivitätsbegriff III. Der zentrale Begriff der Arbeitsproduktivität hebt unter vielen Momenten, von denen der Produktionserfolg abhängig ist, eines hervor, damit wir mit seiner Hilfe dessen Wirkung — ceteris paribus — festzustellen in die Lage versetzt werden. Daneben müssen andere Begriffe dazu dienen, andere Momente herauszuheben. So etwa die Begriffe: Arbeitsfreude, Arbeitsintensität, Arbeitsökonomität."

Der Begriff der volkswirtschaftlichen Produktivität ist ein oft angewandter und er kommt in vielen Bedeutungen vor: Häufig als Wertbegriff im Sinne von Volkswohlstand, oft im Sinne von Volksreichtum, auch um „die Produktionsleistung eines Volkes in einer Produktionsperiode oder die Produktivkräfte einer Nation" zu bezeichnen. Als Maßbegriff sollte man — nach Sombart[291] — den Begriff der volkswirtschaftlichen Produktivität nur zur Ergänzung der Maßbegriffe Bodenproduktivität und Arbeitsproduktivität verwenden, beispielsweise um „die Leistungsfähigkeit der gesamten Landwirtschaft eines Landes zum Ausdruck zu bringen" (einen „Durchschnitt aus den verschiedenen Erträgnissen des Bodens" zu ziehen) oder um „die Gesamtarbeitsproduktivität ganzer Wirtschaftszweige" zusammenzufassen (ihn „auf eine Ziffer" zu bringen),[292] oder um „eine größere Wirtschaftsgemeinschaft, etwa eine Volkswirtschaft als Einheit zu fassen", und zu versuchen, „den Gesamtproduktivitätsgrad der in ihr verrichteten Arbeit zu ermitteln, indem man die Gesamtmenge der aufgewandten Arbeit, ausgedrückt in soundsoviel Milliarden Arbeitsstunden, der Gesamtmenge der erzeugten Produkte, ausgedrückt in soundso viel Millionen Tonnen," gegenüberstellt.[293] Die Durchführung

---

288. S. 25.
289. S. 30.
290. S. 31.
291. S. 26 ff.
292. S. 26/27.
293. S. 28.

solcher Berechnungen ist schwierig und die Verwendbarkeit des Begriffes der volkswirtschaftlichen Produktivität in dieser Beziehung — also als Maßbegriff — beschränkt.[294] Aber nur als Maßbegriff läßt sich dieser Begriff für wissenschaftliche Arbeit verwenden.[295]

a) Planwirtschaft und Produktivität.

Dem kapitalistischen Wirtschaftssystem wird zum Vorwurf gemacht, daß in ihm Rentabilität, Unternehmergewinn, der leitende Gesichtspunkt sei, nicht aber Produktivität, volkswirtschaftlicher Nutzen. (In der Begriffsbestimmung Sombarts handelt es sich hier wohl um Produktivität als Werturteil, also im Sinne des jeweils Urteilenden. Es kann aber auch wertfrei gemeint sein in der Bedeutung von Ertragssteigerung. Übrigens können beide Bedeutungen zusammen gehören, nämlich dann, wenn man in einer Steigerung des Ertrages gleichzeitig volkswirtschaftlichen Nutzen erblickt.) „Daß privatwirtschaftliche Rentabilität und volkswirtschaftliche Produktivität sich nicht decken, galt lange Zeit als der schwerste Vorwurf gegen das System des Kapitalismus.“ [296] Das Streben nach Rentabilität im Kapitalismus bewirkt, so sagen die Gegner des Kapitalismus, eine, nicht auf den Bedarf, sondern auf Gewinn gerichtete, daher anarchische Produktionsweise.[297] Damit entsteht die Frage, ob und wieweit eine Planwirtschaft diese Übel beseitigen und noch darüber hinaus produktiv wirken, d. h. zur Ertragssteigerung und darin gesehene Hebung des Volkswohlstandes beitragen könnte. Dem auf Gewinn ausgehenden Kapitalismus mit seiner „anarchischen“ Produktionsweise, wird die sozialistische Planwirtschaft, Bedarfsdeckungswirtschaft, gegenüber gestellt.[298] Nicht die Gewinnaussichten sollen die Richtschnur für die herzustellenden Güter bilden, vielmehr soll es der Bedarf sein, der angibt, was produziert werden soll. Dabei würde auch die sozialistische Wirtschaft ihre Produktion nach „der Preisbildung der Konsumgüter orientieren“ müssen, denn die im Kapitalismus herrschende Freiheit des Konsums soll auch in der sozialistischen Planwirtschaft, im Gegensatz zur kommunistischen, bestehen bleiben.[299] Bei Aufrechterhaltung der Konsumfreiheit würde also auch diese Produktion dem gleichen Antriebe unterliegen, wie die Produktion im Kapitalismus, d. h. den „Gewinnaussichten“. „Es wäre aber unrichtig, zu meinen, daß Rentabilität und Produktivität notwendig auseinanderfallen müssen. Wenn in privaten Erwerbswirtschaften große Gewinne erzielt werden, weil man sich besser als die Kon-

294. S. 27 ff.
295. S. 30.
296. Mises „Liberalismus“ a. a. O. S. 57.
297. Nach Georg Halm, „Ist der Sozialismus wirtschaftlich möglich? a. a. O. S. 15.
298. Halm, ebenda S. 15.
299. Ebenda S. 16/17.

kurrenz der Nachfragegestaltung anzupassen wußte, oder weil man durch bessere Produktionsorganisation eine überdurchschnittliche Kostensenkung erzielte, so fällt der privatwirtschaftliche Vorteil mit einem volkswirtschaftlichen Vorteil zusammen, sind Rentabilität und Produktivität also identisch." [300] (Soweit Halm die Produktivität in der Kostensenkung sieht, ist der Begriff Produktivität gleichbedeutend mit Ertragssteigerung.)

Wir haben festgestellt, daß die Produktion in der sozialistischen Planwirtschaft der Konsumfreiheit zufolge sich auch an der Preisbildung der Konsumgüter orientieren müßte, daß also auch in einer sozialistischen Planwirtschaft der Gesichtspunkt der Rentabilität bestehen bleiben würde. In der sozialistischen Planwirtschaft allerdings könnte das Verhältnis Rentabilität/Produktivität ein anderes sein, als in der kapitalistischen. „Es entsteht die Frage, ob es notwendig ist, Rentabilität so strikt abzulehnen, da die Antinomie privates gegen Gesamtinteresse mit der Beseitigung der asozialen Machtstellung in der Produktion aufgelöst ist, da beide Begriffe zusammenfallen." [301]

Die Bildung von Konsumgüterpreisen ermöglicht aber noch keine Wirtschaftsführung. Zu einer Wirtschaftsführung gehört auch die Möglichkeit, die Produktionskosten festzustellen,[302] um beurteilen zu können, ob der Erlös die Kosten deckt, denn nur, wenn das der Fall ist, kann eine Wirtschaft von Dauer sein. „Es müssen also nicht nur die Konsumgüter bewertet werden, sondern auch die Produktionsmittel." [303] Da die Produktionsmittel sich im Eigentum der Gesellschaft befinden, wird für sie eine Bildung von Marktpreisen nicht erfolgen können.[304] Mit dem Aufhören der Marktpreisbildung aber „wird zugleich das Geld in seiner Funktion als Wertmaßstab verschwinden." [305]

---

300. Halm: „Ist der Sozialismus wirtschaftlich möglich?" S. 16. Halm erwähnt allerdings gleich Ausnahmefälle, z. B. Gewinnsteigerungen infolge von Zollschutz, Steigerung der Grundrente."

301. Bauermeister a. a. O. S. 111.

302. Halm: „Ist der Sozialismus wirtschaftlich möglich?" S. 17/18.

303. Ebenda S. 18.

304. Sobald sich aber für Produktionsmittel mangels eines Marktes keine Tauschpreise bilden können, werden sich auch für Konsumgüter keine Tauschpreise mehr bilden können. „Denn der Preisbildungsprozeß ist, — — — ein Netz unendlicher Wechselbeziehungen, aus dem nicht willkürlich einzelne Teile herausgerissen werden können, ohne daß die anderen Teile Schaden leiden." (Halm: Ist der Sozialismus wirtschaftlich möglich?" S. 31).

305. Jugow „Die Volkswirtschaft der Sowjetunion" 1929. S. 31, zitiert nach Bauermeister a. a. O. S. 81.

Ritschl, der auch die Auffassung vertritt, daß der Fortfall des Marktes Abschaffung des Geldes nach sich ziehen würde, begründet diese Auffassung damit, daß „das Geld — — — selbst nur (eine) Ware, die fungibelste Ware (ist), die zu ihrer Verwertung einen Markt voraussetzt, auf dem sie nach Wahl eingetauscht werden kann; oder anders ausgedrückt: das Geld ist eine Anweisung auf einen Teil des Nationalproduktes, aber nicht auf einen in konkreten Gütern bereits festgelegten, sondern auf einen Wertteil; dem Geldbesitzer steht wieder die Wahl frei, welche Güter er damit erwerben will." (a. a. O. S. 132/33)."

„Die Generalleitung einer rein sozialistischen Wirtschaft wird daher kein Mittel in der Hand haben, um die Aufwendungen, die jede einzelne Produktion erfordert, auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.“ [306] „Kalkulation (aber) ist nur möglich, wenn man alle in Betracht kommenden Güter auf Geld zurückzuführen vermag.“ [306] In einer sozialistischen Planwirtschaft wird also nicht gerechnet werden können.[307] Mithin wird kein Anhaltspunkt dafür vorhanden sein, ob eine Produktion rentabel ist oder nicht, d. h. ob das Kapital den wichtigsten Zwecken zugeführt wird, oder nicht,[308] ob „die seltenen Produktionsmittel auf den Bedarf nach Maßgabe der Kaufkraft verteilt werden — — —.“ [309] Die sozialistische Planwirtschaft wird unter „Direktionslosigkeit“ [310] leiden. Die Produktion wird ihre Richtung verfehlen.[311] „Die Leitung einer sozialistischen Gesellschaft — — — wäre nicht imstande, zu entscheiden, welche von den unzähligen möglichen Verfahrensweisen die rationellste ist.“ [312] Das wirtschaftliche Prinzip, „mit den gegebenen Mitteln möglichst viel“ [313] zu erreichen, würde nicht erfüllt werden.[313] „So würde die sozialistische Wirtschaft zu einem Chaos werden, in dem schnell und unaufhaltsam eine allgemeine Verarmung und ein Zurücksinken in die Primitivität unserer Vorfahren eintreten müßten.“ [314] Die Produktivität — im Sinne von Volkswohlstand, seinerseits abhängig vom Ertrage der Wirtschaft — würde entschieden abnehmen.

Eine Produktivitätszunahme könnte in der sozialistischen Planwirtschaft erzielt werden, indem Kapitalgüter, die im Kapitalismus zur Herstellung von Luxusgütern dienen, „nach Überwindung gewisser Übergangsschwierigkeiten“ [315] zur Herstellung von Massengütern Verwendung finden würden. Das wäre als Produktivitätszunahme „im Sinne des Prinzips der gleichmäßigen Bedürfnisbefriedigung“ [316] zu bezeichnen. „Es ist aber festzustellen, daß man dieses Plus ganz gewaltig überschätzen würde, wenn man glaubte, es könne auch nur im entferntesten das Minus ausgleichen, das in der Bedürfnisbefriedigung infolge der Direktionslosigkeit der Wirtschaft eintreten müßte.“ [317]

---

306. Mises „Liberalismus“ a. a. O. S. 66.
307. Ebenda, S. 62.
308. Ebenda, S. 62/63.
309. Halm, „Ist der Sozialismus wirtschaftlich möglich?“ S. 32.
310. Ebenda, S. 34.
311. Halm: „Ist der Sozialismus wirtschaftlich möglich?“ S. 34.
312. Mises: „Liberalismus“ a. a. O. S. 64.
313. Halm: „Ist der Sozialismus wirtschaftlich möglich“ S. 34.
314. Mises: „Liberalismus“ a. a. O. S. 66.
315. Halm: „Ist der Sozialismus wirtschaftlich möglich?“ S. 34.
316. Ebenda.
317. Halm: „Ist der Sozialismus wirtschaftlich möglich?“ S. 34.

Die Sozialisten stellen Wohlstand aller in Aussicht.[318] Das setzt voraus, daß die Arbeit in der sozialistischen Wirtschaft produktiver sein wird (vermutlich gemeint im Sinne von ergiebiger), als in der kapitalistischen, und daß die sozialistische Wirtschaft eine Menge von „überflüssigen" Ausgaben vermeiden wird.[318] Es bleibt aber sehr fraglich, ob es der sozialistischen Wirtschaft gelingen wird, auch nur einen gleichwertigen Ersatz zu finden für den Antrieb, den im Kapitalismus das Eigeninteresse der an der Wirtschaft beteiligten Menschen erweckt.[319] „Nur weil jeder Arbeiter seine Kräfte aufs höchste anspannen muß, weil sein Lohn durch das Ergebnis seiner Arbeit bestimmt wird, und jeder Unternehmer bestrebt sein muß, billiger, d. h. mit einem geringeren Aufwand von Kapital und Arbeit zu erzeugen, als die Konkurrenten, hat die kapitalistische Wirtschaft jene Reichtümer hervorbringen können, die ihr zu Gebote stehen." [320]

Bei den „überflüssigen" Ausgaben des Kapitalismus handelt es sich um jene ‚Spesen', die durch die Kosten des Vertriebs der Ware, durch Wettbewerb und Kundenwerbung entstehen." [321] Solche Spesen sollen in der sozialistischen Wirtschaft ausbleiben, denn die Produktion wird nach den Bedürfnissen der Konsumenten auf Grund des im voraus aufgestellten Planes betrieben werden. Dabei ist es selbstverständlich, daß die Verteilung auch im Sozialismus Kosten verursachen wird, „vielleicht größere Kosten", als im Kapitalismus.[321] Die Kosten des Wettbewerbes und der Kundenwerbung sind „nur die letzte Auswirkung eines Produktionsapparates — — —, der die höchste Ergiebigkeit der Arbeit verbürgt. Alle Fortschritte der Produktion sind nur erzielt worden, weil es diesem Apparat eigentümlich ist, immer Fortschritte zu machen. — — — Es ist daher ganz verkehrt, die Frage zu stellen, wieviel man ersparen könnte, wenn die Spesen der Kundenwerbung fortfallen würden. Man muß fragen, wieviel erzeugt werden könnte, wenn der Wettbewerb der Erzeuger fortfiele." [322]

Damit kommen wir zu einer anderen Frage, der des „technischen Fortschrittes". Im Kapitalismus versucht der Produzent, durch Kostensenkung seinen Konkurrenten gegenüber Vorsprung zu gewinnen, um die Rentabilität seines Unternehmens

---

318. Mises: „Liberalismus" S. 57/58.

319. Ebenda.

320. Ebenda.

321. Mises „Liberalismus" a. a. O. S. 57/58.

322. Ebenda S. 58/59.
Schumpeter (Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik Bd. 48, S. 317) sagt: „Die Reklame und andere Auslagen sind wirtschaftlich nicht unproduktiv, denn eine Art oder Qualität von Waren, von der man nichts weiß, ist für den Konsumenten so gut wie nicht vorhanden. Auch im sozialistischen Staat müßte, wenn ein bisher unbekannter Konsumartikel in großen Mengen abgesetzt werden soll, eine Propagandaarbeit geleistet werden."

zu fördern.[323] „Daher die Jagd nach dem technischen Fortschritt, das Streben nach weiterer Rationalisierung — — —. Die wesentlichsten Erfindungen — — — sind — — — dem Profitstreben der Unternehmer — — — zu danken."[324] „Nur weil alle Unternehmer beständig im Wettbewerb stehen und schonungslos ausgemerzt werden, wenn sie nicht in der rentabelsten Weise erzeugen, wird immerfort an der Verbesserung und Ausgestaltung der Produktionsmethode gearbeitet."[325] Und es

323. „Die Anpassungsfähigkeit der freien Marktwirtschaft an den wechselnden Bedarf, — — — ihre Hingabe an den kategorisch erforderten technischen Fortschritt, ihre Tendenz, fortgesetzt die Kosten zu senken und die Leistungen zu steigern, — — — (Ritschl a. a. O. S. 58).

324. Wunderlich a. a. O. S. 156, ebenso Bauermeister a. a. O. S. 109.

325. Mises „Liberalismus" S. 58/59.

Grundlegende Ausführungen über den technischen Fortschritt finden wir bei v. Gottl (Grundriß der Sozialökonomik, II. Abt., II. Teil, Wirtschaft und Technik, 2. Aufl. Tübingen 1923, S. 165 ff.) Nach v. Gottl ist technischer Fortschritt „— — — das Wachstum unserer Gewalt über die Natur, soweit es dazu führt, die Spannung zu mildern zwischen Bedarf und Deckung." (S. 166). Der technische Fortschritt wurzelt in Erfindungen, technischen Neuheiten, aber nur in solchen, die der Bedarfsdeckung dienen und eine „Entspannung — — — innerhalb des Verhältnisses von Bedarf und Deckung" herbeiführen. (S. 166/168). Der Wert einer Neuheit hängt ab von ihrer „Einsparungskraft" — d. i. ihre Fähigkeit zur Verringerung des spezifischen Aufwandes einer Produktion, heute: Verringerung der Kosten pro Einheit — und dem Umfange ihres — natürlich und wirtschaftlich begrenzten — Anwendungsbereiches. (S. 169/71). Die wirtschaftliche Seite der Neuheit findet ihre Verwirklichung im „technischen Ausbau der Produktion" (S. 171/72). Die Neuheit kann andere Neuheiten „mit denen sie innerlich zusammenhängt" beeinflussen (wir sprechen dann von der technischen Tragweite einer Neuheit) und kann auf Grund des Zusammenhanges der Vorgänge in der Produktion andere Neuheiten auslösen (dann sprechen wir von der wirtschaftlichen Tragweite einer Neuheit.) Zu diesen Verflechtungen der einzelnen Fortschritte tritt eine weitere auf Grund des Zusammenhanges der technischen Probleme: Die technischen Probleme in ihrer Tiefe unterliegen einerseits allgemeineren Gesichtspunkten („Verallgemeinerung der Probleme") und lösen sich andererseits in mannigfache Teilprobleme auf („fortschreitende Spaltung der Ausgangsprobleme"). Das Ergebnis ist ein „einheitliches System der technischen Probleme", deren Lösung und Verwirklichung den technischen Fortschritt liefert.

Die Auflösung der technischen Probleme in Teilprobleme, das „Prinzip der Filiation der Probleme" verleiht der modernen Technik den Charakter der „Fortschrittlichkeit". Triebkraft ist die Wirtschaft, die im Kapitalismus höchste Rationalität der Produktion fordert. Auch die Richtung der Bewegung des technischen Fortschritts wird — nach Gesichtspunkten der Aktualität der Probleme — von der Wirtschaft angegeben .

Der dem technischen Fortschritt zugrunde liegende Gedanke der Entspannung des Verhältnisses von Bedarf und Deckung, strahlt aus in „6 leitende Gedanken" des technischen Fortschritts, welche die Überwindung der — ausreichender Bedarfsdeckung entgegenstehenden — Hindernisse zum Inhalt haben. Diese 6 leitenden Gedanken des technischen Fortschritts sind folgende:

1. Emanzipation von den organischen Schranken der menschlichen Wirkungsmacht. Der Fortschritt bewirkt eine Ermöglichung des dem Menschen Unmöglichen durch die Technik.

2. Ausmerzung des Zufälligen aus den Vorgängen der Bedarfsdeckung, mit dem Ziel einer geregelteren Deckung des Bedarfs.

müssen „Unternehmer“ in einer Wirtschaft vorhanden sein, um den technischen Fortschritt zu fördern. „Die Hauptsache für den technischen Fortschritt ist oft gar nicht die Lösung eines

---

3. Milderung unserer Abhängigkeit vom Boden, und zwar vom Boden als „Tragfläche“ als „Gedeihfläche“ und als „Fundstätte“.

4. Lockerung der Fesseln, die uns der Standort auferlegt u. z. Lockerung durch Transporterleichterung, Transportermöglichung, durch Aufhebung der „— — — — — buchstäbliche(n) Bindung an den Ort“, und durch Überwindung des „Zwang(es) zum Transport“.

5. Ausschaltung der Handarbeit aus den Vorgängen der Bedarfsdeckung.

6. Überwindung der Kapitalsklemme, in welche die Produktion durch den Fortschritt selber gerät, durch „kapitalsparende(n) Fortschritte“, (im Gegensatz zu den „kapitalzehrenden“ Fortschritten, durch deren Verwirklichung die Kapitalsklemme entsteht.)

Der technische Fortschritt kann die Produktion in vielfacher Weise beeinflussen. Er kann sie

1. durch Ermöglichung bisher nicht vorhandener Produktion („Neuproduktion“) ergänzen (dann beseitigt er eine bisher in der Technik vorhanden gewesene Lücke oder eine „Stockung in der technischen Entwicklung“) oder erweitern.

2. kann er ihr zum Zwecke verbesserter Bedürfnisbefriedigung zu höheren Leistungen verhelfen, sie „kräftigen“.

3. ist der technische Fortschritt befähigt, die Produktion zu verbessern, d. h. den in einer bestimmten Produktion erforderlichen Aufwand zu vermindern.

4. kann der technische Fortschritt die Produktion erleichtern, durch Ermöglichung besserer Deckung des Produktionsbedarfs, d. i. der Bedarf an Arbeit, Boden, Kapital, Apparatur und Material. (Für die besondere Erwähnung von Apparatur und Material neben dem Produktionsfaktor Kapital vgl. die Ausführungen Gottl's S. 195). Zur Ermöglichung besserer Deckung des Bedarfs an Arbeit, Boden und Kapital gehört nicht nur der einzelne technische Fortschritt, sondern der technische Fortschritt als „Gesamtbewegung“, dagegen ermöglicht schon der einzelne technische Fortschritt bessere Deckung des Bedarfs an Apparatur und Material — also an „Vorproduktion“ — u. z. auf dreifache Weise:

a) durch produktionstechnische Fortschritte im Gebiete der „Vorproduktion“ (— — — „die unmittelbare Rationalisierung der Vorproduktion“ wirkt sich aus in „mittelbare(r) Rationalisierung der Weiterproduktion, also in Erleichterung der Produktion, — —“)

b) durch transporttechnische Fortschritte (auf dem Gebiete der „Vorproduktion Ferntransport“)

c) durch materialtechnische Fortschritte — Materialverschiebung —

α) unter dem Gesichtspunkte des „Verarbeitungsaufwandes“. (Dieser Gesichtspunkt kann von anderen verdrängt werden.)

β) unter dem Gesichtspunkte des Aufwandes beim Transport

γ) und unter dem Gesichtspunkte des „Beschaffungsaufwandes“ („Aufwand bei der Beschaffung des Materials“) der für die Erleichterung der Produktion eine besonders wichtige Rolle spielt, sobald die Materialverschiebung die Urproduktion betrifft.

Materialverschiebende Fortschritte können die Produktion erleichtern durch

1. Schaffung einer neuen Materialbasis,
2. Erweiterung einer alten Materialbasis,
3. rationelle Vertauschung der Materialbasis.

Wir müssen unterscheiden zwischen Grenzen und Hemmungen des technischen Fortschritts. Die Grenzen werden gezogen durch jene Probleme,

technischen Problems an sich, sondern das Vorhandensein einer Persönlichkeit, die die Tragweite einer technischen Neuerung erkennt, und den Mut hat, Vermögen an ihre Einführung in die Praxis zu wagen." [326] In der sozialistischen Planwirtschaft wird es in Ermangelung eines Marktes keinen Wettbewerb geben. Das Profitstreben wird unterbunden sein. Diese Antriebsmomente für den technischen Fortschritt werden daher fortfallen.

Von sozialistischer Seite wird demgegenüber hervorgehoben, daß im Kapitalismus dem technischen Fortschritt oft entgegengearbeitet werde: Es „— — — kann das Interesse an niedrigen Löhnen, die Einführung von Maschinen und damit den technischen Fortschritt hindern. So sind, wie besonders von sozialistischer Seite betont wird, in der kapitalistischen Wirt-

---

die wir für unlösbar halten, weil wir ihre Ursachen nicht beheben können — perpetuum mobile —. Die so entstehenden Grenzen des „kausal Möglichen" sind „zunächst Grenzen des technologischen Fortschritts" (d. h. des „technisch-wissenschaftlichen" Fortschritts). Innerhalb dieser Grenzen liegen die Grenzen des technischen Fortschritts (d. h. desjenigen, der — unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten — die Spannung zwischen Bedarf und Deckung mildern kann.) Die Grenzen des technischen Fortschritts (besser: die „Stockung") können sich verschieben bis zu denen des technologischen Fortschritts, sofern es gelingt, den Aufwand entsprechend herabzudrücken. „Praktische Grenzen" des technischen Fortschritts liegen vor, wo die Lösungen der Probleme aus der Bedarfssphäre herausführen oder dort, wo die Probleme — durch Lösung anderer, oft verwandter Probleme — als Probleme des technischen Fortschritts hinfällig geworden sind. Neben den Grenzen des „kausal-Möglichen" und neben den „praktischen Grenzen" — alles „seitliche" Grenzen, zwischen denen sich der technische Fortschritt „unbehindert" bewegt, — gibt es „Obergrenzen", das sind jene, die durch die restlose Lösung eines Problems entstehen. (Die Obergrenze des technischen Fortschritts in seiner Gesamtheit liegt im Unendlichen). Der einzelne technologische Fortschritt hat seine Obergrenze in der restlosen Umwandlung einer „Art Energie in eine andere". An dieser Obergrenze ist aber in neuen Richtungen immer noch Senkung des „spezifischen Aufwandes" d. h. immer noch technischer Fortschritt möglich. Somit liegt die Obergrenze des technischen Fortschritts auch für Einzelprobleme „fast im Unendlichen."

Hemmungen erwachsen dem technischen Fortschritt — von eigenartig gelagerten Sonderfällen abgesehen — im wesentlichen „aus seiner eigenen Bewegung heraus — — —": Der technische Fortschritt bewirkt Ausbau der Produktion. Solange der Ausbau noch technischen Fortschritt zu realisieren hat, d. h. solange die Wirtschaft noch durch technischen Fortschritt aus der Vergangenheit in Atem gehalten wird, ist das Bedürfnis nach weiterem technischen Fortschritt entsprechend geringer. Je größer ein Fortschritt, um so größer der Ausbau, um so stärker die folgende Hemmnung, in deren Verlauf nur komplementäre Fortschritte begehrt werden, im übrigen aber die Technik sich nur dank ihrem eigenen Entwicklungsdrang — von der Wirtschaft unbeachtet — vorwärtstasten kann. Erst die zunehmende Dissonanz im Verhältnis von Bedarf und Deckung löst neuen Fortschritt aus. Die „Konjunktur" beeinflußt den technischen Fortschritt nur mittelbar, über den Umweg des Ausbaus der Produktion.

So kennt praktisch der Fortschritt keine Grenzen, die Hemmung keine Dauer, alles: solange die Wirtschaft nicht nur Technik erfordert, sondern auch den Fortschritt der Technik ruft.

326. Pohle a. a. O. S. 164.

schaft zahlreiche technische Möglichkeiten nicht ausgenutzt worden.“ [327]

Eine Zusammenfassung der Ausführungen über Produktivität (im Sinne von Volkswohlstand, seinerseits abhängig vom Ertrage der Arbeit) und Planwirtschaft ergibt:

Da es in der sozialistischen Wirtschaft keinen Markt, also auch keine Geldwirtschaft, geben wird, wird keine Möglichkeit zuverlässiger Kalkulation bestehen; das wirtschaftliche Prinzip wird verletzt werden. Produktivitäts a b n a h m e wird die Folge sein. Das gleiche Ergebnis wird hervorgerufen durch mangelndes Eigeninteresse der Arbeiter, weil keine Aussicht auf Lohnerhöhung, und durch mangelndes Eigeninteresse der Wirtschaftsleiter, weil keine Aussicht auf Erhöhung der „Rente“. Fehlender Wettbewerb wird das Streben nach Kostenverminderung beseitigen. Technischer Fortschritt wird nicht gefördert werden, weil seine Antriebsmomente, Wettbewerb und Profitstreben, unterbunden sein werden.

Die Sozialisten meinen, daß gerade das Ausbleiben des Profitstrebens den technischen Fortschritt fördern würde. Eine Produktivitäts z u n a h m e — im Sinne gleichmäßigerer Bedürfnisbefriedigung — wird auch erwartet von der Verlagerung der Luxusgüter- auf die Massengüter-Produktion.

b) K a r t e l l u n d P r o d u k t i v i t ä t.

Zu den Mitteln der Steigerung der Rationalität gehören Normung und Typisierung.[328] „Vorteile des Normens, der Vereinfachung der Einzelteile, sind: Verringerung der Lagerbestände an Werkzeugen und Maschinenteilen, Erweiterung ihrer Austauschbarkeit, Ersparnis an Rohstoffen, Entlastung des Konstrukteurs von Nebenarbeiten. Durch ein Konzentrieren auf nur wenige Gegenstände, kann größere Sorgfalt und Vertiefung auf die einzelnen Entwürfe verwendet werden, so daß sie wirtschaftlicher und besser ausfallen — — — — — —. Die Einzelfabrikation, die Neukonstruktion und individuelle Werkstattausführung für jedes Stück fordert, nutzt Produktionsmittel und

327. Ritschl. a. a. O. S. 128/129 weist darauf hin, daß die Gemeinwirtschaft als Bedarfsdeckungswirtschaft „aus sich keinen technischen Fortschritt erfordert“, während „Die sozialistischen Theorien des 19. Jahrhunderts — — — in merkwürdiger Verkennung des Wesens der Gemeinwirtschaft als Bedarfsdeckungswirtschaft — — — eine unermeßliche Steigerung des technischen Fortschrittes — — — in der sozialistischen Wirtschaft“ erwarten. „Die zentralistische Planwirtschaft“ (so fährt Ritschl auf S. 135 fort), „soll in der Lage sein, jedes neue Verfahren sofort aufzugreifen und zu allgemeiner Durchführung zu bringen. Man könnte, um ein Bild zu gebrauchen, sagen, daß der technische Fortschritt hier in vollen Zügen durch eine zentrale Lungenatmung in den Wirtschaftskörper eindringt, während er dies heute nur allmählich in den Einzelwirtschaften gleichsam durch eine Porenatmung tut. Um so größer aber müssen die Rückschläge sein, wenn die neuen Verfahren sich als verfehlt erweisen sollten, um so größer die Verluste, wenn sie alsbald wieder überholt werden und der gesamte Maschinenpark wieder neu zu beschaffen ist, ohne daß er entsprechend genutzt werden konnte.“

328. Wunderlich, a. a. O. S. 148.

Modelle nicht genügend aus, läßt vorhandene Kräfte brachliegen, um neue heranzuziehen, hindert Maschinenanwendung, während die Normalisierung Anwendung von Schablonen und Automaten fördert." [329]

Von Typisierung sprechen wir, bei der „Normalisierung von Fertigfabrikaten".[330] Bei Einhaltung bestimmter Grenzen (die Norm muß entwicklungsfähig bleiben) „ermöglichen [die Normen] die Massenproduktion, die wir zur endgültigen Mechanisierung der gewerblichen Produktion brauchen".[331]

Technische Rationalität ist zwar „keineswegs immer Kriterium der volkswirtschaftlichen Produktivität",[332] sie ist aber ein Faktor des Produktivitätsbegriffes.[333] „Die Ertriebswucht der Betriebe — — — hebt sich tatsächlich im gleichen Grade, als der spezifische Aufwand fällt, die Produktion also rationeller wird." [334]

Dieser Faktor der Produktivität tritt bei einer großen Anzahl von wirtschaftlichen Verbänden immer mehr hervor.[335] Aber nicht nur durch technische Rationalität bewirkt eine Teil der Kartelle Steigerung des Ertrages. „Die gleichmäßige Ordnung (gleichmäßige Konditionen)" [336] bei Konditionenkartellen, „rationalisiert die industrielle Arbeit".[336] Mitglieder von Kon-

329. Wunderlich a. a. O. S. 148/149.
330. Ebenda S. 149.
331. Ebenda S. 115.
332. Ebenda S. 158.
333. Ebenda S. 160 (beispielsweise bewirkt Typisierung Senkung der Produktionskosten durch „Ermöglichung verstärkter Mechanisierung des Produktionsprozesses, Verringerung der Konstruktions- und Musterkosten, Verringerung der Lagerspesen in der Fabrik usw." Beckerath. Der mod. Industrialismus S. 275.
334. v. Gottl. Wirtschaft und Technik S. 194.
335. Vergl. beispielsweise die Kartell-Enquête (Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft, Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für allgemeine Wirtschaftsstruktur. I. Unterausschuß 2. Teil, Erster Abschnitt, Maschinenbau, Berlin 1928). Beckerath (a. a. O. S. 275) weist darauf hin, daß „die günstigen Rückwirkungen jeder Typisierung" auch erreicht werden von „Preiskartellen mit festen Einheitspreislisten" da solche Kartelle Vereinheitlichung von Form und Qualität des Produkts herbeiführen, „um die Einheitsliste und die Kontrolle ihrer Einhaltung durchführbar zu machen."

Da zur technischen Rationalität auch der technische Fortschritt gehört, sei hier noch v. Gottl mit einer — allerdings nur am Rande stehenden — Bemerkung über „Formen in der Organisation des Erwerbslebens" einerseits und technischem Fortschritt andererseits zitiert. (Wirtschaft und Technik S. 214.): „Soviel nur ist klar, daß alles, was auf eine vergleichsweise Sicherung, ja Verbürgung der Rentabilität hinausläuft, den Drang nach weiterem Ausbau der Produktion abflauen läßt. Damit würde auf die Dauer auch der Fortschritt erlahmen müssen, auch abgesehen von allen Versuchen seiner künstlichen Hemmung; macht es doch den Sinn des Fortschritts aus, neue Möglichkeiten technischen Ausbaues zu schaffen. — — —. Aber dem Fortschritt mag im Grunde selbst dies nichts anhaben. So enge und zugleich umfassend läßt sich das Netz solcher künstlicher Bindung nicht knüpfen, daß nicht irgendwo doch das Bedürfnis nach Fortschritt durch die Maschen schlüpft. Immer nur darauf kommt es letzten Endes an, ob dieses Bedürfnis in der Wirtschaft wachbleibt."
336. Beckerath: Der moderne Industrialismus S. 272.

tingentierungskartellen „erwerben Betriebe, um die ‚Quote' der betreffenden Werke auf die bestgeeigneten Betriebe ihres Konzerns zu legen, und auf diese Weise wirtschaftlicher zu produzieren.[337] Gebietskartelle wirken — „grundsätzlich" — „transportwirtschaftlich — — — rationell".[337a] Verschiedene Nationalökonomen und Männer der Praxis neigen dazu, diese Verbände, „die auf Produktivitätssteigerung[338] eingestellt sind",[339] als vollwertige Kartelle zu betrachten, während andere[340] es ablehnen, den Kartellbegriff auf diese Erscheinungen auszudehnen.

Nach Feststellung von Wolfers[341] überwiegt in der Literatur die Auffassung, daß die Kartelle „nicht in die Zusammenschlußbewegung zum Zwecke der Kostensenkung" gehören. Zwar sei es durchaus möglich, daß die Kartelle Kostenersparnis bewirken können, diese Wirkung aber gehöre nicht zum Wesen der Kartelle. Kartelle könnten aber in anderem Sinne in gleicher Richtung wirken wie Kostenersparnis, „Rationalisierung im weiteren Sinne", nämlich dann, wenn sie durch „monopolistische Beschränkung der Konkurrenz" unproduktiven Schäden des freien Wettbewerbes vorbeugen. Durch wachsende fixe Kosten tritt „in manchen Produktionszweigen Überproduktion"[342] ein, „die, infolge dieser hohen fixen Kosten, durch den Mechanismus der freien Konkurrenz nicht oder nur mit übermäßigen Verlusten geheilt werden kann".[342] Die Überproduktion führt zu einem „Ausmerzungskampf mittels Schleuderpreisen — — —, der auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt als ein Übel anzusehen ist. Die Kapitalkraft der Unternehmungen wird zugunsten zufälliger Käufer der betreffenden Schleuderwaren aufgezehrt. Das Gleichgewicht der Marktpreise wird gestört. Es liegt hier ein Versagen des Mechanismus der freien Konkurrenz vom privatwirtschaftlichen wie vom volkswirtschaftlichen Standpunkt vor".[343] Können Kartelle diesen Schäden vorbeugen? Soweit die Überproduktion eine Folge von Fehlinvestitionen ist, helfen die Kartelle nicht, denn gerade das Vorhandensein von Kartellen fördert Fehlinvestitionen,[344] „d. h. eine Errichtung kostspieliger fester Anlagen, die nach erfolgter Aufstellung nicht oder nicht voll ausgenutzt werden."[345] Die hohen Kartellpreise und Kartellgewinne locken Kapital an. Die andere Art der

337. Ebenda S. 279.
337a. Ebenda S. 282.
338. Offenbar im Sinne von Ertragssteigerung (D. Verf.)
339. Wolfers: „Überproduktion, fixe Kosten und Kartellierung" in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 60. Bd. Tübingen, 1928. S. 386.
340. z. B. Passow, „Kartelle" Jena 1930. S. 30 ff. Liefmann: „Kartelle, Konzerne, Trusts" a. a. O. S. 46/47.
Tschierschky „Kartellorganisation" 2. Bd. Berlin und Wien 1928, S. 87.
341. „Überproduktion fixe Kosten und Kartellierung" a. a. O. S. 385.
342. Ebenda S. 387.
343. Wolfers, Überprod., fixe Kosten und Kartellierung S. 390/91.
344. Wolfers, „Überproduktion, fixe Kosten und Kartellierung", a. a. O. S. 389/90.
345. Ebenda, S. 392.

Überproduktion ist konjunkturbedingt.[346] Sie trifft besonders stark Industrien mit hohen fixen Kosten,[347] also solche Produktionszweige, die in der Kartellierung die Rettung suchen. Wie wirkt die Kartellierung auf die Ausnutzung der festen Anlagen? Sieht man „die Preishochhaltung in der Depression“ [348] als eigentliche Aufgabe der Kartelle an,[349] dann folgt daraus, daß die Produktion zeitweilig eingeschränkt werden muß, Anlagen zeitweilig unbenutzt bleiben.[350] „Die freie Konkurrenz tendiert auf Vollausnutzung der Anlagen, oft allerdings mit schweren Verlustfolgen für die Unternehmer; das Monopol ermöglicht eine Einschränkung der Produktion, erzeugt aber damit einen volkswirtschaftlich verlustreichen Leerlauf.“ [351] „Den Schleuderwettbewerb durch Monopolisierung ersetzen heißt — — — volkswirtschaftlich gesehen, den Teufel mit Beelzebub austreiben. Kommt ein monopolistisches Kartell zustande, so wird zwar das Übel der Unterbietung gründlich aufgehoben, dafür wird aber das Übel der Unterbeschäftigung der produktiven Anlagen übermäßig vergrößert.[352] Der Monopolist ist in der Lage, die Kostenerhöhung, die durch Senkung unter die optimale Betriebsgröße entsteht, durch eine überkompensierende Preiserhöhung von sich abzuwälzen. Von der Schädigung anderer durch die monopolistische Preiserhöhung abgesehen, verhindert diese auf jeden Fall die volkswirtschaftlich geforderte Stillegung der unproduktiven Werke und hemmt die Rationalisierung im engeren Sinne. Daß sie zudem zu neuen Überinvestierungen führt, die der Grund zu den ganzen hier besprochenen Übelständen sind, ist schon gesagt worden.“ [353]

Zusammenfassend stellen wir fest: Kostensenkung, Rationalisierung im engeren Sinne, gehört nicht zum Wesen des Kartells. Verhütung der Schäden des freien Wettbewerbs, Rationalisierung im weiteren Sinne, wird durch das Kartell nicht

---

346. Ebenda, S. 388.
347. Ebenda, S. 392.
348. Ebenda, S. 393.

349. Mannstaedt. „Die monopolistischen Bestrebungen und ihre Bedeutung für das deutsche Wirtschaftsleben vor und nach dem Kriege.“ Rostocker Universitätsreden. 1928.

350. Wolfers „Überproduktion, fixe Kosten und Kartellierung“ S. 394.

351. Wolfers: Überproduktion, fixe Kosten und Kartellierung“ a. a. O. S. 394.
Spiethoff (Artikel „Krisen“ S. 80/81) weist darauf hin, daß die durch Produktionseinschränkung hervorgerufene „Verringerung der Arbeitsgelegenheit und des Arbeitseinkommens,“ die allgemeine Überproduktion erhöhen.

352. „Ist doch Einschränkung der Produktion, die gewöhnlich mit einer Erhöhung der Selbstkosten pro Wareneinheit verbunden ist, bisher der letzte Schluß der Kartellweisheit, welche zunächst weniger durch betriebliche Vorteile als durch Marktregulierung und Verbesserung der Absatzbedingungen den Gewinn steigern will.“ (Beckerath „Kräfte, Ziele und Gestaltungen“ — — — a. a. O. S. 4).

353. Wolfers „Überproduktion, fixe Kosten und Kartellierung“ S. 394. Weitere Literaturangaben findet man diesem Aufsatz von Wolfers vorangestellt. (S. 382).

erreicht. Die durch das Kartell bewirkten Schäden des Monopols können unter Umständen größer sein, als die Schäden des freien Wettbewerbs.[354] Die „Ansicht mancher“ [355] — — — daß das Kartell berufen sein könnte „— — — in der Verkehrswirtschaft — — — das Auseinanderklaffen von Rentabilität und Produktivität zu beseitigen — — —“ findet in unseren Untersuchungen keine Stütze.

c) Gegenüberstellung.

Die Planwirtschaft würde eine Produktivitätsabnahme (Rückgang des Ertrages der Wirtschaft) zu verzeichnen haben. Fehlender Markt bedeutet Aufhören der Geldwirtschaft und damit Aufhören einer Wirtschaftsrechnung. Das Eigeninteresse der Arbeiter und der Wirtschaftsleiter würde stark nachlassen, weil keine Aussicht auf Erhöhung von Lohn und „Rente“ vorhanden wäre. Fehlender Wettbewerb und Unterbindung von Profitstreben würden technischen Fortschritt und Streben nach Kostensenkung verhindern.

Das Kartell bewirkt durch seinen Monopolcharakter volkswirtschaftliche Schäden. Gerade beim Kartell können Rentabilität und Produktivität auseinanderfallen.

3. Teil: Schluß.

Ergebnis der Untersuchungen.

Unsere Untersuchung über Beziehungen zwischen Kartell und Planwirtschaft hat folgendes ergeben:

Der Gedanke der Planwirtschaft entstand aus der „Planlosigkeit“ kapitalistischer Produktionsweise, aus dem — nach Ansicht der Sozialisten — auch dadurch verursachten niedrigen Lebensstandard der Massen. Der Ursprung der Kartellierung liegt ebenfalls in der „Planlosigkeit“ der kapitalistischen Wirtschaftsweise, außerdem aber in der daraus für die einzelne Unternehmung entstehenden Gefahr des wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Sachlicher Ursprung von Planwirtschaft und Kartellierung sind verwandt.

Subjekt der Planwirtschaft ist der Staat und ein ihm untergeordnetes System von, mit staatlicher Macht versehenen, Verbänden, die organisch zusammengehören. Subjekt des Kartellwesens sind Verbände privaten Charakters, deren gegenseitige Beziehung durch den Kartellzweck hergestellt wird.

---

354. Ebenda, S. 395.

355. Karl Landauer. „Das Verhältnis von Rentabilität und Produktivität und seine Bedeutung für das Sozialisierungsproblem.“ in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. Dezember 1921. S. 496.

Planwirtschaft bezieht sich auf die Volksgesamtheit und k a n n verschiedenen Bereichen des Lebens entstammen. Das Kartell arbeitet nur für den Vorteil seiner Mitglieder und betätigt sich nur im Bereiche der Wirtschaft.

Planwirtschaft ist sozialistisch, das Kartell hingegen schließt Merkmale sowohl kapitalistischer als auch nichtkapitalistischer Wirtschaftsweise in sich.

In der Planwirtschaft s o l l der Preis ein Kostenpreis sein, also ein Preis frei von Monopolelementen. Der Kartellpreis liegt über den Kosten und enthält sowohl Konkurrenzelemente als auch Monopolelemente.

In der Planwirtschaft sind die Beziehungen zwischen Käufer und Verkäufer, jene, durch welche die Verkäufer die Bedürfnisse der Käufer kennen lernen, in den Zentralstellen konzentriert. Ein Markt ist in der Planwirtschaft nicht lebensfähig, daher in ihr auch kein Wettbewerb möglich. Das Kartell r e g u l i e r t den Markt. Der Wettbewerb zwischen den Unternehmern tritt etwas zurück, zugunsten eines Kampfes mit den Abnehmern.

Sozialistische Planwirtschaft ist unproduktiv, weil in ihr keine Wirtschaftsrechnung möglich, weil das Eigeninteresse von Arbeiter und Wirtschaftsleiter unterbunden ist und weil die Antriebsmomente für den technischen Fortschritt fehlen. Im Kartell herrscht in erster Linie Rentabilitätsstreben, erst in zweiter Linie Interesse an volkswirtschaftlicher Produktivität.

Andreae, Wilhelm: Kapitalismus, Bolschewismus, Faschismus, Jena 1933.
Bauermeister, M.: Die russische kommunistische Theorie und ihre Auswirkung in den Planwirtschaftsversuchen der Sowjetunion, Jena 1930.
Beckerath, Dr. Herb. v.: Der moderne Industrialismus (Gewerbepolitik 1), Jena 1930.
— Kräfte, Ziele und Gestaltungen in der deutschen Industriewirtschaft, Jena 1924.
Bonn, M. J.: Das Schicksal des deutschen Kapitalismus, Berlin 1926.
Brutzkus, Boris: Die Lehren des Marxismus im Lichte der russischen Revolution, Berlin 1928.
— Der Fünfjahresplan und seine Erfüllung, Leipzig. 1932.
Cassel, Gustav: Theoretische Sozialökonomie, 5. Auflage, Leipzig 1932.
Cassel, Margit: Die Gemeinwirtschaft, Leipzig und Erlangen 1925.
Diehl, Karl: Theoretische Nationalökonomie, Jena 1924.
Dobretsberger, Monopol und Konkurrenz in der gegenwärtigen Wirtschaft, Leipzig und Wien 1929.
— Freie oder gebundene Wirtschaft, München und Leipzig 1932.
Ettinger, Markus: Die Regelung des Wettbewerbes im modernen Wirtschaftssystem, I. Teil: Die Kartelle in Österreich, Wien 1905.
Eulenburg, Franz: Die Preisbildung in der modernen Wirtschaft, in: Grundriß der Sozialökonomik, IV. Abtg. 1. Teil, Tübingen 1925.
Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich v.: Fordismus, Jena 1926.
— Wirtschaft und Technik, 2. Aufl. Tübingen 1923 in: Grundriß der Sozialökonomik, II. Abt. II. Teil.
— Der Mythos der Planwirtschaft, Jena 1932.
Halm, Georg: Die Konkurrenz, München und Leipzig 1929.
— Ist der Sozialismus wirtschaftlich möglich? Berlin 1929.
Heimann, Eduard: Mehrwert und Gemeinwirtschaft, Berlin 1922.
— Zur Kritik des Kapitalismus und der Nationalökonomie in: Bl. für religiösen Sozialismus, Berlin-Biesdorf, Januar/Februar 1926.
Hesse, Dr. A.: Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie, Allg. Volkswirtschaftlehre, Jena 1927.
Horn, Erich: Die ökonomischen Grenzen der Gemeinwirtschaft, Halberstadt 1928.
Huber, Ernst Rudolf: Die Gestalt des deutschen Sozialismus, Hamburg 1934.
Jostock, Paul: Der Ausgang des Kapitalismus, München und Leipzig 1928.
Kartell-Enquête: Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft, Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für allgemeine Wirtschaftsstruktur, erster Unterausschuß, 2. Teil, 1. Abschnitt, Berlin 1928.
Kleinwächter, Dr. Friedr.: Die Kartelle, Innsbruck 1883.
Kumpmann, Carl: Kapitalismus und Sozialismus, Essen 1929.
Lammers, Clemens: Autarkie, Planwirtschaft und berufsständischer Staat? Berlin 1932.
Landauer, Carl: Planwirtschaft und Verkehrswirtschaft, München und Leipzig 1931.
— Das Verhältnis von Rentabilität und Produktivität und seine Bedeutung für das Sozialisierungsproblem, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Dezember 1921.
Lechtape, Heinrich: Die Wandlung des Kapitalismus in Deutschland, Jena 1934.
Lederer, Emil: Regensburger Vortrag, abgedruckt in: Verhandlungen des Vereins f. Sozialpolitik in Regensburg 1919, München u. Leipzig 1920.
Lehnich, Oskar: Kartelle und Staat, Berlin 1928.
Levi, Hermann: Liberalismus und Kapitalismus, Heidelberg 1932.
Liefmann, Robert: Kartelle, Konzerne und Trusts, Stuttgart 1930.
— „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik" 41. Bd. 1916.
— Artikel „Kartelle" im „Handwörterbuch der Staatsw." 1923.

Mannstaedt: Die monopolistischen Bestrebungen und ihre Bedeutung für das deutsche Wirtschaftsleben vor und nach dem Kriege, in: Rostocker Universitätsreden, 1928.
Mises, Ludwig: Kritik des Interventionismus, Jena 1929.
— Liberalismus, Jena 1929.
Mombert, Paul: Einführung in das Studium der Konjunktur, Leipz. 1921.
Müllensiefen, Heinz (und Dr. Dörinkel, Wolfram): Das neue Kartell-, Zwangskartell- und Preisüberwachungsrecht, Berlin 1934.
Müller, August: Die planwirtschaftliche Bedeutung unmittelbaren Tauschverkehrs zwischen Erzeuger- und Verbrauchergenossenschaften in: Vierteljahresheft für Genossenschaftswesen, Stuttgart-Berlin, 12. Jahrgang. Mai 1935 Nr. 3.
Nell-Breuning: Hoch- oder Überkapitalismus in „Stimmen der Zeit", 109. Bd. Freiburg 1925.
Passow, Richard: Kartelle, Jena 1930.
— Freie und gebundene Wirtschaft, Vortrag, gehalten in Dresden am 6. April 1932, herausgegeben vom deutschen Handwerks- und Gewerbekammertag, Hannover
— Artikel: „Wirtschaftsverfassung" in: Wörterbuch der Volkswirtschaft, III. Bd. Jena 1933.
Pesch, H.: Produktivität der Volkswirtschaft und volkswirtschaftl. Produktivität, in: Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie Bd. 9, Heft 3.
Philippovich: Grundriß der politischen Oekonomie I. Bd. Tübingen 1926.
Pohle, Ludwig: Kapitalismus und Sozialismus, Berlin 1931.
Ritschl, Hans: Gemeinwirtschaft und kapitalistische Marktwirtschaft. Zur Erkenntnis der dualistischen Wirtschaftsordnung, Tübingen 1931.
Schiff, Walter: Die Planwirtschaft und ihre ökonomischen Hauptprobleme, Berlin 1932.
Schmalenbach, E.: Selbstkostenrechnung und Preispolitik 6. Aufl. Leipzig 1934.
— Die Betriebswirtschaftslehre an der Schwelle der neuen Wirtschaftsverfassung, in: Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung, Leipzig 1928; 22. Jahrg.
Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 175. Bd. 1929 und 60. Bd. 1894.
Schröder, Paul: Die Überwindung der Wirtschaftskrise durch den Plankapitalismus, Jena 1932.
Schumpeter: in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 48.
Sombart, Werner: Die Ordnung des Wirtschaftslebens, Berlin 1927.
— Der moderne Kapitalismus, III. Bd., 2. Halbbd. München u. Leipzig 1927.
— „Produktivität", in: Weltwirtschaftliches Archiv, 28. Bd. Juli 1928 Heft 1.
Spiethoff, Arthur: Artikel „Krisen" in: „Handwörterbuch der Staatswissenschaften" 4. Aufl. 6. Bd. Jena 1925.
Steinitzer, E.: Bedarfsdeckung und Erwerbswirtschaft in: Grundriß der Sozialökonomik, IV. Abt. I. Teil, Tübingen 1925.
Terhalle, Fritz: Freie oder gebundene Preisbildung, Jena 1920.
Tschierschky: in Kartellrundschau 24. Jahrgg. Heft 7, Juli 1926.
— Kartellorganisation, II. Bd. Berlin und Wien 1928.
Weber, Adolf: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, München 1934.
— Ende des Kapitalismus? München 1929.
Wieser, Friedrich, Freiherr von: in: Grundriß der Sozialökonomik, I. Abt. II. Teil, Tübingen 1924.
Wolfers, Arnold: Das Kartellproblem im Lichte der Deutschen Kartell-Literatur, München und Leipzig, 1931.
— in: Arch. f. Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 59. Bd.
— Ebenda 60. Bd. „Überproduktion, fixe Kosten und Kartellierung".
Wunderlich, Frieda: Produktivität, Jena 1926.

Lebenslauf.

Ich, Abraham Schiff, wurde am 17. Januar 1907 als Sohn des Kaufmanns Chaim Schiff und seiner Ehefrau Sara Schiff geb. Rebhan, zu Sedziszow (damals Oesterreich, heute Polen) geboren. Im gleichen Jahre siedelten meine Eltern mit mir nach Berlin über. Mein Vater starb am 6. Oktober 1918 in Berlin.

Im Alter von 6 Jahren kam ich in Berlin in die 9. Volksschule, die ich nach Besuch der Oberklasse Ende 1920 verließ. Alsdann besuchte ich die Kaufmännische Abendschule der Industrie- und Handelskammer zu Berlin bis Ende 1923. Anschließend daran bereitete ich mich bei Privatlehrern und auf der Fischer'schen Vorbereitungsanstalt zu Berlin für die Reifeprüfung vor, die ich am 26. September 1929 an der Oberrealschule Mariendorf, Berlin-Mariendorf, ablegte.

Im Sommersemester 1930 studierte ich an der Handels-Hochschule Berlin und hörte dort Vorlesungen bei den Herren Professoren Bernhard, Landauer, Müller, Schumacher, Dersch, Giesecke, Wimpfheimer. Ab Wintersemester 1930 bis zum Winter-Semester 1934/35 studierte ich an der Universität Berlin und hörte Vorlesungen bei den Professoren Schumacher, Bernhard, Herkner, v. Gottl-Ottlilienfeld, Prion, v. Bortkiewicz, Lorenz, Leubuscher, Popitz, Rauers, Aereboe, Müller, Titze, Peters, Heymann, Nußbaum, Dersch. Ferner nahm ich hier teil an den Übungen der Professoren Bernhard, Leubuscher, Popitz, Lederer, Müller, Hirsch, v. Dietze, Titze. Während des Sommer-Semesters 1936 studierte ich an der Universität Basel und hörte hier Vorlesungen bei den Herren Professoren Mangold, Salin, Ritschl. Ich nahm hier teil an den Übungen der Herren Professoren Mangold und Salin.

Meine Dissertation ist unter Leitung von Herrn Professor Dr. August Müller, Berlin, entstanden.

Am 26. Januar 1934 habe ich in Berlin die Diplom-Prüfung für Volkswirte abgelegt.

Seit Anfang 1921 bin ich auch praktisch im Metall- und Erzgroßhandel tätig.